

# TECHNIK UND WIRTSCHAFT

MONATSSCHRIFT DES VEREINES DEUTSCHER  
INGENIEURE • REDAKTEUR D. MEYER

12. JAHRG.

MÄRZ 1919

3. HEFT

## DIE SOZIALVERSICHERUNG UND DER AUSGLEICH VON RECHTEN UND LASTEN IN DEN FRIEDENSVERTRÄGEN<sup>1)</sup>.

Von Prof. Dr. A. GÜNTHER, Berlin.

### I.

#### Die Aufgabe.

Suchen wir uns die Gefühle zu vergegenwärtigen, mit denen ein großer Teil der Staatsmänner und der öffentlichen Meinung in den feindlichen Ländern unsere gegenwärtige Lage betrachtet, die Stimmung, von der der Ausgang der Friedensverhandlungen in hohem Maße abhängen wird, uns zu verdeutlichen, so wird, wenn wir über ein reichliches Maß von Haß, Schadenfreude und — Unkenntnis wegsehen, bei den wirtschaftlich denkenden und politisch erzogenen Köpfen etwa folgendes vorherrschen: Erstaunen über eine anscheinend so vollkommene Wandlung in den Anschauungen des deutschen Volkes, Zweifel, wie man sich zu den an die Stelle der »militaristischen« getretenen sozialistischen Anwandlungen verhalten soll, im besten Falle die Neigung, einen Versuch innerhalb des Völkerbundes mit dem unschädlich gemachten Gegner zu wagen; aber bereits auch Besorgnis, ob dabei nicht ein neuer Wettbewerb hervorgerufen werde, Mißtrauen in die ungebrochene Wirtschaftskraft und in den demokratischen Eifer des, trotz allem, technisch und sozialpolitisch reifen Volkes der Erde.

Solchen Anschauungen gegenüber war bei uns bisher eine einheitliche Haltung nicht wahrzunehmen. Wir haben ziemlich viel ethische Gesichtspunkte geltend gemacht, auf Wohlwollen und volles Verständnis für unsere Lage gerechnet, und nicht alles entsprach dabei der Würde des nicht durch Waffengewalt Besiegten. Vielleicht ist es demgegenüber zweckmäßig, den Völkerbund und den weltwirtschaftlichen Neuaufbau einmal unter vorzugsweise wirtschaftlich-technischem Gesichtspunkt zu sehen, im besonderen die sozialpolitischen Klauseln der Friedensverträge diesem Gesichtspunkt unterzuordnen, von dem aus der internationale Lasten-

<sup>1)</sup> Sonderdrucke dieses Aufsatzes werden abgegeben.

Rechte- und Pflichtenausgleich Voraussetzung gesunder Erzeugungs-, Verteilungs- und Verbrauchsverhältnisse bei allen Völkern ist.

Lehnt man — bei uns oder im feindlichen Auslande — diese Betrachtungsweise ab, werden die durch den Krieg zerrissenen Fäden, die bereits eine gewisse Festigkeit erlangt hatten, nicht wieder angeknüpft, so ergibt sich eine doppelte Möglichkeit: entweder wird Deutschland gewaltsam in seiner Wiedererneuerung zurückgehalten, vom Weltverkehr abgeschnitten, in Schuldknechtschaft und Kreditlosigkeit belassen, oder aber vom fremden Kapital in eine Art Zwangsverwaltung übernommen. Aber es mag fraglich sein, ob man dabei auf seine Rechnung käme; denn im ersten Fall ist der Verbrauch von — mit Deutsch-Österreich — 75 Millionen Menschen weltwirtschaftlich nicht leicht auszuscheiden, die im zweiten Fall sich ergebende Sklavenarbeit aber ist als minderwertig bekannt. Dagegen verlangt ein System wahren Völkerverständnisses und entwickelten Weltverkehrs unmittelbar eine Auseinandersetzung zwischen den Nationen über das Preis- und Lohnproblem, als dessen Unterabteilung in einem gewissen, bewußt einseitigen Sinne die Frage der sozialpolitischen Lasten angesehen werden kann. Vor allem die Sozialversicherung, die innerhalb des Kreises der Kulturvölker ungezählte Milliardenwerte umfaßt, muß bekanntlich als eine Lohnergänzung erachtet werden, die der Unternehmer privatwirtschaftlich ebenso in Rechnung stellt, wie sie der Arbeiter in seiner Verbrauchswirtschaft berücksichtigt.

Von diesem Standpunkte aus bedeutet eine internationale Vereinbarung über Sozialversicherung und sonstige sozialpolitische Fragen eine Angleichung ebenso der Produktions- wie der Lebenshaltungskosten; letzteres in dem Sinne, daß ein gegen die Folgen von Krankheit, Invalidität, frühzeitigem Todesfall und gegebenenfalls auch Arbeitslosigkeit geschütztes Arbeiterdasein sich wesentlich anders abwickeln wird als ein solches, bei dem diese Sicherungen fehlen oder nur mangelhaft entwickelt sind. Zweifellos wird im ersten Fall das »freie«, nicht für die Befriedigung unmittelbarer Bedürfnisse heranzuziehende Einkommen viel größer sein als bei Nichtvorhandensein der Versicherung; wahrscheinlich wird der Versicherte aber auch mehr für Nahrung, Kleidung, Wohnung ausgeben können, auch bevölkerungspolitisch günstige Folgen dürfen aus dem Gefühl gesicherter Lebensgestaltung erwartet werden. Trifft dies schon für die national begrenzte Versicherung zu, so müßte der lückenlose internationale Ausbau der Sozialversicherung die persönlichen Werte des Arbeiterlebens noch wesentlich erhöhen. Auf der andern Seite aber könnten Produktion und Handel an allen industriellen Plätzen bestimmte feste, einander angenäherte Posten für die Lasten der Sozialversicherung und sonstigen Sozialpolitik einsetzen, die Weltmarktpreise würden um einen entsprechenden Zuschlag gleichmäßig, aber in durchaus erträglichem Umfang verteuert und die soziale und wirtschaftliche Gefahr der »Schmutzkonkurrenz« wäre nicht nur innerhalb nationaler Grenzen, sondern allgemein beschworen.

Wieder sei an den Ausgangsgedanken angeknüpft. Bei der unnatürlichen Höhe unserer Löhne und Preise liegt es nicht fern, daß im Auslande früher oder später mit krisenhaften Zuständen der deutschen Volkswirtschaft, mit Preis- und Lohnsturz, demzufolge mit Massenanfertigung von Waren zu Hungerlöhnen und mit Schleudern dieser minderwertigen, billigen Ausfuhrartikel — dem »Dumping« in verschlechterter Auflage — gerechnet wird.

Für solche Verzweiflungsmaßnahmen zerrütteter Volkswirtschaften, die bei dichter Besiedelung, eingebürgerten Arbeitsgewohnheiten und unzweifelhaft vorhandenen Absatzmöglichkeiten lange Zeit erhalten bleiben können, hat man Beispiele; die Volkswirtschaften der anderen Länder aber können sich den Einwirkungen dieser »Schmutzkonzurrenz« oft kaum erwehren, denn ihre eigenen Verbraucher werden sich gegen zu schroffe Abwehrmaßnahmen wenden, und ihre eigenen Kapitalisten werden die Produktion der billigen Arbeitsländer gern in Verlag nehmen. Jedenfalls bedingt das Vorhandensein eines derartigen Fremdkörpers für die organische Entwicklung der Weltwirtschaft, für die Produktivkraft und das soziale Gefüge der begünstigten Länder die beträchtlichsten Schwierigkeiten und Störungen, und man kann aus diesem Grunde heraus sehr wohl verstehen, wenn gerade wohlverstandenes Eigeninteresse der Ententestaaten den Einschluß Deutschlands in Völkerbund und Weltverkehr fordert. Politische Überlegungen, die als Folge der Verelendung die internationale Gefahr des Bolschewismus vergrößert sehen, treten hinzu.

Für die internationale Verständigung auf diesem Gebiete ist die Gleichmäßigkeit wichtig, mit der sich der zuerst in Deutschland heimische Gedanke der Sozialversicherung und der sonstigen Sozialpolitik über die Kulturwelt hin verbreitet hat. »Germania docet«, ist oft betont worden. Das lange widerstrebende England hat unter Lloyd George, der die deutsche Sozialversicherung wiederholt verherrlichte, eine bedeutende Leistung in der Sozialpolitik hinter sich gebracht; Frankreich steht noch heute in vielen Rücksichten zurück, hat aber doch die Unterlagen, auf denen weitergebaut werden kann. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben sich dem Gedanken des sozialen Schutzes der wirtschaftlich Schwächeren erst langsam und noch unvollkommen erschlossen, aber auch hier sind, nachdem im Kriege ein bedeutender Anlauf geglückt ist, grundsätzliche Schwierigkeiten wohl nicht vorhanden. Italien steht Frankreich durch viele Sonderabmachungen nahe und wird gleichen Schritt mit jenem zu halten suchen. Die kleineren europäischen Staaten mit Ausnahme Belgiens und z. T. Luxemburgs haben zumeist das deutsche Beispiel rückhaltlos befolgt. Rußland, mehr noch Japan sind in einer besonderen Lage, die aber, angesichts des ihnen durch billigere Arbeitskräfte verliehenen Vorsprungs, eine internationale Bindung doppelt dringlich macht. Australien, Kanada, z. T. auch andere englische Dominien und Kolonien befinden sich mindestens auf gleicher Stufe mit dem Mutterlande; die anderen Länder der Erde sind mit vereinzelt Ausnahmen weiter zurück, soweit sich in ihnen unüberwindliche Schwierigkeiten für den sozialpolitischen Zusammenschluß zeigen, sind sie aber auch nicht eigentlich Industrieländer, kommen also für den Wettbewerb mit Europa und Amerika fürs erste nur in geringerem Maße in Betracht. Freilich wird der vorschauende Blick wahrnehmen, welche starken Triebkräfte in jenen Ländern dahin wirken, daß sie von der Rohstofflieferung zur Eigenerzeugung übergehen. Um so dringlicher kann die gerechte Verteilung der Produktionslasten werden.

Der Krieg hat neben so vielen zerstörenden und zersetzenden Wirkungen auch gewisse Anregungen für den internationalen Ausbau der Sozialversicherung und der anschließenden sozialpolitischen Verwaltung gebracht; denn die zeitweilige Besetzung fremden Bodens bedeutete unmittelbar eine Erweiterung des der nationalen Versicherung erschlossenen Gebietes, zu-

nächst in dem Sinne, daß zahlreiche Inländer nunmehr im »Auslande« tätig waren, dann aber auch dahingehend, daß man das eigene erprobte System auch dem besiegten Volke zugänglich machen wollte. Daß freilich »Wohltaten nicht aufgezwungen werden können«, erfuhr unsere Verwaltung in Belgien, wo sie sich von der unzweifelhaften sachlichen Überlegenheit der deutschen Sozialgesetzgebung einen versöhnenden, werbenden Erfolg versprach, während gleiche Schritte in den besetzten Gebieten des Ostens und Südostens nicht geschahen. Wahrscheinlich hat die geleistete Pionierarbeit dennoch Spuren hinterlassen, an die ein späterer nationaler Aufbau wird anknüpfen können; denn die materiellen Wohltaten der Sozialversicherung und des Arbeiterschutzes sprechen doch derart für sich, daß ihnen z. B. in Belgien kein dauernder Widerstand mehr seitens der auf billige Produktionskosten bedachten Industrie wird entgegengesetzt werden können.

Das deutsche Beispiel hat die Franzosen nicht ruhen lassen; wir sehen sie eifrig am Werke, in Elsaß-Lothringen mit der deutschen Sozialversicherung Schritt zu halten. Natürlich heißt es hier aber: »Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe.« Eine amtliche Äußerung des französischen Ministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge, 1918, berichtet<sup>1)</sup> über Maßnahmen, die zunächst für die Gegend um Thann zur Ausführung gelangten und die nun wohl auch auf das übrige Elsaß-Lothringen übertragen werden. Dabei zeigt sich der Vorsprung der deutschen Einrichtungen vor den französischen in hellem Lichte, und es überrascht nur, daß nach der genannten amtlichen Quelle die Vorliebe der Elsässer und Lothringer für Sozialversicherung noch aus der Zeit vor 1870 stammen soll! Das wird auf Grund der sozialrechtlichen Tatsachen nicht ganz leicht zu beweisen sein; wenn etwa die »Wohlfahrtseinrichtungen« der Mühlhäuser Industrie gemeint sind, so ist die Unfreiheit bekannt, die die Arbeiter dagegen eintauschten. Eine Änderung in der aus der deutschen Verwaltung übernommenen Krankenversicherung scheint nur darin erfolgt zu sein, daß die Beiträge herabgesetzt wurden; in der Invalidenversicherung mußte am 1. August 1917 auf Wunsch der Arbeitgeber und Arbeitnehmer das deutsche Zwangssystem sogar voll wieder eingeführt werden, nur die Klebmarken erhielten französischen Bildschmuck! Vollends aber in der Unfallversicherung prägt sich die Rückständigkeit der französischen Sozialversicherung aus: da eine Berufsgenossenschaft nicht bestand, die französische Unfallversicherung aber des Zwangscharakters entbehrt, so wurden die Unternehmer verpflichtet, selbst gegen die Gefahr aus Betriebsunfällen innerhalb der Grenzen der deutschen Reichsversicherungsordnung Versicherung zu nehmen und entweder die zuerkannte Unfallrente zu zahlen oder den Nachweis der Versicherung bei einer französischen Gesellschaft zu erbringen.

Wenn diese Notmaßnahmen eingehender dargestellt wurden, so hat dies für unser Thema den besonderen Zweck, einmal die Unvollkommenheit der gegenwärtigen internationalen Verständigung darzutun, dann aber zu zeigen, wie eng trotz aller Kriegswirren die Berührungspunkte zwischen den Völkern sind, und wie wenig eine Ausschaltung der Sozialgesetzgebung auf Erfolg rechnen kann. Die sozialpolitische Verwaltung gehört eben in den heutigen

<sup>1)</sup> Nach „Reichs-Arbeitsblatt“ 1918 Nr. 11.

Industriestaaten zu den Lebensnotwendigkeiten, genau wie Rechtsprechung oder jedes andere Fach des öffentlichen Dienstes.

Wenn hernach der bisherige Stand der Sozialversicherung in den wichtigeren Kulturstaaten erörtert wird, so kann für die Zeit vor dem Kriege sicheres, z. T. statistisches Tatsachenmaterial, aus dem hier aber nur das wesentlichste mitgeteilt werden soll, herangezogen werden. Auch die Rechtsunterlagen lassen einen Gesamtüberblick zu. Im Kriege hatte die Sozialversicherung aller Länder einen schweren Stand; trotzdem sind hier und dort gerade in den letzten Jahren wichtige Erweiterungen vorgenommen worden. Es wurde schon gezeigt, daß überall Grundlagen vorhanden sind, an die eine internationale Verständigung anknüpfen kann; in oft wiederkehrenden Gesetzesbestimmungen der einzelnen Länder sind Ansätze für das »Fremdenrecht« in der Sozialversicherung vorhanden, über die hinaus verschiedene völkerrechtliche Verträge die Gleichstellung von In- und Ausländern — den idealen Zustand — anbahnen oder auch schon verwirklichen.

## II.

### Kundgebungen für internationale Sozialversicherung.

Zunächst ist ein Überblick über die Schritte zur Herbeiführung sozialpolitischer Klauseln, soweit sie auf Sozialversicherung Bezug haben, zu geben. Die ältere Vorgeschichte, die uns hier weniger beschäftigt, hat eingehend Manes<sup>2)</sup> dargestellt.

Die Bemühungen, internationale Grundsätze für die Sozialversicherung zu schaffen und wirksam zu gestalten, knüpfen an den Werdegang der deutschen Arbeiterversicherung an. Ihre Schöpfer empfanden die Höhe der Lasten, die sie den deutschen Unternehmungen auferlegten, und sahen in gleichgerichteten internationalen Maßnahmen den notwendigen Ausgleich. So tagte denn bereits 1890 der große internationale Kongreß in Berlin unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Berlepsch, und die deutschen Bahnbrecher des Versicherungsgedankens konnten schon damals dem heute so viel erörterten Gedanken internationaler Solidarität Ausdruck geben. Ungefähr gleichzeitig entstand das Internationale Komitee für Sozialversicherung, dessen deutsche Abteilung gerade in den letzten Wochen durch den Mund ihres Vizepräsidenten, Dr. Kaufmann, und ihres Geschäftsführers, Prof. Manes, warm für die sozialpolitischen Abreden in den Friedensverträgen eintrat. Die Eingabe des deutschen Komitees vom 22. März 1918 spricht von der den einzelnen Staaten aufzuerlegenden völkerrechtlichen Verpflichtung, die in der Sozialversicherung gewährten Vergünstigungen tunlichst einander gleichwertig und den Arbeitern und Angestellten gegenseitig zugänglich zu machen. Damit ist das eigentliche Programm umrissen.

Weitere Eingaben der Gewerkschaften und der Gesellschaft für soziale Reform haben diesen Schritt in Deutschland, eine Denkschrift der Österreichischen Gesellschaft für Arbeiterschutz hat ihn in Österreich eingeleitet. Der maßgebende Satz der an den Reichskanzler gerichteten Eingabe der Gesellschaft für soziale Reform ist auch dem Wortlaut nach wichtig, weil sich an ihn

<sup>2)</sup> Manes: »Sozialpolitik in den Friedensverträgen und im Völkerbund«. Berlin 1919. Ferner in den »Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung«, 3./4. Heft 1918.

die im Mittelpunkt stehende Äußerung des Prinzen Max von Baden angelehnt hat. Gewünscht wird, daß in den Friedensverträgen Vorschriften über Sozialversicherung aufgenommen werden, welche die vertragschließenden Regierungen verpflichten, binnen einer gemessenen Frist gleichartige oder doch gleichwertige Einrichtungen zu treffen. Es werden dann ausdrücklich genannt: »Bestimmungen über Umfang und Art der Versicherung gegen Krankheit, Betriebsunfall, Alter, Invalidität, für Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter in Stadt und Land sowie der Angestellten.«

Die deutsche Regierung hat dann, nach längerer Untätigkeit und nachdem ihre »Vergeßlichkeit« beim Vertrag von Brest-Litowsk vielfach gerügt worden war, am 5. Oktober 1918 in der denkwürdigen Reichstagssitzung folgendes mitgeteilt:

»Die Regierung wird bei den Friedensverhandlungen dahin wirken, daß in die Verträge Vorschriften über Arbeiterversicherung aufgenommen werden, welche die vertragschließenden Regierungen verpflichten, in ihren Ländern binnen einer gemessenen Frist ein Mindestmaß gleichartiger oder doch gleichwertiger Einrichtungen zur Versorgung der Arbeiter bei Krankheit, Unfall und Invalidität zu treffen.«

In dieser Aufstellung ist die Arbeitslosigkeit nicht erwähnt, vielleicht deshalb, weil hierfür die Lage der einzelnen Länder tatsächlich eine ungleiche ist, und weil noch nicht an ein festes Versicherungsgefüge angeknüpft werden kann. Daß aber Deutschland in seiner gegenwärtigen sozialpolitischen Stimmung sich internationalen Maßnahmen auch in dieser Richtung, die möglichst mit einer Verständigung über Arbeitsmarkt, Arbeitsnachweis und Arbeiterwanderungen einhergehen müßten, nicht verschließen würde, zeigt sich in der Kundgebung des deutschen Volksstaates vom Dezember 1918 und geht auch aus den vorläufigen Beschlüssen einer im Reichsarbeitsamt eingesetzten Kommission, der als Sachverständige die Herren Professor Francke, Professor Manes und Jansson von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angehören, hervor. In der Dezemberkundgebung war die Pflichtversicherung auf allen denkbaren Gebieten der Sozialversicherung und für die ausländischen Arbeiter Gleichstellung gefordert worden. Nach der »Sozialen Praxis« vom 5. Dezember 1918 wird Deutschland beantragen, daß schon im Vorfrieden eine grundsätzliche Anerkennung der sozialpolitischen Forderungen stattfindet; im endgültigen Frieden würde eine Kommission über die Versicherung gegen Krankheit, Unfall, Alter, Invalidität, Arbeitslosigkeit, für Mutterschaft und Hinterbliebene zu beraten habe. — Zu erwähnen ist hier noch die von einer Kommission für Sozialpolitik im Schoße der deutschen Gesellschaft für Völkerrecht und von der deutschen Liga für Völkerbund geleistete Arbeit.

Während so in Deutschland entscheidende Schritte getan wurden, rührten sich die sozialpolitisch interessierten Kreise auch im neutralen und feindlichen Ausland. Besonders wichtig ist die Eingabe der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, die schon 1904 die Beseitigung unterschiedlicher Behandlung in den Versicherungs- und Haftpflichtgesetzen gefordert hatte, an das Volkswirtschaftliche Departement des Schweizerischen Bundesrats vom 11. Juni 1918. Gegenüber den deutschen Beschlüssen konzentriert sich diese Eingabe in ihrem auf die Sozialversicherung bezüglichen Teil auf den »Schutz der Rechtsansprüche der Arbeiter im

Auslande gegen ungleiche Behandlung in bezug auf ihre Rentenansprüche auf allen Gebieten der Sozialversicherung«. Er sei durch internationale Übereinkommen zu gewährleisten, besonders aber »sei für die Neutralisierung der Versicherungsbeiträge ausländischer Arbeiter durch Übertragung ihrer Ansprüche an einen neutralen Staat auch für den Kriegsfall Sorge zu tragen«. Diesen Wünschen hat schon früher, im Februar 1917, die Internationale katholische Union in Zürich vorgearbeitet: Es müsse die volle Befriedigung der Ansprüche der kriegführenden Staaten aus den Titeln der Sozialversicherung erreicht werden.

Ungefähr in dieselbe Kerbe hieben der Internationale Sozialistenkongreß in Stockholm und der auf Einladung des Sekretärs des Internationalen Gewerkschaftsbundes zusammengetretene (1.) Internationale Gewerkschaftskongreß in Bern; dieser, dem neben deutschen, österreichischen, ungarischen und bulgarischen auch schweizerische, holländische und skandinavische Arbeiterorganisationen angehörten (und dem andere Neutrale nur deshalb fern blieben, weil die Einladung von der Entente zurückgehalten wurde), geht mit den Beschlüssen der deutschen Gewerkschaften nicht weniger einig, als die Gesellschaft für soziale Reform mit der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. Die Parallelität dieses Vorgehens sichert den deutschen Wünschen Widerhall in internationalen Kreisen, denen die sozialpolitischen Verbände der Ententeländer von früherer gemeinsamer Tätigkeit her nahestehen. Der jüngste (2.) Gewerkschaftskongreß in Bern schloß sich vollinhaltlich an.

Aus Frankreich, England, Italien und Amerika sind Stimmen vernommen worden, die auf ein sozialpolitisches Konzert der Mächte vorzubereiten scheinen, wenn auch der Einfluß der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die während des Krieges vielfach in Opposition standen, nicht dem ihrer deutschen Arbeitsgenossen gleich gewertet werden soll. In Frankreich hat die Arbeitskommission der sozialistischen Mehrheitspartei bestimmte Vorschläge für die Sozialpolitik im Friedensvertrage gemacht, die sich an das genannte Berner Programm und an noch namhaft zu machende Beschlüsse der englischen Gewerkschaften in Leeds anschließen. Die »Humanité« berichtet darüber u. a., es seien über Organisation und Gegenseitigkeit der Versicherung Beschlüsse zu fassen. Auch die Arbeitslosenversicherung soll hierbei mit eingeschlossen werden.

Nachdem bereits kurz nach Kriegsausbruch die American Federation of Labor wiederholt für internationale Verständigung eingetreten war<sup>3)</sup>, sind 1916 die englischen Arbeiter in Leeds, Winter 1917 die amerikanischen in Buffalo mit ähnlichen Entschlüssen vorgetreten. Das Wahlmanifest der englischen Arbeiterpartei hat sich ebenfalls für sozialpolitische Klauseln in den Friedensverträgen eingesetzt. In Italien sind die soziale Union und die Landesgruppe der Vereinigung gegen Arbeitslosigkeit dem gleichen Gedanken beigetreten.

Während so in den sozialpolitischen Kreisen und den Arbeiterschichten der Industriestaaten eine weitgehende Übereinstimmung besteht, die besonders in den Beschlüssen von Leeds und Bern zutage tritt, haben sich die

<sup>3)</sup> Vergl. Prof. Francke: »Sozialpolitik im Friedensvertrage« in der Weltwirtschafts-Zeitung vom 20. Dez. 1918. Der Aufsatz enthält grundsätzliche Äußerungen des um die internationale und nationale Sozialpolitik in so hohem Maße verdienten Verfassers.

gegnerischen Regierungen und die übrigen Parteien dieser Länder noch kaum geäußert. Bemerkenswert ist immerhin die Stellungnahme des »Petit Parisien« (1. Dezember 1918) und des »New Statesman« (12. Oktober 1918) vgl. Manes a. a. O.).

Hingegen hat die deutsche Regierung in jüngster Zeit ihre Stellung klar zum Ausdruck gebracht. Anknüpfend an die erwähnte Kundgebung des letzten Reichskanzlers und gestützt auf die namhaft gemachten Vorarbeiten der im Reichsarbeitsamt zusammengetretenen Kommission hat sie das folgende festumrissene Programm einer internationalen Verständigung über die Sozialversicherung geschaffen:

Die beteiligten Staaten sollen, soweit dies noch nicht der Fall ist, eine Pflichtversicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Betriebsunfall, Invalidität, Alter und Arbeitslosigkeit sowie eine Hinterbliebenen- und eine Mutterschaftsversicherung durchführen. Die Sozialversicherung ist auf die Heimindustrie auszudehnen.

Die ausländischen Arbeiter sind während der Dauer ihres Aufenthaltes den inländischen in bezug auf Beiträge und Leistungen der Sozialversicherung grundsätzlich gleichzustellen.

Arbeiter, die zeitweilig außer Landes beschäftigt werden (sogenannte Montierungsarbeiter usw.), und die Arbeiter in Beförderungsbetrieben, die gewöhnlich im Gebiete mehrerer Staaten arbeiten, sind hinsichtlich der Versicherung grundsätzlich den Gesetzen des Staates zu unterstellen, in dem das sie beschäftigende Unternehmen seinen Sitz hat.

Rentenberechtigte Ausländer, die aus dem Lande verziehen, in dem ihr Rentenanspruch begründet ist, verlieren ihre Ansprüche nicht, falls der Heimatstaat die Gegenseitigkeit anerkennt. Die näheren Bestimmungen hierüber wie auch die über die Auszahlung der Renten und die Überwachung dieser Rentenempfänger sind durch zwischenstaatliche Verträge zu treffen.

In diesen Verträgen ist auch Bestimmung darüber zu treffen, welche Berufskrankheiten den Betriebsunfällen gleichzustellen sind.

Alle die Sozialversicherung betreffenden Urkunden und Bescheinigungen müssen gebühren- und abgabefrei sein; ebenso die Verfolgung des Rechtsweges.

Diese Punkte sind einem allgemeinen sozialpolitischen Programm ein- gegliedert, das als Ganzes gelten und an das sich die deutsche Regierung nur dann für gebunden erachtet wissen will, wenn es von allen Beteiligten angenommen wird.

### III.

#### Der gegenwärtige Stand der Sozialversicherung in den wichtigeren Ländern.

Stellt man die Frage, in welcher Richtung und in welchem Umfange ein internationale Verständigung auf dem Gebiete der Sozialversicherung möglich und wünschenswert ist, so ist eine Vorfrage nach dem gegenwärtigen Stande der einzelnen Versicherungszweige in den wichtigeren Industriestaaten zu beantworten. Hierfür mag als Grundlage die zuletzt im Jahre 191



vom Reichs-Arbeitsblatt als Beitrag des Reichsversicherungsamtes veröffentlichte Zusammenstellung über »Die Sozialversicherung in Europa« verwendet werden, die allerdings hinsichtlich der wichtigeren im Kriege erfolgten Änderungen und Ergänzungen berichtet werden muß<sup>4)</sup> und natürlich in ihrem statistischen Teil durch die Kriegsereignisse überholt ist. Selbstverständlich kann es sich nur darum handeln, die wesentlichen Gesichtspunkte, die für die Friedensklauseln von unmittelbarer Bedeutung werden können, namhaft zu machen. Von den außereuropäischen Ländern werden im folgenden nur die Vereinigten Staaten von Amerika herangezogen, doch sei daran erinnert, daß Australien und Neuseeland schon frühzeitig und erfolgreich den Versicherungsgedanken sich zu eigen gemacht haben.

Gehen wir von der Krankenversicherung aus, so kehrt der deutsche Grundsatz der Zwangsversicherung für alle Lohnarbeiter und den weitaus größten Teil der Angestellten (neuerdings bis 5000 M Gehalt), sowie für Hausgewerbetreibende zumeist nur in beschränktem Umfange wieder, und zwar ist er in Österreich begrenzt auf Arbeiter und Betriebsbeamte im Gewerbe, in Ungarn auf die im Gewerbe und Handel Beschäftigten bis 2000 M Jahresverdienst, in Italien auf Arbeiterinnen von 15 bis 50 Jahren, in Frankreich auf Bergleute bis 2000 M Jahresverdienst; ferner kommt der Umfang der Zwangsversicherung in Großbritannien, Luxemburg, den Niederlanden (seit 1913) und formell auch in einigen Balkanstaaten (Serbien, Rumänien) dem deutschen annähernd gleich; dagegen bleibt die Krankenversicherung in Norwegen, in der Schweiz, wo die Zwangsversicherung der Kantone und Gemeinden vorgesehen und z. B. im Kanton Zürich seit Ende 1914 der Versicherungszwang eingeführt worden ist, und in Rußland, wo das Gesetz vom 6. Juli 1912 eine Frist für die Durchführung noch nicht gesetzt hat und wo auch die neuerdings beschlossene Erweiterung der Versicherung auf dem Papier stehengeblieben ist, mehr oder weniger zurück. Die übrigen Länder kennen nur die freiwillige Krankenversicherung, sie gilt besonders in Spanien, Finnland, Dänemark (wo aber seit 1915 das Recht auf Mitgliedschaft und die Zulassung von Dauerkranken besteht), Schweden, Belgien; in den Ländern mit Zwangsversicherung dient die freiwillige Versicherung fast überall zur Ergänzung der Zwangsversicherung.

Es erhellt ohne weiteres, daß die auf Angleichung der Versicherungsgrundsätze gerichteten Bemühungen vorzugsweise auf Grundlage der Zwangsversicherung erfolgen werden. Sie allein sichert gleiche Rechte der Arbeitnehmer und gleiche Belastung der Industrie sowie der übrigen Produktion, auf die es doch im Interesse der Lebenshaltung und einer Anpassung der Produktionskosten ankommt.

Weniger wichtig ist die Form der Versicherung, die sich selbstverständlich an den jeweiligen Verwaltungs- und Beamtenapparat und an die geschichtliche Entwicklung anlehnen muß. Neben den deutschen Krankenkassen sehen wir Bruderladen in Österreich, eine Landeskasse in Ungarn, Hilfsvereine in Frankreich und Belgien, staatlich zugelassene Vereine und Postkassen in Großbritannien, Kreiskassen in Norwegen, Erwerbsgesellschaften (neben Hilfsvereinen) in Spanien, freie Kas-

<sup>4)</sup> Wichtigste Quellen sind „Soziale Praxis“ und „Reichs-Arbeitsblatt“.

sen in Luxemburg, den Niederlanden und (wahlweise mit andern Einrichtungen) in der Schweiz, eine Krankenversicherungskasse, deren Verwaltung jetzt ausschließlich bei den Arbeitern liegt, in Rußland. Natürlich hängt die Form des Kassenwesens mit in erster Linie davon ab, ob Zwangs- oder freiwillige Versicherung vorherrscht.

Wichtiger sind Beiträge und Leistungen. Der deutsche Grundsatz, wonach die Arbeitgeber  $\frac{1}{3}$ , die Arbeitnehmer  $\frac{2}{3}$  der Beiträge aufzubringen haben, während ein Staatszuschuß nicht vorgesehen ist, besteht nur in Österreich und Frankreich in dieser Form. Doch nähert sich ihm auch die russische Beitragsverteilung, die freilich zunächst noch nicht in die Tat umgesetzt wurde, mit (ursprünglich)  $\frac{3}{5}$  Arbeiter- und  $\frac{2}{5}$  Arbeitgeberbeiträgen. Seit der Revolution sind hier die dem Arbeitgeber auferlegten Lasten noch höher, sie begreifen die gesamten Arztkosten in sich. Etwas häufiger ist die Halbierung der Beiträge anzutreffen: in Ungarn, Italien, Belgien, Serbien und einer Reihe von Ländern, die nur die freiwillige Versicherung kennen; verwickelt gestaltet sich das Beitragssystem in Großbritannien. Hier zahlen Arbeitgeber den von weiblichen Versicherten erhobenen Beitrag, während der von männlichen Versicherten entrichtete höher ist. Vorgesehen ist ferner eine Beteiligung des Staates in Italien, Frankreich, Belgien, Großbritannien, Norwegen, Serbien und wiederum in Ländern mit ausschließlich freiwilliger Versicherung, so neuerdings Dänemark; im letzten Falle soll sie wohl einen Anreiz, der Versicherung beizutreten, bedeuten.

Die Beitragsfrage, die auch in den andern Versicherungszweigen wiederkehrt, darf natürlich mit der Belastungsfrage nicht verwechselt werden. Auch die von den Arbeitnehmern aufzubringenden Beiträge sind letzten Endes aus dem Produktionsertrage zu bestreiten; der Unterschied in der Art der Beitragsleistung ist im Grunde genommen nur ein privater, kein volkswirtschaftlicher, und auch der (z. T. in der neuen dänischen Krankenversicherung vorgesehene) Staatsbeitrag wird, wenigstens teilweise, in Gestalt von Steuerleistungen wieder auf die produzierenden Kreise zurückfallen. Nur die Gesamtbelastung kann zum Gegenstand des Ausgleiches auf völkerrechtlichem Wege gemacht werden; innerhalb der dabei festzusetzenden Grundsätze wird das einzelstaatliche System nach wie vor selbständig bleiben müssen.

Dagegen liegt es im Sinne internationaler Verständigung, wenn man sich über Mindestleistungen der Versicherung einigt: auf diese Weise wird mittelbar auch die Beitragsfrage einer Lösung zugeführt. Natürlich ist für den Umfang der Leistung die bereits behandelte Frage, ob Zwangs- oder freiwillige Versicherung, wichtig; eine Zwangsversicherung wird, trotz an sich niedrigerer Leistungen, doch in ihrer sozialen Bedeutung höher eingeschätzt werden als eine freiwillige Versicherung mit hohen Leistungen, die vielleicht nur einer erlesenen Minderheit zugute kommen. Gehen wir beim Vergleiche der Leistungen wieder vom deutschen Beispiel aus, so bietet die deutsche Krankenversicherung an »Regelleistungen« bekanntlich freie Kur und Krankengeld oder freie Krankenhauspflege, dann Wöchnerinnenhilfe — deren bedeutende Erweiterung im Kriege neuerdings zur Dauerleistung erklärt wurde — und Sterbegeld. Genesendenfürsorge, Hebammendienste, ärztliche Geburtshilfe, Schwangeren- und Stüllgeld und Familien-

hilfe können daneben durch die Satzung der Krankenkasse gewährt werden. Die österreichischen und ungarischen Kassenleistungen sind die gleichen, doch ist die Frist der Gewährung etwas kürzer: 20 statt 26 Wochen bei dem (im Kriege erhöhten) Krankengeld, 4 statt 8 Wochen bei der Wöchnerinnenbeihilfe. Auch sonst fand im Kriege eine wesentliche Erweiterung statt, und zwar durch Mutter- und Kinderfürsorge und Familienversicherung. Belgien, Großbritannien, Norwegen, die Niederlande, die Schweiz und ihre Kantone, die östlichen Staaten und neuerdings auch Dänemark und die Vereinigten Staaten von Amerika befolgen, mit manchen Abweichungen im einzelnen, ähnliche Grundsätze, während Frankreich, Italien, Spanien und einige andere Länder nur Kranken- und Sterbegeld, nicht aber Arzthilfe und Anstaltspflege vorsehen. Wichtig ist, daß in einzelnen Ländern auch die Alters- und Invalidenfürsorge bei den Krankenkassen liegt; dies gilt in freilich geringem Umfange für Frankreich und z. T. für Belgien, vor allem aber für Großbritannien, das sich die Erfahrungen Deutschlands zunutze machen und seiner erst spät (1911) eingeführten Krankenversicherung die Invalidenfürsorge organisch angliedern konnte. Wieder wird die Höhe der Leistungen erst später, im Zusammenhang mit der Belastungsfrage, untersucht werden können.

An letzter Stelle wäre noch über das Streitverfahren, auf Grund dessen in Zweifelsfällen Ansprüche geltend gemacht werden, kurz zu berichten. Gegenüber der besonderen, in der Reichsversicherungsordnung geschaffenen, von Österreich, Ungarn und teilweise auch Rußland übernommenen Behördenordnung in Deutschland kennt die Schweiz den ordentlichen Rechtsweg, im übrigen finden sich staatliche Aufsichts-, genossenschaftliche und sonstige Stellen als Organe der Versicherung. Für die internationale Regelung kann ausschließlich die Forderung begründet werden, daß überall ein Rechtsweg offen stehen müsse, und daß etwa im deutschen (neuerdings geänderten) Umfange die Vertretungen der Arbeitgeber und -nehmer zu beteiligen seien.

Die Unfallversicherung ist für die Frage eines internationalen Rechts- und Pflichtenausgleiches von besonderer Bedeutung. Denn gerade die ausländischen Arbeiter unterliegen, bei mangelnder Sprachkenntnis, und da sie vielfach gefährliche Verrichtungen auszuführen haben, einer besonderen Unfallgefahr, die z. B. durch die deutsche bergbauliche Unfallstatistik nachgewiesen wird. Deshalb sind die auf internationale Regelung abzielenden Wünsche nicht selten gerade auf die Unfallversicherung zugeschnitten.

Der deutsche Versicherungsgrundsatz hat sich unbestritten, wie u. a. die im Kriege geschaffenen Maßnahmen der Vereinigten Staaten und skandinavischer Länder zeigen, durchsetzen können, und es ist sicher, daß er auch für die internationale Vereinbarung gelten wird. Es handelt sich bei ihm bekanntlich um die Zwangsversicherung, der die Arbeiter und die meisten Betriebsbeamten (bis 5000 M Einkommen) in Gewerbe, Landwirtschaft und Seefahrt unterliegen. Eine Erstreckung durch Satzung auf alle Betriebsbeamten und auf Hausgewerbetreibende ist ebenso wie die freiwillige Versicherung der Unternehmer und des nicht versicherungspflichtigen Personals vorgesehen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Österreich und Ungarn, nur waren die Einkommengrenzen für die Zwangsversicherung niedriger, bis seit Anfang 1917 hierin ein zeitgemäßer Wechsel eingetreten ist. Dänemark,

das früher nur Schifffahrt und Landwirtschaft versichert hatte, führte im Kriege (1916) eine erweiterte Versicherung ein. Italien kennt diese nur im Gewerbe — daneben in den sizilianischen Schwefelgruben —, Frankreich nur für Seeleute (was zu den auf S. 120 erwähnten Schwierigkeiten, im besetzten Elsaß die Unfallversicherung wieder einzuführen, Veranlassung gab), Norwegen für Gewerbe, Forstwirtschaft, Fischerei und Kleinschifferei (wobei durch den U-Bootkrieg Änderungen nötig wurden), Finnland für Schifffahrt und Gewerbe. Rußland und die Niederlande haben das Gewerbe, Luxemburg hat Gewerbe und Landwirtschaft, Serbien Gewerbe und Handel, Griechenland Bergbau und Hüttenwesen, Rumänien Gewerbe, Landwirtschaft und Seeschifffahrt dem Unfallversicherungszwang unterstellt. Schweden erweiterte durch Gesetz vom 1. Januar 1918 ab den Versichertenkreis seiner Unfallversicherung beträchtlich, Norwegen ging in ähnlichem Sinn 1915 vor. Die Schweiz hatte vor dem Kriege nur einige Gewerbe der Zwangsversicherung unterstellt, seit Mitte 1915 ist der Versicherungszwang wesentlich erweitert worden. Ihm sind nach Stephan Bauer 57 vH der europäischen Lohnarbeiter unterworfen.

Im übrigen herrscht, mit mannigfachsten Abweichungen im Einzelfall die freiwillige Versicherung. Vor allem Großbritannien, Belgien und — von der kleinen Teil-Zwangsversicherung der Seeleute abgesehen — Frankreich haben sie eingeführt, und es ist selbstverständlich, daß diese Versicherungsform den Mindestanforderungen der Zukunft nicht mehr genügt. In Belgien, wo man nur für Bergleute eine Unfallfürsorge kannte, wird man um so weniger an den deutschen, auf den belgischen Gesetzentwurf von 1912 zurückgreifenden Organisationsleistungen während der Besetzung (s. S. 120) vorbeigehen können, auch wenn man sie zunächst abzulehnen scheint. In Bulgarien liegt dem Unternehmer die Pflicht, seine Arbeiter zu versichern, ob, die Beiträge fließen aber sehr spärlich. Auch Spanien kennt bisher nur die freiwillige Versicherung, die dem Unfall gegenüber zumeist versagt.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben während des Krieges an Stelle der bisherigen, den Einzelstaaten überlassenen, von  $\frac{2}{3}$  aller Staaten eingeführten, aber innerlich sehr ungleichen Versicherung ein allgemeines Unfallversicherungsgesetz erlassen. Unmittelbar vorher hatte der Staat New York für das durch Richterspruch beseitigte frühere Gesetz ein neues, hatten mehrere weitere Staaten eine Zwangsversicherung geschaffen, die British-Columbia seit 1916 hat.

Je nach dem Umfang des Personenkreises, für den die Zwangsversicherung gilt, sind Beiträge und Leistungen verschieden zu beurteilen, wenn man die Belastung der einzelnen Staaten und die Sicherung des Arbeiterlebens ermitteln will. Auch die Form der Versicherung kann nicht entscheidend sein. Den deutschen Berufsgenossenschaften, die nur Rumänien unter diesem Namen übernahm, stehen, um nur einiges zu erwähnen, in Österreich Landesversicherungsanstalten, in Ungarn Landeskasse und Landeshilfskassen, in den skandinavischen Ländern und in den Niederlanden Staatsanstalten gegenüber, während sich in den übrigen Ländern Genossenschaften, Gegenseitigkeitsvereine, vereinzelt auch Knappschaftskassen vorfinden, und wiederholt dem Unternehmer die Wahl zwischen den Versicherungseinrichtungen offen steht. Dies gilt auch in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren wechseln; dies hat sich gegenüber dem deutschen System in Österreich wenig bewährt. Ein Staatsbeitrag ist gelegentlich, entgegen dem deutschen Grundsatz, vorhanden, regelmäßig aber hat der Unternehmer die Gesamtlasten zu tragen; in Ungarn werden auch die Versicherten herangezogen, in Schweden leistet der Staat einen Zuschuß, in den Vereinigten Staaten kommt er für alles auf.

Die Leistungen mögen wieder am deutschen Maßstab gemessen werden; sie können hiernach in freier Kur und Unfallrente, Heilanstaltspflege, Sterbegeld und Hinterbliebenenrente bestehen. Dabei werden alle Unfälle, ausgenommen die, welche vorsätzlich herbeigeführt wurden, entschädigt. Diesen letzten, entscheidenden Grundsatz kennt auch die Unfallversicherung in Österreich, Ungarn, Italien, Belgien, Norwegen, Griechenland, Rumänien, Rußland. Dagegen schließt neben dem Vorsatz auch grobe Fahrlässigkeit den Entschädigungsanspruch aus in: Frankreich (hier nur Minderung), Großbritannien, Schweden, Dänemark, Finnland und der Schweiz. Vereinzelt (so in den Vereinigten Staaten von Amerika und den Niederlanden) führen Trunkenheit oder (in Spanien) höhere Gewalt ein ähnliches Ergebnis herbei, das den Gedanken der Unfallversicherung stark verwässert und zugunsten der deutschen Regelung unbedingt aus der Versicherung verschwinden sollte.

Freie Kur, Kranken- oder Anstaltspflege und Unfallrente finden sich in den einzelnen Systemen fast stets nebeneinander, auch die neuen Gesetze in den Vereinigten Staaten, Schweden, Dänemark usw. besitzen sie, und es besteht in dieser Richtung entschieden eine größere Gleichmäßigkeit als in der Krankenversicherung. Kapitalabfindungen sind häufig vorgesehen. Die Höhe der Entschädigungen wechselt, wie auch der Maßstab der Abfindung, beträchtlich. In zahlreichen Fällen werden, entsprechend der deutschen Regelung, 50 bis 70 vH des Arbeitslohnes zugrunde gelegt. Die Ordnung des Streitverfahrens knüpft nicht selten an die ordentlichen Gerichte an, neben denen Schiedsgerichte und sonstige Organe eine Rolle spielen.

Die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung findet sich in einzelnen Ländern (England!) teilweise mit der Krankenversicherung verknüpft (mit der vor allem die Invalidenversicherung tatsächlich engste Berührungspunkte aufweist). Unterscheiden wir auch hier die beiden Grundformen, zwangsweise und freiwillige Versicherung, so haben wir bekanntlich in Deutschland neben der Zwangsversicherung der Arbeiter eine teilweise in den gleichen Personenkreis hinübergreifende Zwangsversicherung der Angestellten. Nur noch in Österreich besteht diese Sonderversicherung, die hier aber durch das Fehlen einer allgemeinen Arbeiter-Invalidenversicherung — von jener der Bergleute abgesehen — auf eine andere Grundlage gestellt ist. Es ist selbstverständlich nicht anzunehmen, daß andere Länder das Doppelsystem nachahmen, das in Deutschland ganz bestimmte geschichtliche und organisatorische Voraussetzungen hatte, für das aber auch hier unter dem neuen sozialpolitischen Kurs, nachdem die Berufsinvalidität erreichbar und die Pensionierung bei Vollendung des 65sten Lebensjahres schon erreicht ist, auf die Dauer kaum mehr Boden sein wird. Der Grundsatz, alle Lohnarbeiter und Angestellten zwangsweise zu versichern, daneben für nicht oder nicht mehr versicherungspflichtige Arbeiter und

Kleinunternehmer die freiwillige Versicherung, auch in Gestalt der Weiterversicherung, zuzulassen, findet sich in diesem Umfang nirgends mehr. Immerhin kommen Frankreich, Großbritannien (besonders seit der Novelle von 1913), Luxemburg, die Niederlande und Rumänien dem deutschen Vorbild mehr oder weniger nahe, während im übrigen entweder ausgewählte Personenkreise, besonders Bergleute und Seeschiffer, zwangsweise versichert werden oder aber nur eine freiwillige Versicherung besteht. In der ersten Hinsicht sind Österreich, Ungarn, Belgien, Griechenland namhaft zu machen, während eine ausschließlich freiwillige Versicherung in Italien, Finnland, Spanien und Serbien besteht. Schweden hat im Kriege (durch Gesetz von 1915) eine allgemeine Pensionsversicherung geschaffen. Überhaupt ohne Versicherung sind Norwegen, Dänemark (außer einer Altersversorgung für Hilfsbedürftige), Rußland und die Schweiz, abgesehen von zwei Kantonen mit freiwilliger Versicherung und dem eine Zwangsversicherung für alle Einwohner vorbereitenden Kanton Glarus (bemerkenswert ist die Initiative dieses Kantons, der schon 1855 für internationale Sozialpolitik eingetreten ist). In fast allen diesen Staaten sind Reformbewegungen im Gange, welche durch internationale Verständigung jedenfalls eine wesentliche Förderung erfahren würden. In Belgien ist in der Invalidenversicherung wie in den andern Versicherungszweigen durch eine deutsche, an den belgischen Gesetzentwurf von 1912 anknüpfende Verordnung während der Besetzung der Versicherungszwang eingeführt worden.

Bei so weit gehenden Verschiedenheiten, die oft schwerwiegende Gegensätze in sich schließen, ist über die Form der Versicherung wenig zu sagen. Staatsanstalten bestehen außer in Deutschland in Österreich, Italien, Frankreich, das in seiner freiwilligen Versicherung aller Staatsbürger (nach Vorgang Neuseelands, 1898, und Australiens, 1908) eine besondere, aber schwerlich entwicklungsfähige oder nachahmenswerte Einrichtung besitzt, Großbritannien, Spanien, Rumänien; im übrigen walten Hilfskassen, Gegenseitigkeitskassen, Bruderläden usw. mit mehr oder weniger staatlichem Einschlag ihres Amtes.

Auch die Aufbringung der Mittel ist sehr ungleich geordnet und läßt nur schwer eine Beurteilung der tatsächlichen Lasten und ihrer Verteilung zu. Der Reichszuschuß, den Deutschland zur Arbeiter-, nicht aber zur Angestelltenversicherung beisteuert, findet sich noch in Österreich und Ungarn (als fester Gesamtbeitrag), Italien, Frankreich, Belgien, Großbritannien, Dänemark (zur Altersversorgung), Spanien, Luxemburg, in schweizerischen Kantonen, in Serbien, Griechenland, Rumänien, also fast überall, auch, was wichtig ist, im Bereich der freiwilligen Versicherung. Groß sind besonders die englischen Aufwendungen mit 190 Mill. M, die seit dem ergänzenden Gesetz von 1913 noch wesentlich über diesen Betrag hinaus gesteigert werden können. Die Beiträge entfallen zumeist auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte. Soweit nicht feste Prämien eingeführt sind, was vielfach zutrifft, richtet sich der Beitrag nach dem Lohne.

In den Leistungen herrschen natürlich auch viele Verschiedenheiten. Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenrente neben freiem Heilverfahren, wie in Deutschland vorgesehen ist, werden in Österreich (Angestelltenversicherung) gewährt, auch Frankreich kennt in seinem sehr zersplitterten Ver-

sicherungssystem diese Leistungen, sonst nur noch, abgeschwächt, Serbien und Luxemburg. Im übrigen finden sich meist Invaliden- und Altersrente oder Invaliden- und Hinterbliebenenrente nebeneinander; das erste gilt für Italien, Belgien, Spanien, Rumänien, das zweite für Ungarn. Auch Leibrenten werden vereinzelt gewährt.

Den deutschen Behörden des Streitverfahrens entsprechen wiederholt, ähnlich wie in andern Versicherungszweigen, die ordentlichen Gerichte oder aber genossenschaftliche, gemeindliche und sonstige Organe.

Auf dem Gebiete der Arbeitslosigkeit kann ein gleich vollständiger Überblick nicht gewonnen werden, es muß hier genügen, einzelne mit mehr oder weniger Glück durchgeführte Versuche namhaft zu machen. Als solche gelten die englischen Gesetze von 1912, 1914 bis 1916, die aus gleichen Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und aus den Staatszuschüssen einen Arbeitsfonds schufen, der besonders im Kriege und in der Übergangszeit wichtig wurde. Während des Krieges haben die Niederlande (durch Erlaß vom 19. September 1916) ein Amt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung geschaffen und öffentliche Unterstützungen für Erwerbslose zur Verfügung gestellt. Kassen der Arbeitnehmerorganisationen erhalten von Staat und Gemeinde Zuschüsse, zumeist bis 100 vH der Beiträge. Die deutsche Erwerbslosenversicherung kann, ebenso wie ihre besonders in der Textilindustrie wirksamen Vorgängerinnen im Kriege, schwerlich als Dauerinstitut erachtet werden. Sie ist eine von Reich und Staat unterstützte kommunale Wohlfahrtseinrichtung, die das berufliche Arbeitslosenrisiko nicht beachtet und schwerlich in dieser Form dauernd lebensfähig sein wird.

In der Arbeitslosenversicherung ist, wenigstens soweit staatliche Maßnahmen in Frage kommen, ein Zurückbleiben Deutschlands hinter einigen skandinavischen Staaten und selbst hinter dem im übrigen rückständigen Frankreich festzustellen. Eine vorzüglich unterrichtende Denkschrift der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands aus dem Jahre 1911 führt die Maßnahmen der genannten Staaten auf, deren Gesetzgebung die Gewerkschaftskassen für Arbeitslosenunterstützung anerkannt hat, wo diesen demgemäß ein Teil der Arbeitslosen- und Reiseunterstützungsaufwendungen zurückerstattet wird. Nach dem dänischen Gesetz wird ein Drittel vom Staat und ein Sechstel von den Gemeinden, nach dem norwegischen Gesetz ein Drittel und nach dem französischen Gesetz etwa ein Sechstel aus Staatsmitteln zurückvergütet.

Neben der staatlichen Fürsorge kommt noch die der in besonderem Maße interessierten Gemeinden in Betracht. Von fremden Gemeinden haben Brüssel, Gent, Mailand und der Kanton Basel-Stadt Einrichtungen getroffen, die sich an das besprochene System anlehnen, zeitlich aber ihm z. T. vorausgegangen sind. Ferner kommen auch eine ganze Reihe deutscher Städte in Frage, voran Köln. Die genannte Denkschrift macht etwa ein Dutzend deutsche Stadtgemeinden namhaft und kann damit, wenigstens für den gegenwärtigen Stand, noch nicht auf Vollständigkeit Anspruch erheben. Beim gegenwärtigen Stand der Dinge ist es freilich nicht wahrscheinlich, daß die gemeindliche Arbeitslosenfürsorge — die übrigens kaum als »Versicherung« angesprochen werden kann — Hauptträgerin der Arbeitslosen-

fürsorge bleiben wird. Zum Vergleich müßte man schließlich noch vor allem die gewerkschaftlichen Leistungen heranziehen, in denen Deutschland unbestritten an der Spitze steht. Allein in den Jahren 1903 bis 1909 haben die freien Gewerkschaften nahezu 35 Mill. M für diesen Zweck verausgabt, und auch die Leistungen der christlichen Gewerkschaften, der Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine und einzelner Angestelltenverbände sind sehr beträchtlich gewesen. Rechnet man diese Maßnahmen hinzu, so ist allerdings der Vorsprung des Auslandes — vielleicht mit Ausnahme Englands, das in seinen Gewerkschaften ebenfalls Fürsorgeträger von großer Kapitalkraft aufweist — eingeholt. (Schluß folgt.)

## DIE NEUORDNUNG UNSERES VERKEHRSWESENS<sup>1)</sup>.

Von Wirkl. Geh. Rat Dr. HERMANN KIRCHHOFF, München.

Unsere Eisenbahnpolitik geht ziemlich gleichen Schritt mit unserer allgemeinen Politik. Als nach der politischen Einigung Deutschlands der Gründer des Reiches auch die Reichsbahnidee auf seine Fahne schrieb, stieß er schon bald auf das alte deutsche Erbübel: den Partikularismus, der mit zunehmender wirtschaftlicher Erstarbung der Einzelstaaten alles überwucherte und bei diesen eine großzügige deutsche Verkehrspolitik nicht mehr aufkommen ließ.

Wir stehen jetzt wieder an einem Wendepunkte, dem folgenschwersten der deutschen Geschichte. Was wird aus uns werden? Einen schrofferen Gegensatz als den zwischen der hinter und vor uns liegenden Zeit kann man sich nicht denken. Der stolze Bismarcksche Reichsbau liegt zertrümmert am Boden. Bei allem, was jetzt an die Stelle tritt, muß mit der Beschränktheit der Mittel gerechnet werden. Bienenfleiß und spartanische Einfachheit können uns allein retten. Ob gern oder nicht gern: an diese bittere Notwendigkeit wird sich jetzt alles gewöhnen müssen. Monumentale Bauten, uppige Einrichtungen, viele und reich besetzte Behörden können wir uns nicht mehr erlauben. Deshalb brauchen wir aber noch nicht trübe in die Zukunft zu sehen. Uns Deutschen bietet das Geschick zum ersten Mal die Möglichkeit, uns mit den Deutsch-Österreichern unter Ausscheidung fremdartiger Elemente zu einem einigen, freien Deutschland zusammenzuschließen und kraft deutscher Tüchtigkeit und Fähigkeit friedliche Arbeit zu unserem und der Welt Segen zu verrichten.

Bei Projektierung des neuen Reichsbaues wird man der Eigenart der deutschen Stämme Rechnung tragen, dem Reich aber auch die zur Entfaltung seiner friedlichen Mission erforderliche Machtfülle jetzt, wo dafür die Vorbedingungen mehr denn je gegeben sind, zugestehen müssen. Nur ein starkes Reich kann uns retten!

Eine gleiche Parole gilt für das Verkehrswesen: auch hier wird man auf die Eigenart der Volksstämme gebührend Rücksicht nehmen; das Verkehrswesen in seinen großen Zügen aber muß jetzt Reichssache sein. Endlich müssen Eisenbahnen und Binnenwasserstraßen, Post und Telegraphie ausnahmslos vom Reich geleitet werden. Deutschland als ganzes ist ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, das jetzt wieder neu belebt sein will.

<sup>1)</sup> Sonderdrucke dieses Aufsatzes werden abgegeben.



Die großen Verkehrsaufgaben lassen sich jetzt nur noch von einer Reichsstelle erfolgreich bearbeiten. Im Reich müssen alle großen Fragen des Betriebes, des Baues, der Tarife, der Finanzen und der Besoldungen in möglichster Fühlung der vier Verkehrsweige untereinander bearbeitet werden. Diese Errungenschaft muß uns die politische Umwälzung Deutschlands jetzt auf dem Verkehrsgebiete bringen, wenn wir unserer wirtschaftlichen Aufgaben inmitten Europas voll gewachsen sein wollen.

Der Partikularismus wird demgegenüber noch einmal eine Kraftprobe anstellen. Es wird ihm aber nichts nützen. Wer wird denn mit den aus dem Weltkrieg überkommenen Eisenbahntorsos noch einzelstaatliche Eisenbahnpolitik treiben wollen? Diese Möglichkeit ist längst überholt. Jetzt stehen wir vor ganz anderen Verkehrssorgen, die nur von der im Reich verkörperten Gesamtheit für die Gesamtheit zum Austrag gebracht werden können. Jetzt heißt es: einen Personenverkehr für ganz Deutschland auf möglichst einfacher Grundlage (mit nur zwei Klassen, billigen Personentariifen und häufigen Fahrgelegenheiten) wieder ins Leben zu rufen, an die Stelle der alten, allseits als reformbedürftig erkannten Gütertarife ein vereinfachtes mehr kaufmännisch erdachten System zu setzen, der Eisenbahnverwaltung selbst eine den Zeitverhältnissen angepaßte Organisation zu geben, die Eisenbahnfinanzen einheitlich zu ordnen, das Beschaffungswesen unter möglichster Vereinfachung und Verringerung der Typen zu regeln, zwischen Betrieb und Bau schärfer zu scheiden, die großen Neubaupläne im Zusammenhang für ganz Deutschland zu bearbeiten, dabei die neuen Binnenwasserstraßenpläne mit in den Kreis der Betrachtung zu ziehen, auch die Interessen von Post und Telegraphie bei den großen Verkehrsfragen angemessen zu berücksichtigen.

Diese hier nur angedeuteten Aufgaben genügen, um zu erkennen, daß jetzt das Verkehrswesen Reichssache werden muß.

In dem bisherigen Deutschen Reiche waren allgemeinpolitische wie verkehrspolitische Rücksichten aller Art zu wahren, um sogenannte »berechtigte Eigentümlichkeiten« zu schonen. So lange wir noch einen Bismarck hatten, ging das. Wollte man diese Kleinstaaterei — wie man dies System gemeinhin nannte — in der Republik Deutschland fortsetzen, dann würde es damit schlimmer als vorher werden: es würde ein Wettbewerb der Machthaber unter einander entstehen, der unvermeidlich zu schweren Kämpfen führen müßte. Nicht die Anzahl der Freistaaten führt zur Kleinstaaterei, sondern die Überlegenheit der großen Freistaaten. Der Eisenbahnweg würde dann weiter gegen den Wasserweg kämpfen, die Eisenbahnen würden sich gegenseitig befehden, auch wenn sie sich noch so sehr »freundnachbarlich« untereinander benähmen, überall müßten Kompromisse unter selbständig einander gegenüberstehenden Machtfaktoren geschlossen werden, wobei nicht immer das Wohl der Gesamtheit entscheidend wäre.

Wieviel leichter werden sich alle diese Fragen nach Beseitigung des Partikularismus in der Republik Deutschland lösen lassen.

Wir sind ein tatkräftiges, an große Aufgaben gewöhntes Volk. Die allgemeine Wehrpflicht gab dem Ganzen auch im Zivildienst ein militärisch festes Gefüge, was sich gerade im Eisenbahnwesen, wenn man vom Ausland kam, so vorteilhaft bemerkbar machte. Dazu kam im Innern der riesige wirtschaftliche Aufschwung, der durch die Tüchtigkeit der deutschen Arbeiter-

schaft eine ungeahnte Höhe erreichte. Diese Verhältnisse wollen in der Republik Deutschland richtig bewertet und verständnisvoll neu geordnet sein.

Nachdem die militärische Seite mit Beendigung des Weltkrieges — ganz abgesehen davon, wer gesiegt — elementar ihr Ende erfahren hat, schon deshalb, weil stehende Heere aus finanziellen Gründen nicht mehr in der bisherigen Weise beibehalten werden können, würden wir Deutschen jetzt nach dem Weltkriege in einen bedenklichen Zustand der Reizlosigkeit und Apathie verfallen, wenn wir nicht von neuem große Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiete zu erfüllen hätten. Hier liegt unsere Zukunft, hier müssen wir einsetzen, ja wir müssen — wenn wir uns erst einmal von den Mühsalen des Weltkrieges erholt haben — mit erhöhtem Eifer friedliche Eroberungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu machen suchen.

Jetzt erklingen bei uns so viele Stimmen, die von »Entehrung« sprechen, und zwar am lautesten von denjenigen Seiten, die vorher durch ihre Eroberungsgelüste den Bogen überspannt hatten. Deutschland ist nicht entehrt! Es wird auch jetzt noch von der ganzen Welt wegen seiner einzig dastehenden Volkskraft angestaunt und wird — wenn sich die jetzt noch hochgehenden Wellen des Hasses bei unseren Feinden erst einmal geglättet haben — schon den ihm gebührenden Platz unter den Völkern Europas wieder einnehmen. Die Figur, die wir augenblicklich abgeben, gleicht einem sicher auftretenden, in seinen Leistungen zu den höchsten Erwartungen berechtigenden Streiter, der schließlich zur allgemeinen Überraschung doch noch früher als sein Gegner entkräftet ist. Nicht wir allein, alle Völker haben ein tiefgehendes Bedürfnis nach Ruhe und Frieden.

Wir Deutschen sind aber nicht nur tüchtige Streiter im Fall der Not, wir sind und bleiben auch tüchtige Friedensarbeiter. Damit wir den inneren Frieden und die innere Befriedigung wieder erlangen, müssen wir wie zuvor wieder in den Werken des Friedens Großes leisten. Wir haben das Zeug dazu; die äußeren Umstände stehen dem ja zunächst noch höchst störend im Wege, sie sind uns in gewisser Beziehung aber auch günstig, wenn wir es nur richtig angreifen und dabei den veränderten Zeitverhältnissen gebührend Rechnung tragen, das heißt: umlernen.

Der deutsche Partikularismus — ein altes Erbübel — muß nach dem Weltkrieg gänzlich beseitigt werden. Allgemein politisch wie verkehrspolitisch bedürfen wir in der Republik Deutschland straffer Zügel, sowohl im Inneren wie nach außen: Das Reich muß mit solchen Machtbefugnissen ausgestattet sein, daß es in allen großen Fragen entscheidend handeln und nicht durch einzelstaatliche Eigenmächtigkeiten darin behindert werden kann. Andererseits muß aber auch in allen örtlichen Fragen das Reich den Einzelstaaten freie Hand lassen.

Dies ist der wichtigste Punkt der ganzen Neuordnung und entscheidend für Deutschlands wirtschaftliche Zukunft. Dies ist auch entscheidend für die Zukunft des Verkehrswesens.

Sollen da wieder allerlei Vorbehalte zur Wahrung der Selbständigkeit der Einzelstaaten in Dingen, die nur einheitlich von Reichswegen geordnet werden können, gemacht werden, dann fehlt es der neuen Republik Deutschland, die auf eine wirtschaftliche Neubelebung so dringend angewiesen ist, an der wichtigsten Vorbedingung. Das Bild des einheitlichen Heeres im

Kriege muß auf das einheitliche Verkehrswesen im Frieden übergehen. Das davon ausstrahlende Kraftgefühl muß das gesamte Verkehrspersonal, vom Höchsten bis zum Niedrigsten, erfassen: das deutsche Verkehrswesen muß eben eine Großmacht des Friedens werden. Aus diesem Grunde muß in der neuen Reichsverfassung klar und deutlich ausgesprochen werden, daß es Reichssache ist.

Nach diesen Leitsätzen muß unser Verkehrswesen auch im einzelnen neu geordnet werden.

Wir müssen zunächst einen aus einer und derselben Laufbahn hervorgehenden höheren Beamtenstand schaffen. Das Verkehrswesen der Zukunft erheischt voll ausgebildete Fachleute sogleich bei Antritt ihrer Dienststelle. Sie müssen neben der Allgemeinbildung eine volle fachmännische Ausbildung mit in ihren Beruf bringen. Um dies zu erreichen, muß schon der junge Verkehrsmann, solange er noch elastisch ist, im Vorbereitungsstadium zwischen Theorie und Praxis so wechseln, daß er mit verantwortlicher Übernahme eines praktischen Dienstes diesen auch voll beherrscht. Vor allem werden daher die künftigen Verwaltungsbeamten des Verkehrswesens ihre Ausbildung in denselben höheren Lehranstalten wie die technischen Beamten erhalten und gemeinsam mit diesen ihre Lehrkurse durchmachen müssen. Zu ihnen tritt als neuer Zweig der finanziell-kaufmännische hinzu. Dieser will besonders gepflegt sein, weil die wichtigsten Gebiete des Finanz- und Tarifwesens künftig mehr von finanziell-kaufmännisch vorgebildeten Kräften durchgesetzt sein müssen.

Im Hinblick auf die Tüchtigkeit auch des mittleren und unteren Personals scheint es sehr wohl angängig, diesem gewisse, bisher von höher gestellten Beamten bearbeitete Geschäfte mit voller Verantwortlichkeit zu überlassen.

Diese Beamtenhierarchie ist sehr wichtig: nach dem Grundsatz: »sum cuique« schafft sie ein zufriedenes, freudig mit- und nebeneinander arbeitendes Personal.

Selbstverständlich muß die Beamtenschaft gut besoldet sein. In der Besetzung aber muß haushälterisch verfahren werden. In der sparsamen Verwendung von Personal und Material liegt das Geheimnis der Zukunft. Ein spartanischer Geist muß durch die ganze Verwaltung gehen, und dieser kann nur durch eine Reichszentralstelle gezüchtet und folgerichtig durchgeführt werden.

Damit ist die Einführung des Zweiklassensystems mit dem 3- und 6 Pf-Tarif, aber auch eine Vermehrung der Züge, weitere Ausgestaltung des Bahnnetzes, überhaupt eine weitere Hebung der Leistungsfähigkeit des Verkehrswesens gegeben: die Schaffung neuer produktiver Werte soll eben auf Kosten der unproduktiven ermöglicht werden. Für erstere muß das Verkehrswesen immer Geld haben, letztere aber, solange es uns so schlecht geht, möglichst zurückdrängen. Daher auch keine Luxusbauten und Renommierbahnhöfe mehr! Gediogene, aber einfache Ausstattung! Bei dem hohen Stand unserer Technik und dem darin herrschenden Geiste werden sich schon Lösungen im Lokomotiv- und Wagenbau, sowie in den Oberbauformen finden lassen, die unter Wahrung der Grundsätze der Solidität auch den Anforderungen der Zeit an Einfachheit und Sparsamkeit gebührend Rechnung tragen. Vor allem wird dieser Geist der Wirtschaftlichkeit bei allen Neubauplänen walten müssen.

Zur einheitlichen Durchführung dieser so überaus wichtigen Wirtschaftsmaßregeln wird es der zentralen Leitung des Reiches bedürfen. Diese ist aber auch für einen praktisch auszugestaltenden Eisenbahnbetrieb, insbesondere für den Fahrplan, nicht zu entbehren. Große Probleme, wie Trennung des Personenzug- vom Güterzugverkehr, rationelles Ineinandergreifen des Eisenbahn- und Wasserstraßenverkehrs, Einführung von elektrischen Schnellbahnen zwischen den großen Nachbarstädten, lassen sich nur in großzügigen Maßnahmen von einer Zentrale aus bearbeiten und durchführen. Nachdem das Hauptbedenken gegen die Ausdehnung des elektrischen Betriebes — die Kriegsgefahr — jetzt in den Hintergrund getreten ist, darf erwartet werden, daß diese Betriebsart künftig an Bedeutung gewinnt. Gerade hierfür ist aber wiederum eine Zentrale für ganz Deutschland nötig, die das ganze Feld überschaut und das »Für und Wider« im Einzelfall abwägt.

Wie wichtig ist es aber auch, daß die Binnenwasserstraßen jetzt endlich den Eisenbahnen durch eine gemeinsame Reichszentralstelle näher gebracht werden! Das ganze Chaos von Kanalbauplänen ist überhaupt nicht zu entwirren, wenn dazu nicht eine Zentralstelle für ganz Deutschland berufen wird. Nur sie kann zwischen beiden Verkehrsarten die richtige Regelung für die von ihnen zu bewältigenden Verkehrsaufgaben bringen, nur sie kann im gegebenen Fall berufen entscheiden, ob hier eine neue Eisenbahn oder eine Wasserstraße richtig ist.

Aber auch in Beziehung zur Post und Telegraphie wird das Verkehrsbedürfnis in seiner Gesamtheit besser abgewogen werden können, wenn alle vier Verkehrsweige Reichsanstalten sind. Von der Luftschiffahrt als fünfter Verkehrsanstalt darf man wohl noch nicht reden.

Es ist auch nicht nötig, daß Post und Telegraphie mit den Eisenbahnen und Binnenwasserstraßen von einer und derselben Reichszentralstelle ausgehen, da die Berührungspunkte mit der ersteren Verkehrsgruppe doch nicht so zahlreich sind. Eine solche Zentralisierung der vier Verkehrsanstalten wäre auch ihres riesigen Umfanges wegen nicht mehr zu bewältigen. Aber es muß doch zugegeben werden, daß die Reibungsflächen zwischen Eisenbahn und Post nicht nur im Interesse der Behörden selbst, sondern auch des verkehrstreibenden Publikums sich durch eine engere Fühlung der vier Reichsverkehrsanstalten unter einander wesentlich verringern lassen.

Zu den vorstehend erörterten Gründen, die für eine möglichste Zusammenfassung des Verkehrs im Reich sprechen, kommt noch ein wichtiger Gesichtspunkt hinzu: die Finanzgebarung. Die Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten sind in Unordnung geraten. Die Finanznot infolge unproduktiver Reichsanleihen wird durch die Riesenfehlbeträge der Staatsbahnen noch verschärft und hinterläßt, alles in allem genommen, das Bild eines Finanzchaos. Wie soll Deutschland seine friedliche Arbeit wieder aufnehmen und wieder zu geordneten Finanzen — der Vorbedingung guter Wirtschaftsführung — gelangen, wenn hier nicht mit aller Entschiedenheit eingesetzt und der Wirrwarr gründlich beseitigt wird! An Bahnerweiterungen und Kanalbauten wäre in absehbarer Zeit nicht zu denken, nicht einmal die Wiederinstandsetzung der Eisenbahnen wäre gesichert, von der großzügigen Wiederaufnahme eines geldbringenden Weltverkehrs ganz zu schweigen. Jede Verkehrsanstalt würde in ihrem beschränkten Rahmen — mehr vegetierend als

prosperierend — weiter wirtschaften und die aus der Vereinigung der Kräfte zu erzielenden großen Vorteile nur im beschränkten Maße verwirklichen. So resigniert darf Deutschland aber in Zukunft seine wirtschaftliche Aufgabe nicht anfassen. Umgekehrt: um aus der schweren Notlage heraus und wieder in ein gesundes Wirtschaftsleben hineinzukommen, müssen die weitestgehenden Heil- und Hilfsmittel ergriffen werden.

Von dieser Erwägung geleitet, darf man nicht davor zurückschrecken, das ganze Verkehrswesen auch finanziell auf das Reich zu übertragen. Auf den ersten Blick wird dieser Vorschlag den Eindruck machen, als ob der Teufel mit Beelzebub ausgetrieben werden sollte. Das Reich, sowieso schon unter der Milliardenlast zusammenbrechend, soll auch noch weitere Milliarden durch Erwerb der Bahnen und damit ein schweres Risiko auf sich nehmen. Das wird vielen unmöglich erscheinen. Man muß aber bedenken, daß es sich hier durchweg um produktive Werte handelt. Das Reich, das während des Weltkrieges immer nur für unproduktive Zwecke eine unerträgliche Schuldenlast auf sich zu nehmen hatte und infolgedessen unterernährt geblieben ist, muß doch auch einmal mit kräftigerer Nahrung gestärkt werden. Eine solche ist das Verkehrswesen. Aus ihm läßt sich in finanzieller Beziehung viel herausholen, und zwar desto mehr, je einheitlicher es geleitet wird. Dieser Bilanzposten wird demaleinst der beste werden, den das Reich aufzuweisen hat.

Der Kaufpreis würde am besten durch die von mir schon wiederholt vorgeschlagene Schaffung eines neuen Typs von Reichsbahnobligationen beglichen. Da deren Zinsen- und Tilgungsdienst vorweg in den Eisenbahnüberschüssen Deckung fände, erschiene das Reich am Geldmarkt mit einem Favoritpapier ersten Ranges, wodurch das Ansehen des Reiches besonders im Ausland wesentlich gehoben würde, eine gerade jetzt, wo es sich um den Wiederaufbau unseres gesamten Wirtschaftslebens handelt, nicht zu unterschätzende moralische Unterstützung unseres Kredites! Der Konsolmarkt würde entsprechend entlastet. Die Teilfragen, ob die noch verbleibenden Eisenbahnschulden der Einzelstaaten in diese Reichsbahnobligationen unter bestimmten Bedingungen konvertiert oder andere Finanzabmachungen zwischen Reich und Einzelstaaten vereinbart werden sollen, sind eine cura posterior.

Jedenfalls würde das Reich durch diesen Akt mit einem Schlage das gesamte Verkehrswesen auch in finanzieller Beziehung vollständig beherrschen. Dadurch würde nicht nur das Eigentum der gesamten Bahnen auf das Reich übergehen, sondern auf demselben Wege auch die Deckung für den Wiederaufbau und die weitere Neubautätigkeit zu beschaffen sein. Was das nach der jetzigen Weltkrise heißt, wird jedem, besonders auch den technischen Kreisen, einleuchten. Wie schon eingangs angedeutet, können wir uns — wenigstens zunächst — Luxusbauten und Anschaffungen nicht mehr erlauben. Aber mehr als tragisch würde es doch wirken, wenn ein so tüchtiges Volk wie das deutsche sich wohl wieder herausarbeiten möchte, aber nicht könnte, weil dazu die Mittel fehlen. Sich in den nötigen Dingen, die uns wirtschaftlich gerade wieder in die Höhe bringen sollen, einschränken zu müssen und nicht recht voran kommen zu können, würde wie ein Alp auf dem gesamten Wirtschaftsleben lasten. Dieser Druck wäre vom Verkehrswesen genommen, es wäre sogar schon bald eine großzügige Verkehrspolitik wieder

möglich, wenn durch die von mir vorgeschlagene Investierung die ganze Finanzgebarung im Eisenbahnwesen sofort auf eine solide selbständige Grundlage gestellt würde. Dann würde von technischer Seite eine segensreiche Tätigkeit in allen Zweigen des Eisenbahnwesens entfaltet werden können. Sowohl im Betrieb — ich erinnere nur an die neue Güterzugbremse, ein einheitliches Sicherungswesen und Oberbausystem —, wie im Bau ließen sich die bisher zurückgestellten Projekte im Verein mit neuen großen Plänen durchführen. Damit wäre angebahnt, was wir nach diesem Weltkrieg unbedingt erstreben müssen: die Erfüllung neuer großer Aufgaben im friedlichen Wettbewerb der Völker!

Die Schaffung einer neuen Art von Reichsbahnobligationen hätte aber auch noch andere weittragende Folgen. Bekanntlich haben die Staatsbahnen — abweichend von den Privatbahnen — keine Erneuerungs- und Reservefonds. Dies macht sich jetzt verhängnisvoll fühlbar. Jede Sanierung der Eisenbahnfinanzen wird in absehbarer Zeit an dieser Klippe scheitern. Fehlbeträge über Fehlbeträge werden aus dem riesigen Wiederaufbau der Eisenbahnen und den sprunghaft steigenden Lohn- und Materialpreisen entstehen. Hierfür fehlt es den Eisenbahnen an jedem Ventil. Die Wirkung wird also einfach die sein, daß selbst bei sparsamster Wirtschaftsführung und unerträglich hohen Tarifen die Eisenbahnen noch auf lange Zeit notleidend bleiben. Das wirkt niederdrückend und nachteilig für den Ruf einer Verwaltung. Auch hierfür gibt es jetzt nach meiner Überzeugung nur einen Weg, und der muß unbedingt besritten werden: Mit Einführung der Reichsbahn müssen sofort leistungsfähige Reserve- und Erneuerungsfonds aus den neu zu begebenden Reichsbahnobligationen gebildet werden. Ich will in diese finanztechnische Materie hier nicht weiter eindringen, sondern nur darauf hinweisen, daß in all den Friedensjahren allein aus den preußischen Staatsbahnen fast sechs Milliarden thesauriert worden sind, die durch erstmalige Dotierung der vorerwähnten beiden Fonds, zu denen dann auch noch ein nicht zu entbehrender, gut dotierter Ausgleichfonds hinzukommen muß, in Gestalt von Eisenbahnobligationen jetzt segensreich wirken und der neuen Reichsbahn sogleich von Haus aus ein so festes Gefüge geben können, daß damit ein gut arbeitendes Unternehmen schon bei der Betriebseröffnung gesichert ist. Und darauf kommt doch alles an!

Partikularistisch veranlagte Naturen werden auch jetzt noch, wo uns in Verkehrsfragen schnell und gründlich geholfen werden muß, gegen diese Vorschläge den egoistischen Einwand bereit haben: das sei alles recht schön vom Standpunkt des Reiches erdacht, die Einzelstaaten seien dabei aber ganz vergessen. Solche von mir vorgeschlagene Finanzoperationen könnten die Einzelstaaten doch jeder für sich oder gemeinsam mit den anderen vornehmen, dazu bedürfe es nicht des schweren Eingriffes in ihre Kompetenzen. Damit möchte dem Reiche vielleicht geholfen sein, die Einzelstaaten kämen dabei aber um so schlechter weg. Mit Aufwerfen dieses Einwandes stehen wir wieder mitten im Kampf mit dem Partikularismus!

Zunächst müssen wir doch mit der Möglichkeit rechnen, daß in der Republik Deutschland die einzelstaatlichen Republiken sich nicht mit den bisherigen Bundesstaaten decken. Die aus solchen neuen Staatenbildungen entstehenden, sonst heillosen finanziellen Streitpunkte und Schwierigkeiten

werden durch meinen Vorschlag höchst einfach gelöst. Denn fast alle Schulden der Einzelstaaten waren vor dem Kriege Eisenbahnschulden. Gehen diese auf das Reich über, so braucht man sich nicht erst noch den Kopf darüber zu zerbrechen, welche Schulden mit einem neuen Freistaat, der aus den alten Bundesstaaten gebildet ist, auf jenen übergehen sollen. Dann kommt in Betracht, daß die Freistaaten für sich noch weniger selbständige Wirtschaftsgebiete sind als die bisherigen Einzelstaaten. Nun stelle man sich einmal vor, was es für Folgen haben würde, wenn diese Freistaaten sich in der vor dem Weltkrieg unter den Bundesstaaten üblichen Weise »freundnachbarlich« — wie das schöne Wort hieß — über all die großen Verkehrsfragen erst noch untereinander zu verständigen hätten, die jetzt unbedingt einheitlich geregelt sein wollen. Das würde doch schlimmer als vorher, und mit Deutschlands wirtschaftlichem Aufschwung wäre es für immer aus. Dann ist es aber auch nicht richtig, daß bei den von mir vorgeschlagenen Finanzmaßnahmen nur an das Reich und nicht auch an die Einzelstaaten gedacht ist. Die bisherigen Einzelstaaten müssen m. E. wegen ihres Eisenbahnbesitzes vom Reich entgegenkommend abgefunden werden. Das kann das Reich um so eher vor sich finanziell vertreten, als es mit dem Gesamterwerb der Eisenbahnen schon durch die Zusammenfassung ein gutes Geschäft macht. Die künftigen Freistaaten an dem Jahresergebnis zu beteiligen, möchte ich widerraten, da das zu leicht Reibungen und unerwünschte gegenseitige Kritiken im Gefolge hat. Je einfacher, desto besser! Nur keine neue Kleinstaaterei auf dem Verkehrsgebiete!

Bis in unsere Tage hinein hört man trotz der vorliegenden glänzenden Ergebnisse der Eisenbahnverstaatlichungen immer noch den Einwand gegen solche Verkehrseinheitlichungen: es werde dadurch jeder Wettbewerb erstickt. Der Wettbewerb bewegt sich aber doch wesentlich auf dem Gebiete des gegenseitigen Kundenfanges, wie er in den seligen Zeiten der Privatbahnen durch Refaktien und andere unfeine Lockmittel in Blüte war. Den will man doch gewiß nicht wieder ins Leben rufen! Soweit die Konkurrenz im edlen Wettstreit der Kräfte, vor allem auf technischem Gebiete, zu suchen ist, wird sie durch viele kleine, innerlich nicht recht leistungsfähige Unternehmungen mit ihren beschränkten Mitteln gewiß nicht gefördert. Im Gegenteil: je größer der Wirkungskreis, desto großartiger kann sich unsere Technik in allen Zweigen entfalten. Ich bin überzeugt, daß darüber in technischen Kreisen nur eine Stimme herrscht. Wir wollen doch Deutschland wirtschaftlich wieder auf einen hohen Stand heben; dann müssen wir jetzt, wo uns dazu endlich die Möglichkeit geboten ist, aber auch alles hinwegräumen, was uns bisher bei unserm Partikularismus so hemmend im Wege stand.

Es ist aber nicht dies allein, was uns zwingt, im Verkehrswesen mit dem Partikularismus reinen Tisch zu machen; es kommen doch noch die Wasserwege dazu. Wenn sich die einzelstaatlichen Eisenbahnverwaltungen auch noch so schöne Lösungen für die Erhaltung ihres sogenannten föderativen Eisenbahnsystems in der neuen Republik Deutschland erdacht haben sollten, sie blieben doch nur ein Teil des großen Verkehrswesens: den Binnenwasserstraßen ständen sie nach wie vor als Fremdkörper gegenüber. Das geht jetzt nicht mehr; beide Verkehrsanstalten wollen endlich einheitlich be-

trieben und auf ganz neuer Grundlage zu einem großen Verkehrswesen zusammengeschweißt sein.

Alles, was vorhin an Mitteln und Wegen zu einer unverzüglichen Entfaltung des gesamten deutschen Verkehrswesens vorgeschlagen ist, läßt sich sinngemäß auch auf die Binnenwasserstraßen anwenden. Auch hier müssen wir sofort zu einer regen Projektierung und Ausführung neuer Wasserwege kommen, nicht überhastet und kopflos, sondern wohlbedacht und vor allem einheitlich bearbeitet. Auch hierfür ist Geld, sehr viel Geld nötig. Zu dessen Beschaffung scheint mir die sinngemäße Schaffung von Reichskanalobligationen der gewiesene Weg. Zwar ist deren Bonität wegen Verweisung des Zinsendienstes auf die Überschüsse nicht so glänzend wie bei den Eisenbahnen. Es müßten für den Anfang, wo der Kanalbau eine größere Rolle als der Kanalbetrieb spielen wird, finanzielle Vorkehrungen getroffen werden, die auch hier den Zinsendienst voll sichern. Es würde zu weit führen, im einzelnen darauf einzugehen.

Jedenfalls ist damit der Weg vorgezeichnet, wie sich in der Republik Deutschland das gesamte Verkehrswesen, den erhöhten Anforderungen der Zeit entsprechend, neu ordnen läßt. Auf diesem Wege kann Deutschland wirtschaftlich gerettet werden. Es muß aber auch gerettet werden! Unsere Landwirtschaft allein kann uns nicht herausreißen. Auch eine mit kleinstaatlichen Gewohnheiten behaftete Industrie bietet keinerlei Aussicht dafür, daß wir uns wieder emporarbeiten. In uns Deutschen steckt nun einmal ein tiefgehender Zug zur Betätigung und Verfolgung großer Ziele. Woran sollen wir uns wieder aufrichten? Doch nur an der Durchführung großzügiger wirtschaftlicher Probleme! Also, wohlan: gehen wir mutig an deren Lösung heran! Ist der Weg auch weit und steil, wir sind durch den Weltkrieg und seine Folgen hart geworden — auf der einen Seite gähnt ein Abgrund, auf der anderen winkt die Palme des friedlichen Sieges.

Erreichen wir dies Ziel, dann ist der Weltkrieg schließlich doch noch zu unserem Heil ausgeschlagen: zum ersten Mal haben wir statt der Kleinstaaterei ein einiges großes Deutschland, durch eigene Kraft zu großen Dingen berufen, und sind durch vernünftige Neuordnungen innerlich so erstarkt, daß wir — auch ohne Revanchekrieg — die Achtung der Welt ganz von selbst durch die Wucht der Tatsachen uns im friedlichen Wettstreit erobern.

---



**MENSCHENWERTUNG<sup>1)</sup>.****Von CONRAD MATSCHOSS, Berlin.**

Der Weltkrieg als Vernichter kostbaren Menschentums hat gleichzeitig das Empfinden für die Wertung des Menschen erhöht. Noch niemals zuvor haben wir so leidenschaftlich den Aufstieg der Begabten, die freie Bahn für den Tüchtigen, und wie die schlagwortartig zusammengefaßten Programmpunkte einer planmäßigen Auslese sonst noch heißen, fordern hören wie in den letzten Jahren. Man ging hierbei entweder von dem Gefühl für die Einzelperson aus, der man die Freiheit zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit verschaffen wollte, oder ließ sich — und das scheint mir besonders wichtig zu sein — von der Erkenntnis leiten, daß es gerade im Interesse der Allgemeinheit liege, die Begabungen jedes Einzelnen soweit als möglich zu fördern. Die Menschen sind der größte Reichtum eines Staates. In der Geisteskraft großer Männer liegen hohe nationale Werte, die auch in ihrer wirtschaftlichen Auswertung sich mit Kohlengruben und Erzbergwerken messen können. Man versuche, nur einmal die materiellen Werte zu berechnen, die aus der Lebensarbeit eines Krupp und Siemens, eines Watt und Stephenson hervorgegangen sind.

Der Begriff »Aufstieg« enthält ein Werturteil. Man denkt an oben und unten, an hoch und niedrig. Mancher stellt sich den Aufstieg als erreicht dar, wenn recht viele Arbeiterkinder Universitätsprofessoren geworden sind. Die standesmäßige Einschätzung von Berufsklassen führt leicht irre. Wäre eine solche Auslese erreichbar, sie müßte verhängnisvoll wirken. Jeder Stand, jeder Beruf braucht hervorragende Intelligenzen, wenn er wirken will. Diese geistigen Persönlichkeiten herauszulesen wie die Rosinen aus einem Kuchen, sie in einen anderen Beruf überzuführen, wäre gleichbedeutend mit Vernichtung der beraubten Klasse. Das kann und darf deshalb die Auslese der Tüchtigen nie bedeuten.

Das Problem muß weiter gefaßt werden: der richtige Mensch an den richtigen Platz. Diesem Ziel zuzustreben, heißt gleichzeitig den höchsten erreichbaren Wirkungsgrad jedes Menschen erstreben. Montaigne sagt an einer Stelle seiner Schriften: »Wer ein Mittel ersinnen könnte, wodurch man jeden Menschen richtig beurteilen und an seinen richtigen Platz stellen könnte, der errichtete, schon durch diesen einzigen Zug, eine vollkommene Staatsverfassung«.

Auch die für Jahrtausende im voraus gedachten großen Gedanken eines Plato bewegen sich in dieser Richtung. Er hat darauf hingewiesen, wie es im Interesse des Staates liege, daß jedem der Beruf zugänglich gemacht werde, der seiner Individualität entspricht. Jeder sei an seinen Platz gestellt und wirke dort für das Ganze. Er verlangt, daß auch für alle aufstrebenden, nach Betätigung ringenden Talente der unteren Gesellschaftschichten

<sup>1)</sup> Die folgenden Ausführungen geben im wesentlichen den Inhalt eines dem Deutschen Ausschuß für Erziehung und Unterricht am 12. Mai 1918 erstatteten Berichtes über den Aufstieg der Begabten wieder. Das Thema hat durch die großen politischen Veränderungen noch an Bedeutung gewonnen. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft sein müssen, Mittel und Wege zu suchen, um die im Interesse der Allgemeinheit notwendigen Forderungen so bald als möglich zu verwirklichen.

die Möglichkeit geschaffen werde, auf der sozialen Stufenleiter so hoch emporzusteigen, wie die persönliche Begabung irgendwie gestattet. Auf Staatskosten sollen alle Genies und Talente erzogen werden. Nur wenn die Besten eines Volkes an die hervorragendsten und wichtigsten Posten gestellt werden, kann der Staat gedeihen. Diese Gedanken vernachlässigen, ist für Plato die einzige Ursache alles politischen Unheils.

Auch wenn das von den größten Denkern aufgestellte Ideal nicht erreichbar ist, entbindet es uns nicht von der Forderung, ihm nachzustreben.

Untersuchen wir, welche Hindernisse der so selbstverständlich erscheinenden und von jedermann gutgeheißenen Forderung, »jeden Menschen an den richtigen Platz zu stellen«, entgegenstehen. Im allgemeinen wird es um so schwieriger sein, den richtigen Mann zu finden, je mehr ich das Gebiet, aus dem ich aussuchen darf, einschränke. Diese Einschränkungen, die mit der Berufseignung oft gar nichts zu tun haben, können verschiedenster Art sein. Religion, Nation, Stand und Kaste waren oft bestimmend. An dem einen Ort mußte man Katholik, an dem andern Protestant sein, um ein Amt zu bekleiden, das mit der Religion nicht das geringste gemeinsam hatte. Den Juden waren jahrhundertlang viele Berufe verschlossen. Friedrich der Große wollte nur Adlige zu Offizieren. Den Bürgern war Handel und Gewerbe vorbehalten. Noch bis in unsere Tage wird auf die absolute Vorherrschaft des Adels in Garderegimentern hingewiesen und darüber geklagt, daß die Zugehörigkeit zu bestimmten politischen Parteien oder studentischen Verbindungen das Fortkommen in staatlichen Laufbahnen wesentlich bestimmte.

Grundsätzlich freilich sind diese Schranken längst gefallen — und andere an ihre Stelle getreten. Wir haben ein System von Berechtigungen aufgebaut, begründet auf oft für die Beurteilung des Menschen sehr unzureichenden Prüfungen, dessen Gefahren für eine gesunde Entwicklung heute schon in weiten Kreisen klar erkannt werden. Examensergebnisse, oft vom Zufall abhängig, werden so zu unerläßlichen Eintrittskarten für die neuzeitige Standeshierarchie der einzelnen Berufsklassen und hindern oft die Wahl des richtigen Mannes.

Zweifelsohne stehen den Nachteilen des Berechtigungswesens auch Vorteile gegenüber. In den großen Verwaltungskörpern des Staates und öffentlichen Rechtes kann man ohne ein gewisses Schema schwer auskommen. Man muß auch hier normalisieren. Aber hier ebenso wie in der Technik wird man stets dafür sorgen müssen, daß die Normen eine weitere Entwicklung zulassen, daß sie elastisch bleiben und nicht erstarren. Man muß planmäßig Ausnahmemöglichkeiten für starke Talente offenhalten und man darf nicht allzu sehr besorgt sein, die Türen, die von einer Berufsklasse in die andere führen, hermetisch zu verschließen. Hierauf muß bei der Neueinstellung unseres gesamten Bildungswesens Rücksicht genommen und der Weg des Ausgleichs unter Berücksichtigung der verschiedenen nun einmal vorhandenen menschlichen Bildungsgrundlagen beschrritten werden.

Die einzelnen Berufsstände, wie sie sich auch in unserer Zeit herausgebildet haben, mußten bis zu einem gewissen Grade in dem wechselreichen Kampf um Einfluß und Macht dafür sorgen, daß sie bildungsmäßig als gleichberechtigt angesehen wurden. Bei der hohen Einschätzung der Schulbildung gerade in Deutschland und vor allem des Schulwissens kam man in den einzelnen Berufen zu einem Wettlauf in dem Streben, die Grenzen dieses

Schulwissens nach oben hinaufzuschieben. Wenn die Mediziner das Abiturientenexamen als Zulassung für ihren Beruf forderten, so verlangten dies auch die Zahnärzte. Was die Juristen hatten, forderten die Ingenieure. Solange die höheren Schulen staatlich noch verschieden bewertet wurden, verlangte man dann auch die oft für den eigenen Beruf ganz unzureichende Ausbildung derjenigen Schule, die mit staatlichen Vorrechten am freigiebigsten ausgestattet war. Mit der Gleichstellung der höheren Schulen ist wenigstens dieser Übelstand beseitigt worden.

In der Beamtenlaufbahn kommt als wichtige, oft schwer übersteigbare Schranke noch die »Anciennität«. Es muß alles schön nach der Reihe gehen. Die jungen, schaffenslustigen Kräfte müssen erst müde werden, ehe sie an verantwortungsvolle, große Aufgaben kommen. Unendlich viel Tatkraft ist durch die Rücksicht auf das Dienstalder lahmgelegt worden. Wie jugendfrisch hat sich 1828 hierüber der alte Goethe zu Eckermann ausgesprochen: »Wäre ich ein Fürst, so würde ich zu meinen ersten Stellen nie Leute nehmen, die bloß durch Geburt und Anciennität nach und nach heraufgekommen sind und nun in ihrem Alter in gewohntem Gleise langsam gemächlich fortgehen, wobei denn freilich nicht viel Gescheites zutage kommt. Junge Männer wollte ich haben, aber es müßten Kapazitäten sein, mit Klarheit und Energie ausgerüstet, und dabei vom besten Willen und edelsten Charakter. Da wäre es eine Lust zu herrschen und sein Volk vorwärts zu bringen! Aber wo ist ein Fürst, dem es so wohl wäre und der so gut bedient wäre!«

Sehr stark beeinflußt die allgemeine soziale Wertung der Berufe die Auswahl. In Deutschland, wo der »Festbesoldete«, der Beamte, sich eines besonders hohen Ansehens erfreut, wird trotz oft schlechter Bezahlung dieser Beruf dem des hochwertigeren gelernten Arbeiters vorgezogen. Auch aus der Industrie wird immer wieder geklagt über das Drängen aus dem Betrieb in die Bureaus. Nur die tiefere Erkenntnis von dem Wesen der Berufe, ihren Anforderungen und Leistungen kann hier zu einer gerechteren Einschätzung führen.

Ein sozial hoch bewerteter Beruf wird wertvolle geistige Kräfte an sich ziehen. Die soziale Wertung hängt von den Leistungen des Berufstandes ab, aber auch von der Geltung, die sich die Angehörigen des Berufstandes im Rahmen des öffentlichen Lebens zu verschaffen wissen. Leider ist die Geltung nicht immer proportional der schwer öffentlich abschätzbaren Leistung. In dieser Erkenntnis entstehen in immer steigendem Maße geschlossene Berufstände, die dafür sorgen, daß ihnen ungeeignet erscheinende Elemente ferngehalten werden. Sie streben nach Macht und Einfluß im öffentlichen Leben. Im modernen Deutschland können wir diese Entwicklung ebenso beobachten wie in früheren Jahrhunderten. Ein besonders treffendes Beispiel ist die frühere hohe Wertung des Handwerks, die zusammenfällt mit der Blütezeit der genossenschaftlich fest organisierten Innungen. Es ist aber auch hier dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, daß nicht eine Entwicklung in gleichmäßigem Anstieg weiter verläuft. Diese scharfe Zusammenfassung in Ständen kann zu einem kastenartigen Abschließen führen, wodurch der Aufstieg neuer kräftiger Elemente verhindert, die ganze Organisation mehr dem Schutz der von ihr umfaßten Mitglieder dient, als der Weiterentwicklung des Berufes. Egoistische Sonderinteressen überwuchern die Arbeit für die Allgemeinheit. Die Organisation verknöchert und

stirbt schließlich ab. Auch hier wieder dienen die Handwerksinnungen in der älteren deutschen Geschichte als Beispiel.

Am unerträglichsten für unser heutiges Zeitempfinden ist jedenfalls die Auswahl, die durch zufällige Vermögensverhältnisse bestimmt wird. Bei der viel geforderten Reform unserer Diplomatenlaufbahn wird man jedenfalls dafür sorgen müssen, daß die Auswahl für diese wichtigen Posten nicht auf die zufällig Reichen beschränkt bleibt. Aber auch abgesehen von der Laufbahn als Staatsbeamter, wo der Staat (im Interesse der Allgemeinheit) niedrige Gehälter zahlt und sich den oft das Vielfache übersteigenden Zuschuß von den Vätern und Schwiegervätern der Anwärter bezahlen läßt, wird man in unserer heutigen Zeit immer empfindlicher für die Tatsache, daß manche hervorragende Talente aus den minderbemittelten Ständen nicht zur freien Betätigung kommen. Man kann aus sozialem Empfinden dies bedauern vom Standpunkt derer, die dadurch betroffen werden. Man muß es aber aus wirtschaftlichen Gründen unbedingt verhindern, wenn man die Interessen der Allgemeinheit ins Auge faßt. Der Trost, der hier immer schnell bei der Hand ist, das wahre Genie breche sich doch Bahn, weil manche, halb verhungert, schließlich doch noch einen Gönner gefunden haben, der ihnen durchhalf, kann bei tieferem Nachdenken nicht befriedigen. Diese »Statistik« ist einseitig. Man müßte hierzu wissen, wie viele hervorragend Begabte psychisch und physisch zusammengebrochen sind, ehe sie in der Lage waren, mit dem Pfund zu wirtschaften, das die Natur ihnen anvertraut hatte.

Wollen wir versuchen, den richtigen Menschen an die richtige Stelle zu bringen, so müssen wir Mensch und Beruf daraufhin beurteilen lernen, ob sie zueinander passen. Wir müssen das Ergebnis unserer Erkenntnis auch denen rechtzeitig übermitteln, die davon Gebrauch machen können, d. h. wir brauchen Menschenkunde und Berufskunde. Diese beiden Disziplinen sind die notwendige Grundlage für die nicht weniger notwendige planmäßige, organisierte Berufsberatung.

Menschenkunde. Es hat stets geniale Menschenkenner gegeben, die mit sicherem Urteil Charakter und Begabung der Menschen, die ihren Weg kreuzten, erkannten und sie an den richtigen Platz zu bringen wußten. Sie verbinden hiermit zugleich die Gabe, durch ihre ganze Persönlichkeit ihre Umgebung zu hohen Leistungen mit sich fortzureißen; so ist der große Erfolg ihnen sicher. Die Kunst des Menschenerkennens und -behandeln ist für viele unserer größten Männer deshalb zugleich die Quelle ihrer Erfolge. Denu so ineinander verflochten ist heute der Menschen Tun, daß einer ohne den andern sein Werk nicht vollenden kann. Wie bescheiden ist auf vielen Gebieten das, was der einzelne für sich allein zu tun vermag, verglichen mit dem, was er an der Spitze organisierter Gemeinschaftsarbeit leisten kann. In dieser Fähigkeit, sich geniale Mitarbeiter zu sichern, kommt nicht zum wenigsten die eigene Genialität zum Ausdruck. »Man muß ein bedeutender Mensch sein«, sagt Goethe, »um wieder tüchtige und talentvolle Leute zu erkennen und zu wählen. Denn man sage was man will, das Gleiche kann nur vom Gleichen erkannt werden, und nur ein Fürst, der selber große Fähigkeiten besitzt, wird wiederum große Fähigkeiten in seinen Untertanen und Dienern gehörig erkennen und schätzen. Dem Talente offene Bahn! war der bekannte Spruch Napoleons, der freilich in der Wahl seiner Leute

einen ganz besonderen Takt hatte, der jede bedeutende Kraft an die Stelle zu setzen wußte, wo sie in ihrer eigentlichen Sphäre erschien, und der daher auch in seinem Leben bei allen großen Unternehmungen bedient war wie kaum ein anderer.«<sup>2)</sup>

Diese hier gerühmte Menschenkenntnis Napoleons hatte ihn auch das packende Bild für den Aufstieg der Begabten finden lassen, wonach jeder seiner Soldaten den Marschallstab im Tornister trug. Mit diesen Männern, die er an ihre eigene große Zukunft glauben ließ, hat er seine berühmten Schlachten geschlagen.

Die Geschichte der Technik und Industrie bietet andere Beispiele. Alfred Krupp sah, als er sein Unternehmen zur Weltbedeutung erhaben hatte, seine wichtigste Tätigkeit darin, wie er es selber ausdrückte, hervorragende Intelligenzen und Begabungen dem von ihm eingesetzten Direktorium zuzuführen. Werner Siemens erkannte nicht minder klar, wieviel für die Entwicklung seiner großen Werke von der Wahl der richtigen Menschen abhing. So sehr der richtige Mann ein Unternehmen fördern kann, ebenso sehr kann ein Mann an falscher Stelle schaden. Manche Firma könnte gesund werden, wenn man ihren Direktor mit vollem Gehalt pensionierte. Schwergewicht der Tradition, Lebenslänglichkeit der Beamten, Rücksicht auf das Wohlergehen des Einzelnen hindern oft zum Schaden der Allgemeinheit, von dem Ergebnis der Menschenkenntnis Gebrauch zu machen.

Wenn man sich dieser Bedeutung der richtigen Auswahl bewußt wird, muß man sich wundern, mit wie wenig Sorgfalt oft in dieser wichtigsten Angelegenheit verfahren wird. Erst in der letzten Zeit ist man in weiten Kreisen von der fatalistischen Auffassung, mehr oder weniger dem Zufall, einer beliebigen Empfehlung oder dem ersten flüchtigen persönlichen Eindruck einen bestimmenden Einfluß auf die Wahl zu überlassen, abgegangen und hat versucht, ein planmäßiges Auswählen an die Stelle zu setzen. Hierbei ist anzuerkennen, daß einige Berufstände schon seit langer Zeit auf diesem Wege vorangeschritten sind. In erster Linie ist hier die katholische Kirche zu nennen, die in der Auswahl ihrer Geistlichen mit einer bewundernswerten Menschenkenntnis vorgegangen ist. Der katholische Geistliche sieht es geradezu als seine vornehmste Aufgabe an, die engen Beziehungen, die er zu den verschiedensten Bevölkerungsschichten unterhält, für die Auswahl seines Berufes zu benutzen. Er berücksichtigt die Charakter- und Begabungsrichtungen, die sich in dem Kinde entwickeln, er kennt die beeinflussenden Familienverhältnisse und er ist in dieser Auswahl nicht gebunden durch irgend welche soziale Schranken. Soweit es sich um den Aufstieg der Begabten handelt, ist die katholische Kirche von jeher ungemein demokratisch gewesen. Dieses planmäßige Aussuchen hat für die Kirche reiche Erfolge gezeitigt.

In neuerer Zeit beginnt man auch auf anderen Gebieten, die Bedeutung der Menschenkunde zu erkennen, und von den verschiedensten Seiten aus fängt man an, diesen noch jungfräulichen Boden zu bearbeiten.

Die Schule, die Menschen erziehen soll, muß auch in erster Linie fähig sein, werdende Menschen zu beurteilen. Die Deutschen mit ihrer unbegrenzten Hochachtung vor dem Wissen haben nur allzu einseitig das abfragbare Wissen hier in den Vordergrund gerückt. Die Examina wurden mehr oder weniger

<sup>2)</sup> Eckermann: Gespräche mit Goethe 1828.

zu Gedächtnisprüfungen, und wenn auch diese Fähigkeit nicht unterschätzt werden darf, zum Erfolg im Leben gehören noch viele andere Qualitäten, die zum Teil in der Schule aus Mangel an Entwicklungsmöglichkeiten sogar verkümmern, in den üblichen Prüfungen jedenfalls nicht festgestellt werden. So kam das Schulzeugnis im Leben oft in Mißkredit. Auch hier haben die letzten Jahrzehnte manche erfreulichen Ansätze zur Besserung gebracht.

Man erinnerte sich wieder daran, daß Plato bereits empfohlen hatte, die Kinder nicht nur beim Lernen, sondern auch beim Spielen zu beobachten, da nur der Mensch, wenn er sich ungezwungen gebe, sein Inneres offenbare. Der spanische Humanist Vives (1492 bis 1540) fordert, daß man dem Knaben einen Stoff bieten solle, damit seine Geistesanlage in Bewegung und Tätigkeit gerate. Denn im Zustande der Ruhe lasse sich über dieselbe kein Urteil gewinnen. Auch im Spielen solle man die Knaben sich üben lassen, denn auch das offenbare Verstandesschärfe, wie es auch einen Schluß auf den Charakter erlaube. Ein spanisches Sprichwort nennt die Spiele die Probiersteine der Seelen. Von dem Wert des freien Spieles für die Charakterbildung haben die englischen und amerikanischen Erziehungsmethoden umfassenden Gebrauch gemacht.

Die Vereinigten Staaten haben in den letzten Jahren vor dem Kriege mit besonderer Leidenschaft und klarer Erkenntnis der Bedeutung das ganze Gebiet des Erziehungs- und Bildungswesens bearbeitet. Über die Lehrer hinaus waren die Gedanken in weiten Kreisen des Volkes lebendig. So kam man auf dem Gebiet der Schule zu einem Experimentieren größten Stils, das naturgemäß auch seine ersten Schattenseiten für die ruhige Entwicklung der Schule haben mußte, das aber doch ein Kennzeichen war für das ungemein rege Leben und für die Bedeutung, die man diesen pädagogischen Fragen zumäß. 1912 konnte ich auf einer längeren Studienreise in den Vereinigten Staaten diese geistige Bewegung auf mich wirken lassen<sup>3)</sup>.

Den wesentlichsten Inhalt dessen, was alle bewegte, hatte man in das Schlagwort gefaßt: »Schickt den ganzen Menschen in die Schule.« Überall, wo man von Ost nach West, von Nord nach Süd in dem großen Lande Universitäten, Volks- und Mittelschulen besucht, hörte man zur Begründung der und jener Einrichtung dieses programmatische Wort. Man begründete damit den Handfertigkeitunterricht auch in höheren Schulen mit prachtvoll ausgestatteten Werkstätten, in denen die Knaben in der Arbeit, an Werkbänken für Schlosser, Tischler und andere Berufe die ihnen von der Natur verliehenen Handgeschicklichkeiten entwickeln konnten, wobei aber sie und ihre Lehrer auch beobachten konnten, für welche Tätigkeiten besondere Begabungen oder Interessen vorlagen. Ferner gehören hierher die planmäßig unterstützten Einrichtungen für die Selbstverwaltung. Man suchte den Schülern und Studierenden organisatorische Aufgaben zu stellen, die sie üben sollten, unter eigener Verantwortung zu schaffen und zu verwalten. Ein praktischer staatsbürgerlicher Unterricht wurde vielfach hiermit verbunden. Die Studierenden mancher Universitäten begründeten die verschiedensten sozialen Einrichtungen mit oft nicht unerheblichen Geldmitteln. Es wurden Zeitungen und Zeitschriften nicht nur herausgegeben, sondern von den Studenten gesetzt und gedruckt, Kon-

<sup>3)</sup> Matschoß: Die geistigen Mittel des technischen Fortschrittes in den Vereinigten Staaten von Amerika. Heft 143/49 der Forschungsarbeiten auf dem Gebiete des Ingenieurwesens. Verein deutscher Ingenieure, Berlin 1914.

sumanstanen von und für Studenten geschaffen. Vor allem wurde auch den Studenten durch Bereitstellung von großen Spielplätzen und entsprechenden Mitteln die Möglichkeit zur Kräftigung und Gesunderhaltung des Körpers, auf die man mit Recht großen Wert legte, geboten. Als ich am Ende meiner Reise eine der größten Universitäten besuchen konnte, von einem Laboratorium, von einem Institut, einer Sammlung und einer Bücherei in die andere geführt wurde, kam ich zuletzt auch in eine große Kirche, in der mich wundervolle Orgelmusik empfing. Mein Begleiter erzählte mir, daß diese Orgelkonzerte jeden Mittag stattfänden und daß sie regelmäßig stark besucht würden. Hier hörte ich zum letzten Mal: »Schickt den ganzen Menschen in die Schule.«

Besonders bemerkenswert erschien mir das Interesse, das maßgebende Führer der Technik und Industrie auch von ihrem Berufsstandpunkt aus diesen großen Gedanken des planmäßigen Menschenerkennens entgegenbrachten. Der deutsche Professor Münsterberg hatte hier bereits seit 1908 vorgearbeitet. In seinem 1914 erschienenen Werk »Psychotechnik« gibt er eine Zusammenfassung des von ihm Gelehrten und Erstrebten.

Die praktische Anwendung in der Industrie wurde zunächst bei der Lehrlingsausbildung versucht, dann auch bei der planmäßigen Ausbildung von Hochschulabsolventen für die Praxis. Das praktische Jahr, das man bei uns an den Anfang der Ausbildung setzt, hat man meistens in den Vereinigten Staaten an das Ende der Hochschulzeit gelegt, und einige führende Firmen nahmen hunderte von diesen Praktikanten in ihre Werkstätten auf. Damit verbanden sie eine planmäßige Beobachtung der jungen Männer nach den denkbar verschiedensten Richtungen. Um Einseitigkeiten der Auffassung nach Möglichkeit auszuschalten, ließen sie die Beobachtungen von verschiedenen Stellen aus unabhängig voneinander erfolgen. Die Ergebnisse waren in Tafeln zusammengefaßt und gaben eine überraschend interessante Charakteristik der einzelnen Persönlichkeit. In einer der größten Firmen des Ostens war dieses System besonders folgerichtig durchgebildet, und es ist wichtig, festzustellen, daß diese Unterlagen tatsächlich auch von dem Generaldirektor des Werkes benutzt wurden, um aus den Hunderten von jungen Männern die richtigen Menschen für den richtigen Platz auszusuchen<sup>4)</sup>.

Auch in Europa schenkt man diesen Fragen neuerdings mehr Beachtung. Die bekannte große Maschinenfabrik von Gebrüder Sulzer in der Schweiz läßt die Beobachtung ihrer Lehrlinge feststellen nach Energie, Initiative, Intelligenz, Beobachtungsgabe, Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Ordnungssinn und Takt.

In Deutschland hat das Bestreben, psychologisches Wissen für diese Zwecke praktisch zu verwerten, im Kriege Fortschritte gemacht. Berufspsychologen haben innerhalb der militärischen Organisation Verfahren zur

<sup>4)</sup> Die Personal Charakteristik, die beobachtet wurde, wurde geteilt in geistige, moralische und physische Eigenschaften. Als geistige Eigenschaften wurden aufgeführt: Personality, Enthusiasm, Animation, Aggressiveness, Resourcefulness, Initiative, Self confidence, Originality, Tact, General knowledge, Open mindedness, Executive ability, Honor, Frankness, Courtesy, English, Memory, Common sense, Judgment, Concentration, Accuracy, Thoroughness, Speed, Analytical, Theoretical, Practical, Obedience, Patience, Industry, Neatness, Eng. knowledge, Ambition, System; als moralische: Honesty, Loyalty, Sincerity, Reliability, Modesty, Courage, Habits; als physische: Health, Physique, Voice, Facial expression, Eyes, Nose, Chin, Poise, Approach.

s. a. Matschoß: Werkschule und Lehrlingsausbildung bei der Firma Gebr. Sulzer A.-G. Selbstverlag des Vereines deutscher Ingenieure 1919. Preis 1 M.

Eignungsprüfung in erster Linie für die Kraftwagenführer ausgebildet, die in ihren ausgezeichneten Ergebnissen viel Beachtung gefunden haben. Die sächsischen Staatsbahnen haben das System ihren Zwecken angepaßt<sup>5)</sup>. Die Industrie hat die Beziehungen mit den Psychologen aufgenommen, und einige Lehrlingsschulen unserer größten Firmen haben ungemein interessante Anwendungen bereits durchgeführt, über die an anderer Stelle eingehend zu berichten sein wird. Im Verein deutscher Ingenieure sichert ein Ausschuß für Psychotechnik ein fruchtbringendes Zusammenwirken von Psychologen und Praktikern.

So sehen wir überall verheißungsvolle Ansätze, dies große Gebiet wissenschaftlich zu bearbeiten. Es ist bestimmt anzunehmen und zu hoffen, daß auch ein Lehrstuhl für die wissenschaftliche Bearbeitung an der Technischen Hochschule geschaffen wird, denn diese wissenschaftliche Durcharbeitung ist dringend erforderlich.

Außerhalb des Militärs und der Industrie hat sich auch die Schule in neuester Zeit dieses Wissensgebiet mit Recht zu eigen zu machen gesucht, und es wurden Schulen für Begabte eingerichtet, die natürlich Untersuchungen über die Begabungen zur Voraussetzung hatten.

Die Menschenkunde muß zu dem Streben führen, die Schule den gewonnenen Ergebnissen nach Möglichkeit anzupassen. Deshalb setzt gleichzeitig der Ruf nach der Schulreform immer stärker ein, und der Deutsche Ausschuß für Erziehung und Unterricht sieht es mit Recht als eine seiner Hauptaufgaben an, hier gleichsam als Schulparlament, das führende Männer aus allen Richtungen umfaßt, maßgebend mitzuarbeiten. Dieser Ruf nach einer Reform unserer Bildungseinrichtungen, nach einer größeren organischen Zusammenfassung wird nicht mehr verstummen. Es wäre erwünscht, wenn man recht bald aus den Erwägungen zur praktischen Tat kommen könnte.

So sehr auch die praktische Arbeit der Psychologie in den oben erwähnten Richtungen zu begrüßen ist, so muß doch gerade im Interesse der Psychologie und ihrer praktischen Bewährung vor Überschätzung des auf diesem Wege Erreichbaren dringend gewarnt werden. Die Erwartungen werden nur zu leicht bei solchen neuen Disziplinen zu hoch gespannt. Begeisterte Lehrer suchen die Anwendungsmöglichkeiten ins Unermeßliche zu steigern, der Erfolg kann mit diesen Hoffnungen nicht Schritt halten, es kommen Fehlschläge und diskreditieren den richtigen und gesunden Gedanken. Der Rückschlag, der dann einsetzt, hindert die Entwicklung auf Jahrzehnte. Auch Münsterberg warnt deshalb vor Überschätzung. »Wir stehen«, schreibt er an einer Stelle seiner Schriften, »immer vor der Gefahr, falsche praktische Schlußfolgerungen aus richtigen psychologischen Tatsachen abzuleiten.« Keineswegs darf diese Arbeit zu einer mehr oder weniger schematischen Abstempelung führen, der man sich fatalistisch zu unterwerfen hat. Das Selbstbestimmungsrecht der Persönlichkeit muß gegenüber allen psychologischen exakten Feststellungsmethoden gewahrt bleiben.

Zur Menschenkunde gehört auch die Physiologie. Auch hier sind seit langer Zeit ausgezeichnete Gelehrte an der Arbeit, die menschliche Erkenntnis zu erweitern und zu vertiefen. Auch hier wird es darauf ankommen, in inniger Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis rechtzeitig die richtigen Ergebnisse zu ziehen und anzuwenden.

<sup>5)</sup> Z. 1913 S. 446 und 467, ferner „Der Betrieb“ 1918 S. 56.



Zur Menschenkunde muß die Berufskunde hinzukommen. Für den richtigen Menschen muß man den richtigen Platz zu finden wissen. Auch hier kann man erst über Anfänge einer planmäßigen Berufskunde berichten. Gerade der Fachmann hat oft über die Eigenschaften, die für seinen Beruf erforderlich sind, am wenigsten nachgedacht. Es fehlt an einer übersichtlichen Aufstellung der Anforderungen. Was hierüber vorhanden ist, ist oft viel zu allgemein gefaßt, um praktisch verwertbar zu sein. Besonders schwierig ist die Aufgabe, denjenigen, die sich den Beruf wählen wollen, eine wirkliche Anschauung von dem Beruf zu vermitteln. Das war früher anders. In vergangenen Zeiten ebenso wie heute auf dem Dorf und in der Kleinstadt war die Beziehung des Volkes zu den einzelnen Berufen viel enger. Die Tätigkeit des Handwerkers spielte sich mehr oder weniger vor den Augen aller ab. Auf dem Lande wächst noch heute der junge Mensch in vollster Kenntnis der gesamten Berufstätigkeit auf. Die zahlreichen und wichtigen industriellen Berufe aber haben sich in großen Fabriken konzentriert, die oft weit von den Wohngegenden abliegen und sich vollständig der Kenntnis der Außenstehenden entziehen. Man versucht nun, durch Wort, Schrift und Bild Aufklärung in die der Berufsberatung sich widmenden Kreise, in die Schulen für Schüler und Lehrer zu tragen. Man verfolgt den Gedanken von planmäßigen Fabrikbesuchen. Natürlich ist hier eine enge Grenze gezogen, und es wird sich höchstens um Besuche der Lehrer, nicht der großen Schülermassen handeln können. Die großzügige Einführung des handwerklichen Unterrichtes in die Schulen wird zum Verständnis der Berufe wesentlich beitragen können. Man hat auch vorgeschlagen, den Film in den Dienst der Berufskunde zu stellen.

In Amerika mit seiner Lust am Experimentieren hat man bereits 1912 sehr eigenartige Wege zur Lösung dieses Problems beschritten. An einigen Stellen haben führende Pädagogen im innigen Zusammenarbeiten mit maßgebenden Männern der verschiedensten Berufstände vereinbart, daß die Schüler der mittleren Schulen in den langen amerikanischen Ferien in den denkbar verschiedensten Betrieben praktisch arbeiten können. An der Schule, an der ich diese Einrichtung kennen lernte, arbeiteten diese Schüler nicht nur in den am Ort befindlichen verschiedenartigsten Fabriken, sondern auch in den Warenhäusern, Rechtsanwaltsbüros, in Krankenhäusern und in den verschiedensten Betrieben der Post und des Fernsprechamtes usw. Lehrer und Praktiker, die ich darüber sprechen konnte, waren von den bis dahin erzielten Ergebnissen sehr zufriedengestellt. Das in Amerika besonders beliebte Wort Co-operation wurde hier als bester Weg zur Lösung des Problems angesehen.

In Deutschland hat der Schöneberger Oberbürgermeister Dominicus aus den Erfahrungen mit dem Hilfsdienst während des Krieges den Vorschlag gemacht, dauernd Schüler der höheren Schulen in den Ferien wenigstens in der Landwirtschaft mitarbeiten zu lassen, um so die wertvolle Charakterbeeinflussung, die jeder praktischen Tätigkeit innewohnt, auszunutzen und auch die Berufswahl vorzubereiten. In anderen Kreisen hat man in letzter Zeit die Frage erörtert, ob man nicht für alle höheren Berufe, nicht nur für den des Ingenieurs, eine praktische Arbeitszeit vor das Studium legen solle, um so rechtzeitig den Beruf kennenzulernen und die Eignung hierfür festzustellen. Alle diese Versuche gingen jedenfalls von dem richtigen Gedanken aus, den Erasmus in die Worte faßte: »... Ich bin der Ansicht, daß man die Kinder

nicht zu einem Berufe nötigen soll, damit man nicht, wie das Sprichwort sagt, den Ochsen auf den Ringplatz, den Esel an die Laute führt.«

Die Ergebnisse der Menschenkunde und der Berufskunde müssen in einer planmäßig organisierten Berufsberatung zur praktischen Verwertung kommen. Für die Berufsberatung in der heutigen Zeit reichen die persönlichen Erfahrungen der Eltern, der Kirche und der Schule bei weitem nicht mehr aus. Die Vielseitigkeit der Berufe und Lebensbedingungen ist so außerordentlich gestiegen, daß die organisierte Berufsberatung die von Zufälligkeiten oft abhängige Einzelberatung unterstützen muß. Nur muß man hier vor einer Überspannung des Organisationsgedankens sich hüten und nicht glauben, daß ein Bureau, das etwa mit Rezepten ausgestattet ist, die von Fachmännern aufgestellt sind, die Aufgabe allein lösen kann. Auch hier stehen wir noch am Anfang der Entwicklung. Noch sieht man nicht klar den Grundriß des Baues. Die einen wünschen die Schule als Mittelpunkt der Berufsberatung, die anderen wollen die Angliederung an die ausgebildeten Arbeitsnachweise, wieder andere wollen selbständige, neu zu schaffende Berufsberatungsämter. Wie sich auch diese Entwicklung gestalten möge, klar ist jedenfalls, daß der Lehrer, der Fachmann des einzelnen Berufes, der Psychologe und der Arzt an der Berufsberatung mitwirken müssen. Je mehr man die Notwendigkeit der Berufsberatung erkennt, umso schneller wird man auch hier den Weg finden, der zum Ziele führt. Für die Berufe, die ein Hochschulstudium erfordern, sind unbedingt auch Einrichtungen zur Studien- und Berufsberatung innerhalb der Hochschulen erforderlich. Diese Aufgaben können und dürfen nicht zentralen Organisationen außerhalb der Hochschulen überlassen bleiben, da nur in der engsten Verbindung mit den Lehrkräften und den Einrichtungen der Hochschulen hier fruchtbringend gearbeitet werden kann. Auch die großen Berufsvereinigungen werden für die Berufsberatung wichtige Mitarbeit leisten. Sie werden am besten in der Lage sein, die Berufsberatungsstellen auch fachmännisch zu beraten. So werden in steigendem Maße in Deutschland Organisationen entstehen, die, von der Bedeutung der Berufswahl für die Entwicklung von Staat und Gesellschaft überzeugt, an ihren Teilen mit dafür sorgen, daß möglichst viele richtige Menschen an ihren richtigen Platz gelangen. Wer weiß, in wie hohem Maße die Leistung des Menschen im Beruf von der Berufsfreudigkeit abhängig ist, wird erkennen, wie hoch auch rein wirtschaftlich genommen die erfolgreiche Arbeit der Berufsberatung für die Allgemeinheit bewertet werden muß.

Fassen wir das Gesagte zusammen, so sehen wir, daß die richtige Menschenwertung und die aus ihr zu ziehende praktische Folgerung einer planmäßigen Förderung aller Erziehungsaufgaben die notwendige Voraussetzung für den Wiederaufbau Deutschlands ist. Dem Tüchtigen die Bahn freizuhalten, ist für unser Volk ein Gebot der Selbsterhaltung. Mit den Menschen, unserem köstlichsten Volksgut, dürfen wir keinen Raubbau treiben. Die Aufgaben, die mit der Erziehung zusammenhängen, sind deshalb nicht nur sittlicher Art, sondern auch von hervorragender wirtschaftlicher Bedeutung. Je mehr wir uns in diese Fragen vertiefen, um so deutlicher erkennen wir, daß mit der bloßen Freiheit des Einzelnen im Leben der Gemeinschaft nicht auszukommen ist. Den Freiheitsbegriff, den wir im Zusammenhang mit unserem Thema brauchen, hat de Lagarde in die Worte gefaßt: »Frei ist nicht, wer tun kann, was er will, sondern wer werden kann, was er soll.«

## VERSTAATLICHUNG DER INDUSTRIE<sup>1)</sup>

Von Dr.-Ing. MACCO.

Wenn man sich ein richtiges Bild über die jetzige Lage unseres wirtschaftlichen Lebens und die ihm bevorstehenden Aufgaben machen will, empfiehlt es sich, einen wenn auch nur kurzen Blick auf dessen Entwicklung zu tun. Kurz kann derselbe sein, hat sich doch diese Entwicklung in einem Zeitraum von noch nicht sechzig Jahren vollzogen, eine Tatsache, die gerade durch ihre Kürze so manche Erklärung zu dem Erlebten gibt.

Betrachten wir die Verhältnisse am Anfange der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts! Unser deutsches Vaterland bot damals ein Bild der traurigsten Kleinstaaterie. Preußen war durch die eingeschobenen Staaten Kurhessen und Hannover in zwei Teile getrennt und dadurch nicht in der Lage, sich wirtschaftlich zu entwickeln. Österreich und Preußen stritten sich um das Vorrecht der Führung, und ersteres hatte keine deutschen Interessen im Auge, sondern suchte sich durch Deutschland den Rücken zum Schutz seiner nichtdeutschen Länder zu sichern. Der deutsche Bundestag in Frankfurt a. M. bot lediglich das Schauspiel kleinstaatlicher Zänkerei und Eifersucht, zeigte aber keine Wahrung deutscher Interessen, die zu einer gesunden Entwicklung führen konnte.

Die Post befand sich in nichtdeutschen Händen, das Geldwesen in trauriger Verfassung. Auf meiner ersten Reise als angehender Student mußte ich zwischen Siegen und Gießen viermal die verschiedensten Münzsorten wechseln. Die Bahnen waren im Besitz von Privatgesellschaften, sie waren zersplittert, und die Verwaltungen trachteten lediglich ihre eigenen Interessen oder die ihrer Verwaltungsräte zu wahren. Unser Siegerland hatte noch lange nachher darunter zu leiden, weil man nur darauf ausging, den hier gefundenen Eisenstein den Hütten in Westfalen billig zuzufahren, aber nicht daran dachte, uns das für die Entwicklung so notwendige Brennmaterial unter gleichen Bedingungen zu bringen.

Die Gesundheitsverhältnisse waren schlecht, Kinderkrankheiten und Sterblichkeit der Kinder außerordentlich groß.

Die üblichen Tagelöhne schwankten damals für Frauen zwischen 80 Pf und 1 M, für Männer zwischen 1,50 und höchstens 3 M täglich.

Kein Wunder, wenn der Ruf nach Auswanderung so viele Anhänger fand, jährlich 100 bis 200 000 Menschen, Leute im kräftigsten Alter und meistens mit etwas erspartem Vermögen, in das Ausland, besonders nach Nordamerika, zogen.

Diese überaus traurige Lage änderte sich etwas nach den Kriegen 1864 und 1866. Die preußischen Provinzen wurden durch den Zusammenschluß zu einem entwicklungsfähigen Staatengebilde. Die österreichischen Interessen wurden von denen Deutschlands getrennt. Die große Persönlichkeit Bismarcks kam allmählich zur Geltung. Sein praktischer Geist suchte nach Begründung des Norddeutschen Bundes die materiellen Interessen Deutschlands durch Bildung des Zollvereins zusammenzufassen und damit auch den Weg zu bahnen, auf dem das wirtschaftliche Leben im Innern sich entwickeln

<sup>1)</sup> Vorgetragen im Siegener Bezirksverein deutscher Ingenieure.

und im Verkehr mit dem Auslande an der Weltwirtschaft teilnehmen konnte. Der Krieg 1870/71 brachte uns dann das Deutsche Reich. Die Sehnsucht des ganzen Volkes wurde erfüllt, allerdings nicht, wie man vorher stets geplant, durch die Tat des deutschen Volkes, sondern durch den freien Zusammentritt der Fürsten mit ihren Völkern.

Es wird von Interesse sein, die Entwicklung, welche nun in Deutschland folgte, mit wenigen, aber kennzeichnenden Zahlen zu belegen. Eine wesentliche Stütze gibt dazu das vorzügliche Werk »Deutschlands Volkswohlstand 1888 bis 1913« von Dr. Karl Helfferich, dem ich einen Teil der folgenden Angaben entnehme.

Deutschland hatte im Jahre 1871 48 Millionen Einwohner; diese Zahl wuchs bis 1913 auf 66 Millionen, steigerte sich also in dieser Zeit um rund 40 vH. Die Auswanderung, gemessen an dem Überschuß der Geburten über die Todesfälle, betrug noch in dem Zeitraum von 1881 bis 1890 24 vH dieser Überschüsse, sie sank bis 1912 auf 2,2 vH. Um diese große Vermehrung der Bevölkerung dem Lande erhalten und ernähren zu können, wurde die Entwicklung von Verkehr, Industrie und Handel in sorgsamster Weise gepflegt und damit die Interessen der deutschen Stämme auf das engste miteinander verknüpft. Der große Plan Bismarcks, deutsche Reichseisenbahnen zu begründen, scheiterte an dem Widerstand kleinlicher Interessen. Trotzdem entwickelte sich das deutsche Eisenbahnnetz von 37190 km in 1885 auf 60521 km in 1912. Die Wasserwege wurden durch Regelung einer Anzahl wichtiger Flußläufe und den Angriff eines großzügigen Kanalnetzes, welches den Westen mit dem Osten Preußens verbinden soll, gepflegt. Durch entsprechende Tarifmaßnahmen wurde der Austausch der Rohstoffe im Innern, der Bezug derselben aus dem Auslande, die Ausfuhr der Fabrikate nach der See gehoben und damit der Verkehr im Welthandel verbessert. Naturgemäß hatten diese Maßregeln einen wesentlichen Einfluß auf die Art der Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens.

Nicht in ihrer Bedeutung, aber im Verhältnis zum Ganzen wurde die Landwirtschaft zurückgedrängt. Es muß aber ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß auch die Leistung der Landwirtschaft sowohl bezüglich des Umfanges der bebauten Fläche wie auch bezüglich der Erzeugung auf derselben sich mächtig steigerte und damit ganz wesentlich zur Ernährung der wachsenden industriellen Bevölkerung beitrug.

In der Erzeugung von Kohle und Eisen, der wichtigsten Grundlage der Industrie, spielte Deutschland nach dem Kriege 1870/71 nur eine kleine Rolle unter den Industriestaaten der Welt. 1913 hatte Deutschland seinen schwersten Konkurrenten in der Erzeugung von Stahl und Eisen England überholt und wies neben Nordamerika die zweitgrößte Erzeugung der Erde auf.

Mit dieser Entwicklung ging die Hebung des Wohlstandes der Bevölkerung Hand in Hand. Helfferich schätzt das Gesamteinkommen Deutschlands in 1896 auf etwa 23,5 Milliarden M oder rund 475 M auf den Kopf der Bevölkerung, für das Jahr 1913 aber auf 43 Milliarden M oder rund 642 M auf den Kopf. Diese Steigerung hätte demnach in den letzten 17 Jahren vor dem großen Krieg nicht weniger als 83 vH betragen. Das steuerpflichtige Vermögen in Preußen wurde auf Grund der Veranlagung zur Ergänzungs-

steuer 1896 auf 63578 Mill. M und 1911 auf 104057 Mill. M festgestellt, wies also einen Zuwachs von rund 64 vH auf.

Gegenüber den heute herrschenden Bestrebungen, die Entwicklung des Wohlstandes so darzustellen, daß dieselbe nur dem bereits besser gestellten Teil der Bevölkerung zugefallen sei und die ärmeren Klassen nicht daran teilgenommen hätten, muß auf die in der folgenden Zahlenreihe Helfferichs über das Volkseinkommen in Preußen und dessen Veränderung enthaltenen Zahlen hingewiesen werden.

Bevölkerungsschichten mit Einkommen von				Gesamteinkommen in Mill. M		Anteil am Gesamteinkommen in vH	
1896		1912		1896	1912	1896	1912
M		M					
	900		1 380	3,876	7,736	38,2	39,7
900 bis	3 000	1 380 bis	3 960	3,382	6,205	33,3	31,8
3 000 »	6 000	3 960 »	7 970	874	1,568	8,6	8,2
6 000 »	9 500	7 970 »	13 320	427	808	4,2	4,1
9 500 »	30 500	13 320 »	46 580	727	1,448	7,2	7,4
30 500 »	100 000	46 580 »	150 000	462	883	4,6	4,5
	über 100 000		über 150 000	399	835	3,9	4,3
				10,147	19,483		

Aus diesen Zahlen geht unzweifelhaft hervor, daß die Vermehrung des Wohlstandes in den letzten 15 Jahren vor dem Kriege fast allen Klassen der Bevölkerung gleichmäßig zugefallen ist. Helfferich weist aber auch nach, daß der Teil der Bevölkerung, dessen Einkommen in den geringsten Steuersätzen enthalten ist, sich bei gleichzeitiger starker Zunahme der gesamten Bevölkerung prozentual erheblich vermindert hat. Eine ähnliche Verbesserung der Lage geht auch aus seinen Angaben über die Entwicklung des Wohlstandes der mittleren Steuerklassen der Bevölkerung hervor. Wenn es für die Nichtsachverständigen und die Massen den Anschein hat, daß die Wohlhabenheit der Bevölkerung vorwiegend den auch bisher besser gestellten Kreisen zugefallen ist, so beruht dies lediglich auf dem in die Augen fallenden üppigen Auftreten Einzelner, die für die gesamte Beurteilung nicht maßgebend sein dürfen.

Von Interesse ist es, festzustellen, was neben dieser allgemeinen Hebung des Wohlstandes der Bevölkerung für die schwächeren Schichten derselben im besonderen getan worden ist. Daß die Beschaffung einer reichlichen Arbeitsgelegenheit die Grundlage alles Wohlstandes ist, brauche ich hier nicht besonders zu erwähnen. Es geht aber aus den Nachweisen der Statistik hervor, daß neben dieser Beschaffung von Arbeit in Deutschland die soziale Fürsorge für den schwächeren Teil der Bevölkerung bei uns besonders kräftig eingesetzt hat. Einige Zahlen hierüber werden dies nachweisen.

Nur für Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung sind in Deutschland in den Jahren 1891 bis 1914

an Einnahmen . . . . .	9114,9	Mill. M
» Ausgaben . . . . .	6367,7	» »
» Rücklagen . . . . .	2847,0	» »

erreicht worden. Knappschaffen und mancherlei andere private Leistungen auf diesen Gebieten gehen neben diesen ungeheuren Zahlen her. Helfferich sagt mit vollem Recht: »Deutschland trägt für soziale Zwecke der Arbeiter und Angestellten einen Aufwand, der den laufenden Ausgaben für Heer und Marine gleichkommt — eine von keinem anderen Lande der Welt auch nur annähernd erreichte Leistung.«

Schon aus diesen wenigen Zahlen und aus den bekannten großen Beträgen, die das deutsche Volk für seine politische Sicherheit jährlich aufbringen mußte, gehen die ungeheuren Leistungen hervor, zu denen wir in dem abgelaufenen Zeitraum von 1870 bis 1913 imstande waren. Und trotz dieser großen Opfer und Aufgaben hat Deutschland es durch seine wirtschaftliche Tätigkeit verstanden, seine Stellung auf dem Weltmarkt in großartiger Weise zu heben. Der Wert der Ein- und Ausfuhr seines Außenhandels betrug

im Jahre 1888	6472	Mill. M,
» » 1913	20776	» »

hat sich also in den letzten 25 Jahren auf das Dreifache gesteigert. Die Einfuhr bestand vorwiegend in Rohstoffen. Deutsche Arbeit und deutscher Fleiß machten es möglich, diese Rohstoffe im wesentlichen als Halb- und Fertigfabrikate in scharfem Wettbewerb gegen die uralte wohleingeführte englische Industrie auf dem Weltmarkt abzusetzen und uns andere Nationen nutzbar zu machen. Dies erregte natürlich Neid und Haß unter den anderen Völkern, der noch verstärkt wurde, als Deutschlands Kolonialpolitik einsetzte und danach strebte, wenigstens einen Teil der notwendigen Rohstoffe aus eigenen Kolonien zu beziehen. 1913 betrug der Umfang der Kolonien Deutschlands etwa die fünffache Größe der Fläche des Deutschen Reiches.

Wenn man diese großartige Entwicklung der deutschen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse seit 1871 vorurteilsfrei betrachtet und sie mit der gleichzeitigen Entwicklung in den andern Ländern der Welt vergleicht, so kann man billigerweise der maßgebenden Verwaltung in Deutschland die höchste Anerkennung über diese Erfolge nicht verweigern.

Ist es aber ein Wunder, wenn das junge aufstrebende Deutsche Reich bei einem solchen Aufschwung die bitterste Feindschaft unter den bisherigen Beherrschern des Weltmarktes erntete? Die geschichtlich natürliche Folge war der Krieg, den wir erleben mußten. Bei Frankreich und Rußland kann man ihrem Vorgehen vaterländische Interessen zugrunde legen, bei dem lange geplanten und vorbereiteten Angriff Englands lag nur der kalte materielle Egoismus, der rücksichtslos über die Leichen ganzer Völker hinwegschreitet, zugrunde. Und von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir auch unsere Zukunft beurteilen.

Was haben wir nun von dem kommenden Frieden zu erwarten? Zunächst ganz unzweifelhaft eine ungeheuerliche finanzielle Belastung des Reiches. Eine Belastung, die, wenn keine ganz unerwarteten Ereignisse eintreten, uns Jahrzehnte drücken wird, und die nur dann einigermaßen ertragen werden kann, wenn unser wirtschaftliches Leben in voller Blüte steht.

Liegt dies einerseits im Interesse unserer Gegner, damit wir die Kriegsschulden abtragen können, so wird andererseits der Wettbewerb auf dem Welt-

markt, in erster Linie vertreten durch England, alles tun, um unserer Industrie die Zufuhr von Rohstoffen aus dem Auslande zu beschneiden, ja sogar die Benutzung der eigenen Rohstoffe im Lande möglichst zu erschweren. Hiermit müssen wir rechnen und müssen uns weiter eines ganz außerordentlich verstärkten Wettbewerbes auf dem Weltmarkt bewußt sein. England und Amerika werden die Erfahrungen des Krieges und unsere jetzige Schwäche benutzen, um bisher vorwiegend deutsche Industrien ins eigene Land zu verpflanzen und uns mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln aus dem Weltmarkt zu verdrängen.

Erschwerung der Arbeit bei großer Belastung erfordert, daß in Deutschland das wirtschaftliche Leben in ganz hervorragender Weise auch seitens der staatlichen Verwaltung gepflegt wird.

Von einschneidendem Einfluß werden nun die Grundsätze sein, nach denen die neue Regierung in Deutschland das wirtschaftliche Leben in Zukunft behandeln wird. Zur Beurteilung dieser wichtigen Frage muß ich auf die Verhandlungen hinweisen, die am 20. und 21. Dezember 1918 im Kongreß des Arbeiter- und Soldatenrates in Berlin geführt sind. Aus denselben geht hervor, daß man glaubt, durch Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, auch der Lebensmittelerzeugung, durch Beseitigung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln einschließlich des Landbesitzes, durch Wirtschaftsführung durch den Staat und seine Organe und durch völlige Umwälzung des wirtschaftlichen Lebens die nötigen Geldmittel für die Amtsführung des Staates zu erlangen und zugleich einen Ausgleich des Besitzes unter den verschiedenen Klassen der Gesellschaft herbeizuführen.

Nicht uninteressant ist es, daß man bei Sozialisierung des Grundbesitzes zunächst sehr vorsichtig nur vom Großgrundbesitz gesprochen hat; man beabsichtigt, vorerst die mittlere und kleine Landwirtschaft nicht unmittelbar anzugreifen.

Einen klaren Begriff, was man unter Vergesellschaftung oder Sozialisierung versteht, hat man nicht aufgestellt. Noch weniger aber hat man angegeben, wie und mit welchen Kräften man die in Aussicht genommene Aufgabe durchzuführen gedenkt.

Auch in dem im »Vorwärts« vom 24. Oktober v. J. vorgeschlagenen Notgesetz über die Sozialisierung ist hiervon keine Rede, man beschränkt sich darauf, jeden Besitz, auch das Land, als Nationaleigentum, als Eigentum des Volkes zu erklären und den jetzigen Besitzer als Betriebsleiter einzusetzen. Selbstverständlich hütet man sich, auf die Aufgaben näher einzugehen und macht sie scheinbar leichter, indem man sich zunächst nur mit den dazu reifen Industrien abgeben will. Die Bezeichnung »reife Industrien« wird nur auf diejenigen Werke angewendet, welche zur Zeit einen in die Augen fallenden Ertrag bringen.

Vorweg sei hier bemerkt, daß man mit einer solchen Verstaatlichung blühender industrieller Werke unseren Feinden einen großen Dienst erweisen wird. Bei der Sicherheit, die diese für die Zahlung der geforderten großen Kriegsschädigung haben wollen, wird ihnen eine Vermehrung eines ertragreich arbeitenden staatlichen Besitzes, der von ihnen mit Beschlagnahme belegt werden kann, äußerst willkommen sein.

Wenn in erster Linie der Bergbau oder auch nur einzelne Teile desselben als reif für die Verstaatlichung bezeichnet werden, so kann zur Beurteilung eines Erfolges auf diesem Gebiete das Ergebnis des Betriebes des fiskalischen Bergbaues in Preußen einen Anhalt bieten. Nachdem die Ergebnisse dieses Betriebes seit 1900 in erschreckender Weise zurückgegangen waren, beschloß das Abgeordnetenhaus 1911, eine genauere Prüfung der Ursachen dieses Rückganges vorzunehmen, und die Rechnungskommission tat dies unter Einsetzung einer Unterkommission aus Fachleuten in einer eingehenden mehrmonatigen Arbeit.

Die Erträge des staatlichen Bergbaues waren von 24 Mill. M im Jahre 1890 auf 47 Mill. M in 1900 gestiegen, um dann bis 1909 auf 17 Mill. M zurückzugehen. Auf den Kopf der beschäftigten Arbeiter stellte sich der Ertrag auf 433 M 1890, auf 647 M 1900 und auf nur 166,7 M in 1909. Der Staat hatte nach 1900 seinen Besitz an Kohlengruben durch Ankauf in Westfalen und den an Kaligruben durch Ankauf der Grube Hercynia wesentlich vergrößert. In den Vorlagen, welche dem Abgeordnetenhause zuzugingen, war eine baldige Rentabilität des neuen Besitzes in Aussicht gestellt. Nichts davon hat sich erfüllt.

Bei der eingehenden Prüfung der Ursachen dieses Rückganges stellte es sich heraus, daß unter sonst gleichen Verhältnissen die Produktion der Staatsgruben wesentlich kostspieliger war als die der Privatgruben. Die Unselbständigkeit der leitenden Beamten in der Entwicklung der Werke den Anordnungen im Betriebe und den Arbeitern gegenüber machte die Stellung derselben schwierig und vertrieb die fähigsten Kräfte in die besser bezahlten Posten der Privatindustrie. Die Disziplin auf den Gruben war im Rückgang, und im Zusammenhang damit sanken die Leistungen der Arbeiter. Obschon die Löhne der Arbeiter an der Saar und in Oberschlesien wesentlich niedriger waren als in Westfalen, wo die Privatindustrie maßgebend war, konnten die Ergebnisse sich nicht verbessern. Dieses Ergebnis spricht nicht dafür, daß ein weiter ausgedehnter Staatsbetrieb große Erfolge bringen wird.

Will der Staat zunächst einzelne ertragreiche Werke übernehmen, so muß er das auch mit den vielfach damit verbundenen Nebenbetrieben, den Kokereien, den Anlagen zur Gewinnung von Nebenprodukten, den Eisenhütten, den Stahl- und Elektrizitätswerken tun. Damit wird seine Aufgabe ins Ungemessene erweitert. Wird der Staat aber mit der Absicht vorgehen, die Werke zu verstaatlichen, sobald sie ertragreich sind, so ist damit der Tätigkeit eines jeden neuen Unternehmens, einer jeden Initiative der Privatwirtschaft ein Riegel vorgeschoben. Im Siegerland finden zurzeit bei dem großen Mangel an Eisenstein unzählige Versuche auf neue Aufschlüsse statt. Es werden große Kapitalien ohne sichere Aussicht auf Wirtschaftlichkeit festgelegt, und zahllose Arbeiter finden lohnende Beschäftigung. Das würde in Zukunft vollständig ausfallen.

Auf die Verstaatlichung des Kalibergbaues, auf die von Laien vielfach hingewiesen wird, will ich nicht näher eingehen. Abgesehen davon, daß die Monopolstellung Deutschlands hierin überhaupt ein Wahn ist, ist ihr schon heute durch den Übergang der großen und reichen Kalifelder im südlichen Elsaß an Frankreich der Boden entzogen.



Bezüglich der Verstaatlichung der Elektrizität hat der preußische Staat sich schon auf die Erzeugung beschränkt, verzichtet also auf das schwierige Gebiet der Verteilung und Abgabe. Aber auch die Erzeugung in staatlichen Werken und die allgemeine Nutzbarmachung des elektrischen Stromes auch für das flache Land, die damit beabsichtigt wird, kann, wie in der Kommission des Abgeordnetenhauses nachgewiesen wurde, dem Staat keinen geldlichen Nutzen bringen. Ein finanziell gut gestellter Staat kann wohl im Interesse der Allgemeinheit solche Opfer tragen, ein Staat, der auf eine hohe Rente angewiesen ist, darf dies nicht tun.

Eine zwangsweise eingeführte Vergesellschaftung oder ein Staatsbetrieb muß als erstes Ziel die Beschaffung großer Geldmittel im Interesse der staatlichen Verwaltung haben. Dies kann nur erreicht werden durch einen großen wirtschaftlichen Effekt, und der wird nur erzielt durch intelligente, erfahrene Leitung, Beachtung und Förderung eines jeden Fortschrittes, beste Arbeitsverfahren, umsichtige und gewandte kaufmännische Tätigkeit und die größte Leistung von Beamten und Arbeitern. In einem scharfen Gegensatz hierzu steht aber das Bestreben der Arbeiter, bei möglichst hohen Löhnen die Arbeitszeit auf das geringste Maß herabzudrücken. Dr. Silverberg hat darauf aufmerksam gemacht<sup>2)</sup>, daß diese Forderung mit den vorher erwähnten Zielen nur bis einem gewissen Grade durch hohe Leistungen aller Angestellten, sowohl der Beamten wie der Arbeiter, zu erreichen ist. Die Ansprüche aber, welche die Arbeiterschaft heute erhebt, lassen am allerwenigsten bei der geplanten Sozialisierung erwarten, daß sie auch einsichtig genug ist, um dieser für eine billige Erzeugung unbedingt bestehenden Notwendigkeit nachzukommen. Diese billige Erzeugung ist aber erforderlich, nicht bloß um für den Staat große Mittel zu erzielen, sondern auch um im Interesse der Allgemeinheit die Waren zu mäßigen Preisen auf den Markt zu bringen und um den Wettbewerb mit andern Staaten auf dem Weltmarkt zu ermöglichen.

Bei Beurteilung der vorliegenden Frage darf eine Erfahrung nicht unberücksichtigt bleiben. Große Fortschritte und damit erzielte Leistungen im industriellen Gebiete waren bisher nur die Folgen der Tätigkeit einzelner hervorragender Persönlichkeiten, solcher, die sich durch ganz besondere Intelligenz und sonst dazu geeignete Fähigkeiten auszeichneten, und anderer, die sich unabhängig den eigenen Weg suchten und damit Durchschlagendes für sich selbst und die Mitwelt erreicht haben. Ich verweise nur auf Namen wie Krupp, Borsig, Siemens u. a. Solche Persönlichkeiten gedeihen nicht in der Schwerfälligkeit und dem bürokratischen Organismus eines Staatsbetriebes.

Es scheint übrigens, als wenn bei den maßgebenden Persönlichkeiten der jetzigen Regierung und ihrer Anhänger selbst schon Zweifel an der Durchführbarkeit der Sozialisierung des wirtschaftlichen Lebens in dem geplanten Umfange entstanden sind. In den Verhandlungen des Arbeiter- und Soldatenrates vom 20. und 21. Dezember wurden schon von mehreren Seiten Bemerkungen gemacht, welche darauf hinweisen, daß die unmäßig in die Höhe getriebenen Löhne zurückgeschraubt werden müssen. Es ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß auch die zukünftigen Betriebe nicht der geeig-

<sup>2)</sup> Kölnische Ztg. Nr. 1158 und 1171 (1918).

neten leitenden Persönlichkeiten entbehren könnten; es wurde damit auf die Beibehaltung der jetzigen Leiter der Werke hingewiesen. Auch von dem Unterstaatssekretär Dr. August Müller wurde betont, daß die hohen Löhne, wie sie jetzt beansprucht werden, nicht bleiben und daß auch höchstwahrscheinlich der Achtstunden-Arbeitstag allgemein nicht erhalten werden könne. Auch die bei andern Gelegenheiten gemachten Äußerungen des demokratischen Abgeordneten Gothein sowie des sozialdemokratischen Abgeordneten Hue weisen auf diese Bedenken hin.

Wenn nun von mir der Plan der Sozialisierung des wirtschaftlichen Lebens nicht als durchführbar bezeichnet wird, so wäre es doch unrichtig, nicht anzuerkennen, daß bei der jetzigen Lage dem Anspruch des Staates auf Erzielung größerer Geldmittel aus dem wirtschaftlichen Leben nachgegeben werden müsse. Hier handelt es sich darum, einerseits diesem Bedürfnisse nachzukommen, andererseits aber der Industrie die Möglichkeit und das Interesse zu lassen, in freier Entwicklung das Höchste zu leisten. Der Staat wird einen Anspruch erheben können auf einen Teil der Erträge derjenigen Werke, welche besonders hohe Überschüsse erzielen. Es wäre denkbar, dies in der Form durchzuführen, daß der Industrie ein Ertrag bis zu einer gewissen Höhe von etwa 7 vH des Anlagekapitals verbliebe, daß aber an den höheren Erträgen der Staat in einem bestimmten Verhältnis Anteil nähme. Hiermit würde das Interesse der Kapitalgeber sowohl wie der Leiter der Werke und ihr Anreiz zur Arbeit befriedigt werden können, und gleichzeitig würden dem Staat bedeutende Geldmittel zufallen. Ein solches Vorgehen setzt aber voraus, daß der Industrie die freie Entwicklung ermöglicht wird, daß der Staat hemmende Fesseln, soweit irgend angängig, beseitigt und diejenigen Vereinbarungen im wirtschaftlichen Leben begünstigt, welche dazu dienen, unnötigen Wettbewerb aufzuheben und die Erzeugung zu verbilligen. Wird dies unter einer gewissen Aufsicht des Staates durchgeführt, so wird es weiter notwendig sein, Vereinbarungen mit der Arbeiterschaft zu treffen, die es gestatten, das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer festzulegen und eine gesicherte ruhige Arbeit zu ermöglichen, um mit den höchsten Leistungen die Interessen beider Teile zu befriedigen.

Aus dem Vorgetragenen dürfte hervorgehen, daß ich die Beseitigung des jetzigen Wirtschaftssystems, wie es sich seit der Begründung des Deutschen Reiches entwickelt hat, als einen großen Fehler erachte. Es hat sich bewährt und muß nur den heutigen Zeitverhältnissen entsprechend weiter entwickelt werden.

Nach Lage aller Verhältnisse beruht jetzt die Zukunft unseres Vaterlandes und damit unserer Gemeinden und Familien auf der Erhaltung und freien Entwicklung eines gesunden wirtschaftlichen Lebens. Dazu gebrauchen wir die äußerste Anstrengung aller geistigen und körperlichen Kräfte. Diese kann nur durch die gemeinsame Arbeit aller und durch eine Entwicklung geleistet werden, die mit gegenseitiger Rücksicht auf die Interessen aller Klassen der Bevölkerung arbeitet. Das muß unser Ziel sein; wenn es erreicht wird, bin ich von einer guten Zukunft des Vaterlandes überzeugt. Dann wird Deutschland nicht untergehen!

---

**GELD, WÄHRUNG, VALUTA.**

Von Dr. OTTO HEYN, Nürnberg.

(Schluß von S. 71.)

## III. Ausblick in die Zukunft.

## 1. Währung.

Wenden wir uns nach diesem Ausflug in das Gebiet der Theorie zu den praktischen Aufgaben, die uns auf dem Gebiete des Geldwesens gestellt sind, so handelt es sich jetzt, nach der Beendigung des Krieges, um die Ausgestaltung unserer Währung für die Zukunft.

In dieser Beziehung ist zunächst festzustellen, daß wir bei dem schweren Frieden, den wir zu erwarten haben, auf Jahrzehnte hinaus nicht daran denken können, die frühere Goldwährung (Goldumlaufwährung) wieder einzuführen. Solange der Geldbedarf so groß ist wie jetzt und bei der schwindelnden Höhe der Preise und Löhne der Notenumlauf allein über 30 Milliarden M beträgt, reicht das in der Welt vorhandene Gold überhaupt nicht aus, um uns neben den übrigen Völkern mit dem nötigen Goldgeld und goldgedeckten sonstigen Umlaufmitteln zu versehen. Wenn auch dieses Hindernis später wegfällt, weil der Bedarf zurückgeht, so kommt doch in Frage, daß der Erwerb des erforderlichen Goldes, das wir überdies aus dem Auslande beziehen müßten, viel zu viel kostet. Bei unserer schwierigen Wirtschaftslage können wir nicht 10 bis 15 Milliarden M allein für Gold verausgaben! So viel würde aber, mäßig geschätzt, wenigstens dann nötig sein, wenn die Entente ihre amtlich kundgegebene Absicht ausführt, sich unseren jetzigen Goldschatz von 2300 Millionen M (Goldmark!) bis auf den letzten Rest ausliefern zu lassen.

Es geht aber auch ohne Goldwährung. Ja, es darf sogar behauptet werden, daß die Goldwährung, wie wir sie früher hatten, nicht die hohe Wertschätzung verdient, die ihr bisher überall zuteil geworden ist. Freilich kann es keinem Zweifel unterliegen, daß Goldgeld jedem anderen Geld, insbesondere dem Papiergelde, vorzuziehen ist; denn das Goldgeld besitzt neben seinem Wert als Geld, wie er auch dem Papiergeld eignet, noch einen Warenwert als Stück Gold. Dieser Goldwert ist überdies nicht nur im Inlande, sondern in der ganzen Welt anerkannt. Außerdem besitzt das Goldgeld teils wegen seiner internationalen Geltung, teils auf Grund der historischen Erfahrung das volle Vertrauen aller Verkehrsteilnehmer. Infolgedessen ist es der Gefahr der Entstehung von Mißtrauen mit der Folge von Unregelmäßigkeiten bei der Preisbildung nicht ausgesetzt, während diese Gefahr bei dem Papiergelde nicht ausgeschlossen ist.

Diese unleugbaren Vorzüge des Goldgeldes würden jedoch nur dann ausschlaggebend sein, wenn bei einer Goldwährung alles Geld aus Gold bestände. Das trifft aber nicht zu. Auch bei unserer früheren Goldwährung befanden sich, wie schon erwähnt, neben etwa 2000 bis 2400 Mill. M Goldgeld 2107 Mill. M Banknoten, 240 Mill. M Reichskassenscheine, 1250 Mill. M unterwertige Silber- und Kupfermünzen, 7300 Mill. M Bankgeld in der Gestalt

von Scheckdepositen usw., zusammen also, wenn wir von den Scheidemünzen absehen, fast 10000 Mill. M Noten und Bankgeld im Umlauf, die nur mit 1400 bis 1800 Mill. M, also zu etwa 16 vH mit Gold gedeckt waren. Noch ungünstiger waren die Verhältnisse in anderen Ländern, allen voran in dem führenden Goldwährungsland England. England hat es fertig gebracht, trotz strengstem Festhalten an der metallistischen Geldlehre am meisten Gold zu sparen, oder richtiger, seine Währung auf die schmalste Goldbasis zu stellen. Neben einem Goldumlauf von höchstens 110 Mill. £ hat es vor dem Kriege 778 Mill. £ anderweitige Zahlungsmittel, Noten und Bankgeld, d. h. Scheckdepositen usw. verwendet, für welche nur eine Golddeckung von 40 Mill. £ (Goldvorrat der Bank von England), also nicht mehr als 5,1 vH vorhanden war<sup>8)</sup>. Berücksichtigt man, daß bei einer Panik oder einer Krise, wie sie der Weltkrieg mit sich brachte, das im Umlauf befindliche Goldgeld von den glücklichen Besitzern zurückgehalten, »thesauriert« wird und aus dem Umlauf verschwindet; berücksichtigt man ferner, daß der Verkehr dann ausschließlich auf die Verwendung von Noten und Bankgeld angewiesen ist, deren Wert nach der herrschenden metallistischen Theorie ausschließlich in der Golddeckung besteht und deren Golddeckung nur 5 bis 16 vH beträgt; berücksichtigt man endlich, daß das Gold, welches diese Golddeckung bildet, garnicht einmal verfügbar ist, weil bei jeder größeren Nachfrage wie z. B. im Juli 1914 die Abgabe von Gold verweigert wird, dann dürften doch gewisse Zweifel an der Vortrefflichkeit einer Goldwährung, wie sie früher bestand, auftauchen. Wenn diese Zweifel bisher nicht hervorgetreten sind, so liegt der Grund einerseits darin, daß die Kenntnis des Geldwesens nicht weit verbreitet ist, anderseits darin, daß fast allgemein die sonderbare Auffassung besteht, daß nur die Banknoten einer besonderen Golddeckung bedürfen, nicht aber auch das sonstige Bankgeld, die Scheckdepositen und kurzfristigen Kontokorrentforderungen, obwohl diese sich von den Banknoten nur dadurch unterscheiden, daß sie unverbrieftete Forderungen an die Banken darstellen, während die Banknoten verbrieftete sind. Mit Stolz hat England immer darauf hingewiesen, daß seine Banknoten im vollen Betrage, ja bis zu einem Drittel darüber mit Gold gedeckt seien. Daß die viel größere Menge der Scheckdepositen jeder Golddeckung entbehrt, wurde aber mit keinem Wort erwähnt. Dabei betrogen diese Scheckdepositen usw. vor dem Krieg (am 23. April 1914) nicht weniger als 778 Mill. £, während an Noten nicht mehr als 29 Mill. £ im Umlauf waren!

Ob es nicht möglich wäre, die hieraus herzuleitenden Bedenken zu beseitigen und eine Goldwährung herzustellen, die größere Sicherheit bietet, brauchen wir hier nicht weiter zu untersuchen. Unsere traurige Wirtschaftslage läßt ja, wie schon festgestellt, nicht einmal die Wiedereinführung einer auf so schmaler Goldbasis ruhenden Goldwährung zu. Uns bleibt unter den obwaltenden Umständen keine andere Wahl als die Papierwährung<sup>9)</sup>. In welcher Form (Goldkernwährung, Golddevisenwährung, reine Papierwäh-

<sup>8)</sup> Angaben von Kaemmerer im Bank-Archiv 1. Aug. 1918 S. 218.

<sup>9)</sup> Auch die Frankf. Ztg. Nr. 342 vom 10. Dez. 1918 und Lansburgh in „Die Bank“ Novemberheft 1918, die früher die eifrigsten Vorkämpfer der Goldwährung waren, haben sich schon mit dem Gedanken an eine Papierwährung, erstere mit der Goldkernwährung, letzterer mit der Golddevisenwährung, abgefunden.

nung), wird sehr wesentlich davon abhängen, ob die Entente unseren Goldschatz ganz oder teilweise in unserem Besitze läßt, oder ob sie seine Auslieferung fordert. Sicherlich werden wir einer solchen Forderung den äußersten Widerstand entgegensetzen, und vielleicht wird die Entente, sei es in Ausführung der von Wilson verkündeten Grundsätze eines gerechten Friedens, sei es im wohlverstandenen eigenen Interesse, um uns »gesellschaftsfähig« zu erhalten, uns den Goldschatz belassen. Jedenfalls müssen wir auf alles gefaßt sein. Deshalb wollen wir hier einmal den schlimmsten Fall setzen: daß wir unseren ganzen Goldschatz abgeben müssen. Würden sich auch dann noch einigermaßen befriedigende Währungsverhältnisse herstellen lassen?

Wenn die metallistische Theorie recht hätte mit ihrer Behauptung, daß der Wert des Geldes lediglich auf dem Werte des Metalles beruhe, aus dem es besteht oder auf welches es eine Anweisung bildet, dann sähe es in diesem Falle sehr schlecht aus. Die Metallisten haben aber nicht recht. Auch ein Geld, das nicht aus Metall besteht und das keine Anweisung auf Metall bildet, wie das reine Papiergeld, hat einen Wert, wie früher bei der Darstellung der Lehre der nominalistischen Theorie (S. 67) eingehend dargelegt worden ist.

Daß die nominalistische Theorie wirklich Recht hat, daß Zahlkraft, Kaufkraft und Beschaffungskosten dem stoffwertlosen Gelde wirklich einen hinreichenden Wert verleihen, hat sich während der ganzen Dauer des Krieges gezeigt. Es ist aber niemals so deutlich hervorgetreten wie in den letzten Monaten, als infolge der herrschenden Geldknappheit die Banken bestürmt und Noten gehamstert wurden, um die Deckung des Geldbedarfes der nächsten Tage und Wochen sicherzustellen. Niemand hat in dieser Zeit darnach gefragt, ob das Papiergeld mit Gold gedeckt, und wie hoch die Golddeckung sei. Dieser Umstand war jedermann gleichgültig. Zahlungsmittel wollte man haben, um seinen Verpflichtungen nachkommen, Schulden aller Art (u. a. auch an Löhnen und Gehältern) bezahlen und Bedarfsgegenstände kaufen zu können. Diese stürmische Nachfrage nach dem stoffwertlosen Gelde verdient um so mehr Beachtung, wenn man berücksichtigt, daß sie zu einer Zeit stattfand, in welcher durch die infolge der Geldhamsterei eingetretene Vermehrung seiner Menge und durch eine Goldabgabe von 242 Mill. M (im November) die Golddeckung wesentlich vermindert wurde und die Wechselkurse dauernd und stark zurückgingen, zu einer Zeit also, in der alles, was die Metallisten bei einem Papiergelde noch als dessen Wertbasis anzuerkennen geneigt sind, ungünstig verändert und abgeschwächt wurde<sup>10)</sup>.

Man kann nun freilich die nominalistische Theorie für richtig halten und dem Papiergeld einen eigenen Wert zuerkennen, aber doch, gerade unter Hinweis auf die Erfahrungen des Krieges, auf die herrschende »Inflation«, die hohen Preise und den niedrigen Auslandkurs unseres Geldes der Papierwährung große Bedenken entgegenbringen. Damit würden aber die Ursachen verkannt werden, die den erwähnten Erscheinungen zugrunde liegen. Diese Ursachen sind, wie schon früher (S. 63) dargelegt, in ganz anderen Umständen zu suchen. Die Papierwährung hat nur insofern einen Anteil daran, als sie

---

<sup>10)</sup> Noch näher auf diesen Gegenstand einzugehen, muß wissenschaftlichen Abhandlungen vorbehalten bleiben. Vergl. u. a. die Auseinandersetzung des Verfassers mit Professor Diehl in dem Aufsatz: Goldwährung oder Goldkernwährung. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Januarheft 1919.

die Realisierung der dem Staate erteilten Kredite in Geldform ermöglichte, soweit die bewilligten Beträge nicht auf dem Anleihewege aufgebracht werden konnten. Die sogenannte Inflation — übermäßige Notenausgabe — wurde nicht etwa dadurch veranlaßt, daß die Regierung sich ein Vergnügen daraus machte, immer neue Noten zu drucken, weil deren Herstellung nichts kostet, sondern weil der Geldbedarf eine Vermehrung der Notenmenge erforderte, und zwar einerseits der Geldbedarf zur Realisierung der anderweitig nicht unterzubringenden Kriegskredite des Staates, andererseits der Geldbedarf zur Erledigung der Umsätze im gewöhnlichen Verkehr, die bei den gestiegenen Preisen bei nicht entsprechender Ausdehnung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs immer mehr Geldzeichen erforderten. Eine willkürliche Notenausgabe hat auch nicht im geringsten stattgefunden; eine kostenlose Notenausgabe war gar nicht möglich, weil der Staat Schuldverschreibungen im gleichen Betrage hinterlegen muß, und der Umfang der Notenausgabe hat sich selbst in dieser Zeit der größten Not Deutschlands stets in den Grenzen gehalten, die durch die gesetzlichen Bestimmungen über die Kriegskredite vom Volke selbst durch seine legitimen Vertreter, Bundesrat und Reichstag, festgesetzt und in Anbetracht der Unmöglichkeit, die Mittel zur Deckung der Staatsaufgaben sämtlich ebenso wie in Friedenszeiten auf dem Steuerwege oder durch öffentliche Anleihen aufzubringen, unter dem Drucke der Verhältnisse gutgeheißen waren<sup>11)</sup>.

Dürfen wir hiernach feststellen, daß unsere Erfahrungen im Kriege der Papierwährung günstig sind, so ist doch nicht zu übersehen, daß diese Erfahrungen lediglich für eine Papierwährung in der jetzigen Verfassung sprechen. Integrierender Bestandteil der jetzigen Geldverfassung ist aber der zurzeit noch vorhandene Goldschatz unserer Reichsbank von 2,3 Milliarden M. Wenn dieser Goldschatz auch nicht die unmittelbare Stütze für den Wert unseres Geldes gewesen ist, so hat er doch zweifellos mittelbar sehr wesentlich dazu beigetragen, diesen Wert zu erhalten, indem er das Vertrauen zum Gelde stützte und dadurch Unregelmäßigkeiten bei der Preisbildung und der Krediterteilung verhütete. Noch jetzt sind sehr viele Leute der Meinung, daß unser Goldschatz die eigentliche Grundlage für den Wert des Papiergeldes bilde, und nur im Hinblick auf dessen unveränderten Bestand haben sie bisher Geldschuldverpflichtungen unter den gleichen Bedingungen wie früher begründet, gleich hohe Kaufpreise wie sonst gefordert und bezahlt.

<sup>11)</sup> Es ist möglich, daß im November und später unter der Revolutionsregierung Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Das wäre aber bei einer Goldwährung auch geschehen. Der gegenteiliger Ansicht ist, vergißt völlig, daß selbst unter der alten Regierung die vor dem Kriege bestandene Goldwährung ohne weiteres aufgehoben wurde, als der Krieg ausbrach. Die Revolutionsregierung hätte zweifellos ebenfalls sofort die Einlösbarkeit der Noten aufgehoben (schon um kein Gold ins Ausland gelangen zu lassen) und wäre dann nicht anders verfahren als jetzt. In Friedenszeiten liegen die Verhältnisse in dieser Beziehung natürlich viel günstiger. Dann ist es möglich, den Staat hinsichtlich der Deckung seiner Ausgaben ausschließlich auf den Weg der Steuererhebung und der Anleihe zu verweisen, und dann kann die Ausgabe von Staatspapiergeld oder von Banknoten gegen Reichsschatzwechsel oder andere Regierungssicherheiten überhaupt verboten werden. Geschieht das, so ist eine Vermehrung der Menge des Geldes nur noch in der Weise möglich, daß gegen Diskontierung von Warenwechseln usw. von der Reichsbank Noten ausgeben, oder daß gegen Hinterlegung von Wechseln oder anderer Sicherheiten seitens der Privatbanken Scheckkredit gewährt wird. Dem Staate ist dann jede Beeinflussung der Menge des Geldes entzogen, eine „ bolschewistische Papierwirtschaft“, solange überhaupt die Gesetze geachtet werden, unmöglich gemacht.

Hierdurch aber wurde bewirkt, daß die eigentlichen Wertträger des Geldes: Zahlkraft, Kaufkraft und Beschaffungskosten keine Minderung erfuhren.

Wenn nun die Entente, wie wir hier voraussetzen, diesen Goldschatz wegnimmt oder uns zwingt, denselben auszuliefern — würde sich dann der Verkehr ebenso glatt abwickeln, würde sich auch dann kein Mißtrauen zeigen und die Preisbildung auch dann nicht gestört werden?

Wer es aufrichtig meint, kann diese Frage nicht ohne weiteres bejahen. Nur zu leicht ist es möglich, daß dann alle diejenigen, die bisher ihr Vertrauen auf den Goldschatz setzten, in Angst geraten und nun wie bei einer Panik an der Börse ihr Geld billiger weggeben, also ohne anderen Grund höhere Warenpreise bewilligen, oder wenigstens bei Kreditgeschäften eine Risikoprämie berechnen, um sich vor einer möglichen Entwertung des Geldes zu schützen, und dadurch, oder indem sie ihr Kapital ins Ausland bringen und so die Kurse der ausländischen Wechsel in die Höhe treiben, das, was sie befürchten, nämlich eine Entwertung des Geldes aus Ursachen auf der Geldseite, nun wirklich herbeiführen. So viel wir auch schon seit Jahrzehnten mit papiernen Werten zu tun haben, so fällt es doch jedermann schwer, an ein dauernd gutes Funktionieren eines überhaupt nicht mit Gold gedeckten stoffwertlosen Geldes zu glauben. Dieser Umstand aber bringt die Gefahr mit sich, daß Mißtrauen entsteht und dadurch Unregelmäßigkeiten herbeigeführt werden.

In Anbetracht dieser Gefahr und um den Glauben an das Papiergeld zu stützen und Paniken, Geldentwertung, Kapitalflucht und dergl. vorzubeugen (außerdem zur Ermöglichung einer Stabilisierung der Wechselkurse), habe ich mich stets dafür ausgesprochen, daß ein großer Goldschatz, etwa in der Höhe des jetzigen, also im Betrage von 2000 bis 2400 Mill. M gehalten werde. Diese Stütze freiwillig aufzugeben, würde ich (im Gegensatz zu Liefmann, Bendixen, Dalberg u. a.) mit Rücksicht auf den nun einmal vorhandenen und alle Kreise beherrschenden Goldglauben dringend widerraten. Werden wir dazu gezwungen, so bleibt uns keine Wahl, und wir müssen notgedrungen die damit verbundene Gefahr auf uns nehmen. Möglich ist es immerhin, daß wir auch diese Belastungsprobe aushalten. Der Wert des Geldes ist ja an sich nicht vom Golde abhängig; er bleibt erhalten, so lange das Vertrauen aufrechterhalten bleibt. Vielleicht bewahrt uns die Not der Zeit, das Bewußtsein, daß es nicht anders geht, vor der Gefahr, daß dieses Vertrauen schwindet.

Unter allen Umständen sollten wir uns aber mit dieser Gefahr schon jetzt vertraut machen und versuchen, ihr entgegenzuwirken. Eine Gefahr besteht nur so lange, als die metallistische Ansicht herrscht, daß nur der Geldstoff imstande sei, dem Gelde Wert zu verleihen. Sie fällt fort, sobald die Überzeugung Boden gewinnt, daß auch ein stoffwertloses Geld einen eigenen Wert besitzt, und daß, wenn wir nicht den Kopf verlieren, auch ein Papiergeld allein imstande ist, die Geldfunktion in völlig befriedigender Weise zu erfüllen. Diesen wirtschaftlich und durch die Kriegserfahrung bewiesenen Satz müssen wir zur Überzeugung oder zum Glaubenssatz wenigstens der führenden Kreise zu machen versuchen. Dann wäre die so notwendige Aufrechterhaltung des Vertrauens auch für den Fall gesichert, daß uns unser Goldschatz wirklich entzogen wird.

Soviel über die Funktionsfähigkeit des Papiergeldes im Inlandverkehr!<sup>12)</sup> Wie steht es nun mit dem Auslandwert dieses Geldes, mit der Frage nach dem Kurse unserer Valuta?

## 2. Valuta.

Einzelne meinen, daß das Papiergeld und daß die Wechsel und Schecks, die auf dieses Papiergeld lauten, aus inneren Gründen überhaupt keinen stabilen Auslandkurs haben könnten und mit Notwendigkeit den »wildesten Schwankungen« ausgesetzt seien. Wäre es so, dann befänden wir uns in schlimmer Lage. Ein stark schwankender Wechselkurs, wie etwa im letzten Herbst, würde sich bei einem großen Außenhandel, den wir ja alle erhoffen, als geradezu unerträglich erweisen, weil er ein viel zu großes Risiko mit sich brächte. Außerdem würde uns die Aufnahme von Anleihen im Ausland erschwert und verteuert und die Aufnahme kurzfristiger Kredite zu vorübergehender Aushilfe unter Anwendung der Diskontpolitik ganz unmöglich gemacht werden.

Glücklicherweise ist es anders.

Die Herstellung und Aufrechterhaltung eines stabilen Wechselkurses ist nicht abhängig von der Art der Währung, sondern davon, daß die im Auslandverkehr eingehenden und ausgehenden Zahlungen stets zu (annähernd) gleichem Kurse bilanziert werden können. Daß es so ist, beweisen die Erfahrungen Österreich-Ungarns in den letzten 15 Jahren vor dem Kriege, Argentiniens und Indiens. Voraussetzung ist lediglich: a) daß der aufrecht zu erhaltende »Parikurs« in der Höhe festgesetzt wird, in der Angebot und Nachfrage nach den Wechseln des Landes (die in den eingehenden und ausgehenden Zahlungen ihren Ursprung finden) im Durchschnitt dauernd zum Ausgleich kommen können; b) daß Vorkehrungen getroffen werden, um bei vorübergehenden Schwankungen die aus dem gewöhnlichen Verkehr sich ergebenden Überschüsse von Angebot oder Nachfrage auf dem Wechselmarkt durch künstliche Anpassung (also durch Verminderung des Angebots oder Vermehrung der Nachfrage oder umgekehrt) auszugleichen und so die natürlichen Schwankungen des Kurses in engen Grenzen zu halten.

### a) Höhe des Kurses.

Für die richtige Festsetzung des Parikurses sind, wie bereits erwähnt (wenn wir von der reinen Kursspekulation absehen), lediglich die Verhältnisse des Auslandverkehrs maßgebend, aus denen sich ergibt, ob Zahlungen, und in welcher Richtung und in welchem Umfange sie zu leisten sind. Hierfür kommen in erster Linie Ausfuhr und Einfuhr in Betracht. Für diese sind eine Reihe Faktoren, vor allem die Preise im In- und Auslande, daneben aber auch die Höhe des Wechselkurses selbst und die Transportkosten einschließlich der in Betracht kommenden Zölle, bestimmend. Wenn 10 t Kohle in Deutschland 160 M kosten und der Preis in der Schweiz 200 Fr beträgt, so ist eine

<sup>12)</sup> Es soll hier nicht behauptet werden, daß das Papiergeld sich auch im Kleinverkehr bewährt habe. Jedermann wird wünschen, daß die zumeist schmutzigen und teilweise zerrissenen kleinen Scheine sobald wie möglich verschwinden und durch metallenes Scheidegeld ersetzt werden. Das läßt sich mit verhältnismäßig geringen Kosten erreichen und soll auch hier dringend empfohlen werden.



Ausfuhr nach der Schweiz nur dann möglich, wenn die dort zu 200 Fr verkaufte Kohle dem deutschen Exporteur (abgesehen von Transportkosten und Gewinn) 160 M bringt. Diese Möglichkeit ist gegeben, wenn der Kurs  $1 \text{ M} = 1,25 \text{ Fr}$  beträgt. Ist aber der Preis in Deutschland auf 300 M gestiegen und der Preis in der Schweiz (infolge Angebots englischer Kohle über Italien oder aus anderen Gründen) auf der Höhe von 200 Fr geblieben, so kann die Ausfuhr nur dann stattfinden, wenn das Wertverhältnis von Mark und Frank sich so verändert hat, daß 200 Fr (netto) nicht mehr nur 160 M, sondern 300 M ergeben. Das trifft nur dann zu, wenn der Markkurs auf  $1 \text{ M} = 0,66 \text{ Fr}$  zurückgegangen ist. Umgekehrt kann eine Einfuhr von Schweizer Schokolade nach Deutschland bei einem Kurse von  $1 \text{ M} = 1,25 \text{ Fr}$  schon dann stattfinden, wenn der Preis für eine bestimmte Menge in Deutschland 160 M, in der Schweiz 200 Fr beträgt. Ist der deutsche Preis höher oder der Schweizer Preis niedriger, so wird um so mehr eingeführt werden. Selbst bei einem Preise von 260 M kann aber keine Einfuhr stattfinden, wenn der Kurs der Mark auf  $1 \text{ M} = 0,66 \text{ Fr}$  zurückgeht. Erst bei einem Preise von 300 M wird eine Einfuhr wieder möglich. Je höher der Warenpreis im Inlande, je höher der Kurs des inländischen Geldes im Auslande und je niedriger der Warenpreis im Auslande, um so mehr wird eingeführt, um so weniger ausgeführt werden, und umgekehrt, und dementsprechend gestalten sich denn auch die Zahlungen, die an das Ausland oder vom Auslande zu leisten sind.

Außer den Zahlungen für Ausfuhr und Einfuhr sind auch eine Reihe anderer Posten der Zahlungsbilanz von der Höhe des Kurses abhängig, so z. B. die Übertragungen von Kapital zu Anlagezwecken. Wieder andere dagegen sind fest und vom Kurse unbeeinflusst, so die Zahlungen aus bestehenden Schuldverpflichtungen, namentlich Terminzahlungen, wie Zinszahlungen aus Auslandsanleihen, ferner, was uns besonders angeht, Kriegsentschädigungen usw.

Bei dieser Abhängigkeit eines Teiles, und zwar in der Regel des größten Teiles der internationalen Zahlungen von der Höhe des Kurses ist es verständlich, daß das *Pari*, bei dem die eingehenden und ausgehenden Zahlungen ihren Ausgleich finden sollen, nicht willkürlich gewählt werden kann<sup>13)</sup>. In der Regel ist das *Pari* durch die historische Entwicklung gegeben. Deshalb wird bei Währungsänderungen unter normalen Verhältnissen das tatsächlich im Verkehr stehende *Pari*, das sich unter Ausgleich von Preisen und Kursen gebildet hat, einfach übernommen. Anders liegt aber die Sache, wenn die ruhige Entwicklung, die einen fortwährenden Ausgleich von Preisen und Kursen im Inlande und Auslande mit sich bringt, durch ein Ereignis wie den Weltkrieg unterbrochen worden ist; wenn die Preise im Auslande und Inlande sich unabhängig von einander gebildet haben, die Produktionskosten andere geworden sind, eine Reihe von Faktoren der Zahlungsbilanz, wie z. B. die Zinsforderungen und Verpflichtungen, eine grundlegende Änderung erfahren

<sup>13)</sup> Das gilt für alle Währungen, auch für die Goldwährung. Das Goldgeld eines Landes mit Goldwährung muß den Verhältnissen des Auslandsverkehrs angepaßt, das „Münzpari“ und damit der Goldgehalt des Geldes dem „Wechselpari“ angeglichen werden. Geschähe das nicht, so würde bei zu hohem Goldgehalt das Goldgeld ausgeführt, und bei zu niedrigem Goldgehalt zu viel Gold eingeführt werden. Mit Rücksicht hierauf hat ja auch Oesterreich-Ungarn solange gezögert, die schon längst beschlossene Goldwährung einzuführen, und hat Frankreich nach dem Kriege von 1870/1 7 Jahre gewartet, bis es von der im Kriege eingeführten Papierwährung wieder zur Goldwährung zurückkehrte.

haben. Dann muß erst gesucht und von neuem festgestellt werden, auf welcher Basis die ein- und ausgehenden Zahlungen zu dauerndem Ausgleich kommen können. Unter Umständen mag dann das frühere Pari sich von neuem bilden. Vielfach wird sich aber herausstellen, daß als das natürliche Ergebnis der zusammenwirkenden Faktoren sich ein ganz anderes Pari ergibt, und daß nur dieses neue Pari aufrechterhalten werden kann<sup>14)</sup>.

Zu welchem Parikurs Deutschlands ein- und ausgehende Zahlungen nach dem Kriege werden bilanziert werden können, läßt sich zurzeit noch gar nicht übersehen. Unsere Zahlungsbilanz wird ja ganz anders aussehen als früher. Unser Kapitalreichtum, auf Grund dessen wir jährlich große Zahlungen an Zinsen vom Auslande zu beanspruchen hatten (etwa 2 Milliarden M), ist von unseren Feinden zum größten Teil zerstört oder angeeignet oder wird als Kriegsentschädigung zurückbehalten und ist jedenfalls für uns verloren; soweit Staaten wie Rußland, Österreich-Ungarn, die Türkei unsere Schuldner sind, ist er nicht als voll einzusetzen. An die Stelle dieser Auslandsforderungen treten wahrscheinlich große Auslandschulden, da wir jährlich Milliarden an Kriegsentschädigungen zu zahlen haben werden<sup>15)</sup>. Forderungen aus der Leistung von Seefrachtdiensten an Ausländer werden wir vorerst nicht einzukassieren haben, da unsere Handelsflotte stark zurückgegangen ist und ein Teil von der Entente in Anspruch genommen wird. Was die Einfuhr anlangt, so kommt zu dem gewöhnlichen Bedarf an Einfuhrartikeln ein außerordentlicher Bedarf zur Wiederauffüllung unserer während des Krieges verbrauchten Vorräte, der viele Milliarden beträgt, hinzu. Ob unsere Ausfuhr den früheren Umfang wieder erreichen wird, ist schon deshalb fraglich, weil in den alten Absatzgebieten während des Krieges eigene Industrien errichtet oder vorhandene vergrößert worden sind, und weil die Entente die ganze Welt mit Haß gegen alles Deutschum erfüllt hat. Ganz besonders aber kommt in Betracht, daß wir nicht mehr so billig erzeugen und daher auch nicht mehr so billig anbieten können wie vor dem Kriege, weil die Arbeitslöhne wesentlich höher sind und bleiben werden, weil die Unternehmervgewinne wegen der Verteuerung der Lebenshaltung höher bemessen werden müssen, und weil (einschließlich der Staats- und Gemeindesteuern) 18 bis 20 Milliarden M<sup>16)</sup> mehr an Steuern aufzubringen sind als früher, deren Beträge zum großen Teil auf die Warenpreise aufgeschlagen werden müssen. Ob das Ausland uns in großem Stile Kredit gewähren wird, um uns über die Not der Zeit hinwegzuhelfen, und ob wir dafür die erforderlichen Unterlagen beschaffen können und wollen, wenn, wie jetzt, nur Pfandbriefe über Grundbesitz, Bergrechte, Eisenbahnen usw. als Sicherheiten anerkannt werden, steht dahin.

<sup>14)</sup> Eine Ausnahme besteht nur für den Fall, daß etwa die Warenpreise im Inlande (oder Auslande) sich als das weniger widerstandsfähige Element erweisen und bei künstlicher Aufrechterhaltung eines den natürlichen Verhältnissen nicht entsprechenden Pari diesem letzteren sich ihrerseits anpassen.

<sup>15)</sup> Außerdem sind in den ersten Jahren die aus den früher besetzten Gebieten und andern Teilen des Auslandes zurückströmenden Noten aufzunehmen, die das Ausland uns als Zahlungsmittel präsentieren wird. Der Betrag dürfte mit 3 bis 5 Milliarden M nicht zu hoch geschätzt sein.

<sup>16)</sup> Der Staatssekretär Schiffer schätzte am 9. Dezember 1918 den Mehrbedarf im Oktober 1918 auf 14 Milliarden M. Dazu kommen noch Zinsen für spätere Anleihen. Außerdem kommt der Betrag der jährlichen Kriegsentschädigungszahlungen hinzu. Denn wenn die Kriegsentschädigungen auch in Waren oder in Devisen zu zahlen sein werden, so muß doch die Reichsregierung diese Dinge erst erwerben und Geld haben, um sie denjenigen abzukaufen und zu bezahlen, die sie besitzen.

Aus alledem ist als sicher wohl nur das Eine zu entnehmen, daß ein Wiedererreichen des alten Parikurses auf absehbare Zeit nicht zu erhoffen ist. Dazu ist einerseits die ungünstige Veränderung der festen Posten unserer Zahlungsbilanz (Verlust von Forderungen, Vermehrung der Schulden) zu groß. Andererseits sind die Preise und Produktionskosten im Inlande offenbar weit mehr als im Auslande gestiegen, so daß sie bei dem früheren Parikurs eine Ausfuhr nur in geringem Maße zulassen, eine Einfuhr zu sehr begünstigen würden. Die Hoffnung aber, die inländischen Preise wieder auf einen entsprechenden Stand zurückführen zu können, ist gering, da die jetzt zur politischen Macht gelangten Arbeiter eine entsprechende Ermäßigung ihrer Löhne nicht zulassen werden und die »Reservearmee der Arbeitslosen« in Anbetracht der Erwerbslosenfürsorge einen genügenden Druck nicht auszuüben vermag. Künstlich aber durch Verminderung der Geldmenge einen hinreichenden Rückgang der Preise herbeiführen zu wollen, ist ein aussichtsloses Unternehmen, wie ich im Bankarchiv vom 15. September 1918 näher dargelegt habe.

Wird der Parikurs nicht wiedererreicht, so liegt darin, vom Standpunkte Deutschlands als Ganzes betrachtet, nicht notwendig ein Nachteil. Allerdings müssen wir dann unsere Einfuhr entsprechend teurer bezahlen, aber zum Ausgleich dafür erhalten wir für unsere Ausfuhr entsprechend mehr Geld — wenn nicht der Wettbewerb der inländischen Ausfuhrhäuser den Auslandspreis ohne Not herabdrückt. Der Importeur muß ja den höheren Preis für den ausländischen Wechsel, mit dem er zahlt, nicht dem Auslande, sondern dem inländischen Exporteur entrichten. Der hohe Preisstand im Inlande, welcher dann aufrechterhalten wird, ist des einen Gewinn, des andern Schaden. Allerdings mag mit Rücksicht darauf, daß so viel Personen auf feste Einkommen angewiesen sind, daß hohe Lebensmittelpreise für alle eine Verteuerung des Lebensunterhalts bedeuten, und daß hohe Lebensunterhaltskosten hohe Löhne bedingen, die schädliche Wirkung im allgemeinen überwiegen. Für Deutschland besonders aber kommt in Betracht, daß eine Erhöhung des Kurses und die entsprechende Senkung der Preise die Schuldenlast des Reiches aus seinen Kriegsanleihen wesentlich erschweren, ja vielleicht deren Verzinsung und Rückzahlung in Frage stellen würde. Zweifellos ungünstig wäre die Wirkung auf das Ausland. Wir würden sicher an Ansehen verlieren, und möglich wäre, daß unser ausländischer Kredit geschwächt würde. Letzteres würde aber nur dann geschehen, wenn wir die vor dem Kriege in Anspruch genommenen Markkredite zu dem niedrigen Kurse abtragen wollten, wie es an sich unser Recht ist. Es würde vermieden werden, wenn wir in diesen Fällen den alten Parikurs zugrunde legten.

Zweifellos wird es aber längere Zeit dauern, bis das neue Pari, der Kurs, zu dem sich in Zukunft dauernd die aktiven und passiven Zahlungen für Deutschland im Durchschnitt ausgleichen lassen, gefunden ist; denn es erscheint ausgeschlossen, daß sich schon in einigen Monaten wieder stetige Verhältnisse in unserem Auslandsverkehr herausbilden. Erschwerend wirkt in dieser Richtung, daß, wenn nicht eine große Kredithilfe seitens des Auslandes einsetzt, die ersten Jahre nach dem Kriege — bis zur Wiedereinrichtung unserer Produktion und Wiederauffüllung unseres Vorrats an ausländischen Rohstoffen — die schlimmsten sein werden; ferner daß mit

dem endlichen Aufhören der Entschädigungszahlungen an unsere Feinde eine wesentliche Entlastung unserer Zahlungsbilanz eintreten wird, die eine Hebung des Kurses ermöglicht. Die hieraus sich ergebenden Schwierigkeiten können aber an dieser Stelle nur angedeutet werden. Sicher ist, daß sie irgend einmal überwunden werden; daß die Verhältnisse sich konsolidieren und daß ein Kurs gefunden werden wird, bei dem die ein- und ausgehenden Zahlungen im Durchschnitt dauernd zum Ausgleich gebracht werden können.

#### b) Stabilisierung des Kurses.

Ist dieser Durchschnittskurs gefunden, dann ist es nicht schwer, die natürlichen Schwankungen um diese Mittellinie in enge Grenzen zu bannen. Bei einer Goldwährung oder richtiger: im Verkehr zwischen zwei Ländern mit offener Goldwährung, ist das ohne weiteres gegeben, weil es in Anbetracht dessen, daß das inländische Goldgeld im Auslande einen bestimmten, durch den Münzfuß gegebenen Wert als Stück Metall hat, vorteilhaft wird, Gold aus- oder einzuführen, sobald sich der Kurs nur  $\frac{1}{3}$  bis 1 vH nach oben oder unten von der Durchschnittslinie, also von dem *Pari*, entfernt. Das ausgeführte Gold füllt dann die Lücke des Warenverkehrs aus; die dafür zu leistende Zahlung stellt das gestörte Gleichgewicht zwischen den ein- und ausgehenden Zahlungen wieder her; die Nachfrage nach den Wechsln des das Gold abgebenden Landes wird entsprechend vermehrt und der Kurs geht auf *Pari* zurück. Dieser Mechanismus läßt sich aber auch in einem Lande mit Papierwährung herstellen. Zunächst in der Weise, daß unter völliger Nachahmung der Verhältnisse bei der Goldwährung aus einer »Goldreserve für den Auslandsverkehr« zu bestimmtem feststehendem Preise Gold gegen Papiergeld zu Ausfuhrzwecken abgegeben oder im Falle der Einfuhr wieder aufgenommen wird. So bei einer »Goldkernwährung«. Man kann aber auch in der Weise verfahren, daß an Stelle des Goldes aus einer Goldreserve Devisen (Auslandwechsel) aus einer Devisenreserve abgegeben oder aufgenommen werden, um, unmittelbar auf den Wechselmarkt einwirkend, im ersteren Falle durch die Deckung eines Fehlbetrages, im letzteren durch die Beseitigung eines Überschusses des Angebots Nachfrage und Angebot wieder auf der Grundlage des Parikurses oder in der Nähe desselben zum Ausgleich zu bringen (Golddevisenwährung). Voraussetzung ist, daß im ersteren Falle stets ein hinreichend großer Goldschatz, im letzteren ein genügender Bestand an Devisen vorhanden ist, um im Bedarfsfalle die Abgabe der erforderlichen Menge Goldes oder Devisen zu ermöglichen, und daß bei entgegengesetzter Marktlage Gold oder Devisen zu einem dem *Pari* entsprechenden oder nur wenig darunter liegenden Preise in der erforderlichen Menge aufgenommen werden.

Wie groß diese aus Gold oder Devisen bestehende Reserve sein muß, um bei allen Schwankungen des Wechselkurses um die Durchschnittslinie des *Pari* einen Ausgleich innerhalb der »Goldpunkte« zu ermöglichen, hängt davon ab, für welche Summen bei den Schwankungen nach unten ein Ausgleich geboten werden muß, ehe die Schwankungen nach oben eine Wiederauffüllung der Reserve gestatten. Diese Summen sind im gewöhnlichen Verkehr, selbst bei so riesigen Umsätzen, wie sie für Deutschland vor dem Kriege in Frage standen, nicht groß. Das gilt wenigstens für den Fall, daß das Aus-

land zu der Aufrechterhaltung der Stetigkeit des Kurses Vertrauen hegt und deshalb auch das Mittel der Diskontpolitik angewendet werden kann, um durch Beeinflussung des kurzfristigen Kreditverkehrs den Ausgleich der ausgehenden und einkommenden Zahlungen zu begünstigen. Nach den Erfahrungen bei der Goldwährung der früheren Zeit würden wenige Hundert Millionen M genügen. Viel größer ist aber der Bedarf bei ungewöhnlichem Verkehr und besonders dann, wenn eine Wechselspekulation besteht, die an Hausse und Baisse der Wechselkurse zu gewinnen trachtet und je nach der finanziellen Stärke und dem Wagemut der Parteien (so lange es gestattet ist, wie im Kriege!) Angebot und Nachfrage möglicherweise um Riesensummen vermehrt oder vermindert.

Eine dritte Möglichkeit der Beeinflussung des Wechselkurses besteht darin, daß im Auslande Bureaus errichtet werden, welche bei überwiegendem Angebot von Wechseln auf das Inland (hier also von deutschen Wechseln) diesen Überschuß aufkaufen und bei ungenügendem Angebot solcher Wechsel dieses Angebot aus ihrer Reserve ergänzen, oder daß das Gleiche seitens ausländischer Banken auf Grund besonderer Vereinbarungen geschieht. Die Sachlage ist hier nicht anders als bei einer Golddevisenreserve und deren dem gleichen Zwecke dienenden Verwendung im Inlande. Die dazu erforderlichen Mittel müssen im Auslande bereitgestellt werden und setzen deshalb die Verfügung über eine entsprechende Menge Auslandgeld, ebenso wie bei den Golddevisen, bezw. die Vereinbarung von Valutakrediten voraus.

Alle diese Verfahren sind in der Praxis erprobt und als zuverlässig befunden, soweit die Reserven groß genug waren: die Goldreserve seitens Argentiniens, die Devisenreserve seitens Österreich-Ungarns, die Einrichtung von Auslandsbureaus usw. zur Aufnahme und Wiedergabe inländischer Wechsel seitens Rußlands vor Einführung der Goldwährung, Indiens seit 1898 und der Vereinigten Staaten, Englands und Italiens im Weltkriege. Nach den Erfahrungen des Weltkrieges verdient aber das System der Goldreserve den Vorzug; denn im Kriege hat sich gezeigt, daß Devisen gesperrt und Guthaben im Auslande beschlagnahmt werden können, während Gold überall genommen wurde. Freilich erwachsen in diesem Falle größere Kosten, weil das Gold keine Zinsen bringt, während Devisen Diskontgewinn abwerfen.

Hiernach ist die Möglichkeit einer Stabilisierung des deutschen Wechselkurses im Auslande nach der Feststellung des den neuen Verhältnissen angepaßten Parikurses dann gegeben, wenn wir imstande sind, die dazu nötige Goldreserve oder Golddevisenreserve oder Reserve an ausländischem Gelde (oder Kredit) zur Verfügung zu stellen. Diese Bedingung wäre ohne weiteres zu erfüllen, wenn unser Goldschatz von 2300 Mill. M uns erhalten bliebe. Dieser große Goldschatz würde schon dadurch günstig wirken, daß unser Kredit im Auslande eine Stütze erhielte und die Spekulation abgeschreckt würde, so daß die ausgleichenden Unterschiede zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wechselmarkte geringer wären. Für den Ausgleich selbst würden dann wahrscheinlich schon wenige Hundert Millionen Mark (200 bis 300 Mill. M) genügen. Wesentlich ungünstiger ist aber die Sachlage, wenn die Entente uns unseren Goldschatz nimmt, wie wir hier voraussetzen. Dann müssen wir uns erst eine neue Goldreserve oder Golddevisenreserve bilden. Diese

Reserve müßte überdies wesentlich größer sein als 200 bis 300 Mill. M. Denn dann kommen zu den natürlichen Differenzen zwischen Angebot und Nachfrage aus dem gewöhnlichen Auslandverkehr, die auszugleichen sind, noch diejenigen hinzu, welche die Wechselspekulation, die in diesem Falle der Sachlage gewachsen zu sein glauben wird, durch ihre Blankoperationen künstlich hervorruft. Eine solche Reserve zu bilden, würde wohl nur im Laufe längerer Zeit, d. h. mehrerer Jahre, und unter Herabdrückung der Höhe unseres Durchschnittskurses (zu dessen Stütze die abgezweigten Devisen dann nicht dienen können) gelingen. Inzwischen wäre es lediglich möglich, ähnliche Ausgleichmaßnahmen vorzunehmen, wie sie während des Krieges in Berlin vorgenommen worden sind. Dadurch würden sich aber im günstigsten Falle nur die täglichen Schwankungen vermeiden lassen, während im Laufe von Wochen und Monaten eine Anpassung des Kurses an die Marktverhältnisse erfolgen muß, und das würde für die Bedürfnisse unseres Außenhandels nicht genügen.

Ausgeschlossen wäre es freilich nicht, daß wir auf dem Wege des Kredits sofort in den Besitz einer hinreichend großen Gold- oder Golddevisenreserve gelangen, oder daß es uns gelingt, ausländische Banken zu veranlassen, uns Valutakredite einzuräumen, um unseren Wechselkurs zu stützen. Die Aussichten hierfür sind aber leider nicht günstig, da unser Auslandkredit einerseits durch den Gewaltfrieden und andererseits durch den politischen Umsturz in Deutschland geschwächt ist, während er überdies auch noch durch die notwendige Beschaffung von Rohstoffen und in anderer Weise belastet wird.

Hiernach müssen wir leider feststellen, daß die Aussichten für die Zukunft unseres Geldwesens trübe sind.

An die Wiederherstellung der früheren Goldwährung mit dem alten Parikurs ist, wenigstens auf absehbare Zeit, nicht zu denken. Besten Falles müssen wir uns mit einer Papierwährung mit Goldreserve für den Auslandverkehr einer »Goldkernwährung« bei einem unter dem früheren Parikurs liegenden Kurse begnügen. Eine solche Währung würde nun freilich, wenn der Goldkern groß genug ist, um das Vertrauen zu dem umlaufenden Papiergelde aufrecht zu erhalten und daneben die (an sich mögliche) Stabilisierung unseres Wechselkurses zu sichern, gegenüber dem früheren Zustande keinen Nachteil bedeuten. Ihre Herstellung ist aber nicht möglich, wenn die Entente die Auslieferung unseres Goldschatzes fordert. Wird diese Forderung gestellt und müssen wir ihr Folge geben, dann ist auf der einen Seite die Sicherheit unseres Geldwesens im Inlande bedroht, weil wir Gefahr laufen, daß Mißtrauen entsteht und eine unregelmäßige Preisbildung mit der Folge einer weiteren Entwertung unseres Geldes Platz greift. Auf der anderen Seite würde wahrscheinlich auf lange Zeit die Herstellung eines stabilen Wechselkurses mit dem Ausland unmöglich sein, wenn uns nicht das Ausland mit der Gewährung sehr großer langfristiger Kredite zu Hilfe kommt. Unter allen Umständen haben wir uns während einer längeren Übergangszeit, während welcher der den veränderten Verhältnissen entsprechende neue Parikurs gefunden werden muß, mit einem zunächst vielleicht stark, dann weniger schwankenden Wechselkurs abzufinden.

## II. DER GELD- UND WARENMARKT.

### Diskont- und Effektenkurse im Dezember und Januar.

Die Umwälzungen der vorangegangenen Monate haben einem Gleichgewichtszustande noch nicht Platz gemacht, sondern die Beunruhigungen dauerten fort. Die überaus langsame Liquidation des Weltkrieges, die sich Monate hindurch hinziehenden Friedensverhandlungen ohne ein bisher greifbares Ergebnis, die steigende Härte der Bedingungen bei jeweiliger Erneuerung des Waffenstillstandes, die unlegubar weiter fortschreitende bolschewistische Welle, das alles hat nicht nur die zunächst beteiligten Börsen der Mittelmächte, sondern auch die der Ententestaaten empfindlich beeinflußt. Von einer Siegesstimmung der letzteren kann keine Rede sein; der wirtschaftliche Druck und die Ungewißheit der Zukunftsgestaltung in wirtschaftlicher Hinsicht wie auch in politischer Beziehung lastete mehr oder weniger auch auf den Börsen unserer Gegner.

Verhältnismäßig lebhaft war das Geschäft an der New Yorker Börse, ohne daß indessen auch hier die immer wieder eintretende Abschwächung verhindert oder beseitigt werden konnte. Auch der Umstand, daß die Verkehrsbeschränkungen am New Yorker Markt fallen sollten, hatte den Kursstand nicht wesentlich beeinflußt. Zahlreiche Industriewerte und Bahnaktien lagen im Dezember und Januar prozentweise niedriger als in den vorangegangenen Monaten. Begründet ist diese Tatsache bei industriellen Werken dadurch, daß sich die betreffenden Werke auf die Friedenswirtschaft umstellen müssen, und daß beträchtliche Kriegsaufträge, die in den Kursen zum Ausdruck gekommen waren, nunmehr rückgängig gemacht, oder in Friedensaufträge von wesentlich verringertem Umlange umgewandelt werden.

schon Einfuhrverbots für Diamanten zugute gekommen ist. Die Unsicherheit über die Lage des Kupfermarktes führte zu Rückgängen von Kupferwerten; trotz dauernd schwächerer Haltung der Kupferpreise befestigten sich jedoch wieder die Kurse, namentlich für Rio Tinto-Aktien. Kautschukaktien, die im Dezember recht günstig standen, flauten ab; dasselbe gilt für Petroleumwerte, wenn auch einige große Spezialpapiere lester verkhrten, da man mit einem weiteren Aufschwung der Erdölindustrie, namentlich in Mexiko, rechnet, sobald nur wieder mehr Erdöl verschifft werden kann.

An der Pariser Börse haben Krieganleihen ihren Kursstand gebessert, während französische Renten dauernd ruhig geblieben sind. Im ganzen ist das Börsengeschäft von dem Gefühl der dauernden Unsicherheit beherrscht. Weniger günstig als in den Vormonaten war die Haltung der französischen Bankaktien, von denen in der Hauptsache nur die Werte der Société Générale ihre Kurssteigerungen behaupten konnten. Für Versicherungswerte zeigte sich lebhafteres Interesse, das sich auch auf französische Eisenbahnaktien erstreckte, deren recht niedriger Kursstand zu geschäftlicher, spekulativer Tätigkeit Anlaß gab; auch hoffte man, daß sich durch Zufluß des deutschen Eisenbahnwagenmaterials die Verkehrsverhältnisse bessern würden. Der Preissturz aller Metalle hat sich auch bei Kupfer-, Blei- und Zinkwerten geltend gemacht, während die Haltung von Schiffahrtswerten unentschieden, aber doch meist nach unten gerichtet war.

An den österreichisch-ungarischen Börsen war die Tendenz infolge der unsicheren ungeklärten politischen Verhältnisse dauernd matt. Die Kurse für Krieganleihen sind nur nominell, wogegen die Goldrenten und Kronrenten lebhaft stiegen, da angeblich der tschechische Staat die Krieganleihen nicht auf seine Rechnung

	31. Dez.	3. Juni	31. Okt.	31. Dez.	31. Jan.	15. Febr.
Athison Top. & St. Fe. . . . .	85 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	84	92	92 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	90 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	91
Baltimore & Ohio . . . . .	52 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	54	55 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	49 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	45	46 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
Canadian Pacific . . . . .	138 <sup>5</sup> / <sub>8</sub>	146 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	165 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	158 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	157 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	158
American Smelting & Ref. . . . .	78 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	78 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	85 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	76 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	71	64 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>
Anaconda Copper Mining . . . . .	61	66 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	69 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	60	59	58 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Bethlehem Steel . . . . .	75	83 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	69 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	61 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	57	61 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
General Electric . . . . .	137 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>	146	152 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	149 <sup>5</sup> / <sub>8</sub>	148	150
Unit. States Steel Corp. . . . .	90 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>	104	102 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	95	89 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	91 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>

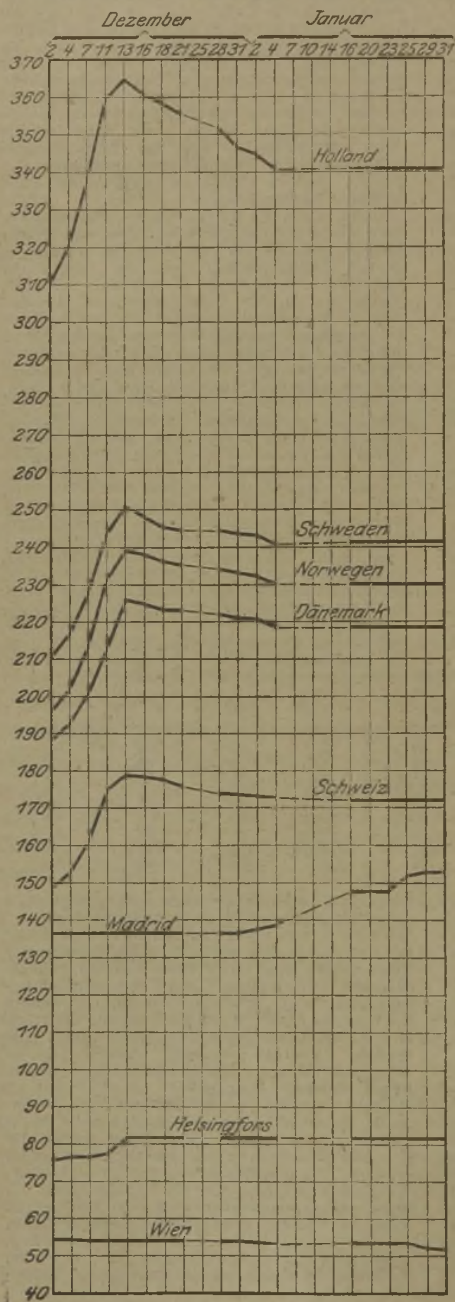
In London hat man gleichzeitig sich bemüht, die während des Krieges bestehenden Börsenbeschränkungen aufzuheben, ohne indessen den gesamten Abbau durchzuführen. Insbesondere hat sich die Eröffnung des Terminmarktes, der mit Beginn des neuen Jahres wieder dem Publikum zur Verfügung stehen sollte, verzögert, und nur ein Teil der den Verkehr mit Auslandswerten erschwerenden Bestimmungen ist aufgehoben worden. Heimische Renten haben sich im Dezember im allgemeinen gut behauptet, wenn auch Konsols weiter abbröckelten. Französische Krieganleihen waren fest, während russische Werte an der Londoner Börse angesichts der Ungewißheit über die Absichten der Entente gegenüber der bolschewistischen Regierung wesentlich schwächer lagen. Auch südafrikanische Werte, namentlich Goldminen und Diamantenwerte, waren auf die unerfreulichen Berichte über die südafrikanische Arbeiterlage hin matt. Im Januar war die Lage der südafrikanischen Goldminen mit wenigen Ausnahmen ebenfalls recht ruhig, wogegen den Diamantenwerten die Aufhebung des amerikani-

übernehmen will, dagegen den Vorkriegsschulden seine Beteiligung nicht zu versagen gedenkt.

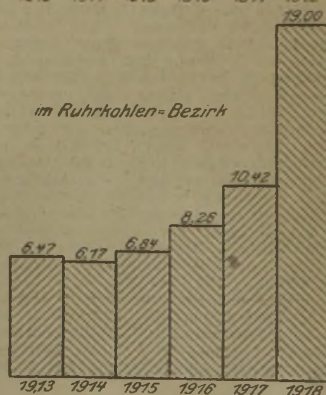
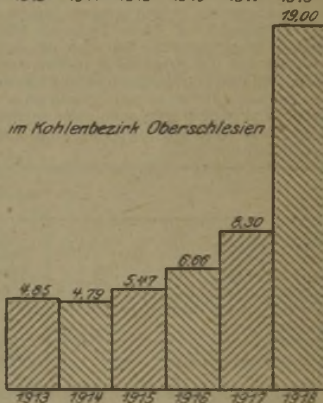
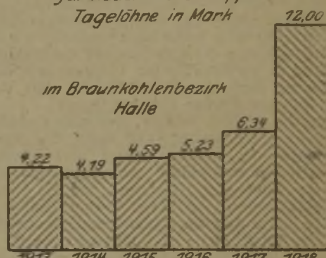
Die Berliner Börse hat sich im letzten Monat des Jahres von den erheblichen Rückgängen der Revolutionswochen noch nicht erholen können. Während am Ullimomarkt die Kurse ziemlich unverändert lagen, erlitt der Kassamarkt weitere Kurseinbußen. Die Börse blieb geschäftslos; es konnte weder ein größeres Angebot, noch eine größere Nachfrage befriedigt werden. Die zu einer Intervention zusammengetretenen Banken haben mehrfach eingegriffen, um die Kurse zu stützen. Das am besten konnte sich der Rentenmarkt behaupten. Auch die infolge der Revolutionsbewegung scharf gewichenen Kurse der Krieganleihen vermochten sich wieder etwas zu erhöhen. Fremde Renten waren meist schwächer. Während des Januar war die Berliner Börse infolge der spartakistischen Unruhen beinahe bis Mitte des Monats geschlossen. Auch weiterhin ist das Geschäft nicht allzu lebhaft geworden, wengleich sich nicht verkennen läßt, daß sich die Börse die zurückhaltende Beurteilung, welche

die industriellen Kreise bezüglich des Wirtschaftslebens äußern, nicht zu eigen macht; so konnte gegen Ende Januar sogar eine festere Haltung, die zeitweise den Charakter einer Hausse trug,

zum Durchbruch kommen. Auf dem Kriessanleihemarkt hat das erfolgreiche Vorgehen der Regierung gegen die unruhigen Elemente zur Herstellung der Ordnung, die gute Durchführung der Wahlen, recht befestigend gewirkt. Auch am Montanmarkt bewegen sich die Kurse aufwärts, wenn auch die Sozialisierungsmaßnahmen zeitweise Zurückhaltung auferlegen mochten. Rüstungswerte schwächten sich mehrfach weiter ab, doch hat andererseits die Hoffnung, daß eine Entschädigung entgangener Aufträge in irgend einer Form geleistet wird, zeitweise wieder befestigend gewirkt.



Entwicklung der Durchschnittslöhne für Hauer und Schlepper  
Tagelöhne in Mark





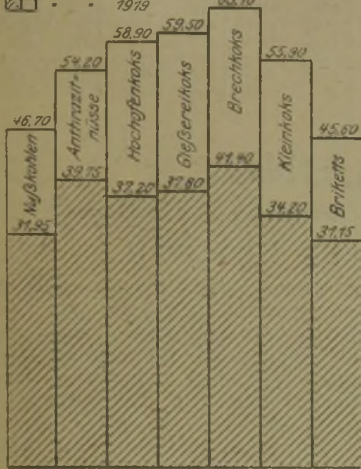
**Wechselkurse.**

Die Devisen der Mittelmächte verschlechterten sich während des ganzen Dezember und eines Teiles des Januar noch weiter. Dann kam es zu

Tonnenpreis in Mark

im Jahre 1918

1919



**Die Lohnentwicklung im Kohlenbergbau in den Jahren 1913 bis 1919.**

Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung hat in der Zeitschrift „Die wirtschaftliche Demobilisierung“ Schaubilder über die Gestaltung der Durchschnittslöhne für Hauer und Schleppler im Braunkohlenbezirk Halle, im Oberschlesischen und im Ruhrkohlenbezirk veröffentlicht. Gegenüber dem letzten Friedensjahr ist eine Steigerung von 20 bis 300 vH eingetreten, wie aus den hier wiedergegebenen Abbildungen (S. 172) zu erkennen ist.

**Steigerung der Kohlenpreise.**

Die Steigerung der Preise für die verschiedenen Kohlensorten ab 1. Januar 1919 ist aus dem nebenstehenden, nach Angaben des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikates zusammengestellten Schaubild zu ersehen. Es stiegen Nußkohlen um 14,75 M t, Briketts um 14,45 M t und Brechkohls um 21,70 M t.

Die Bewegung der Wechselkurse an ausländischen Plätzen ist aus folgender Zusammenstellung zu erkennen:

	Es notierten	Parität	Ende Novemb.	Ende Dezemb.	Ende Januar	Mitte Februar
<b>New York</b>						
London (60 Tage)	1 £ in Doll.	4,866	4,7335	4,7356	4,7350	4,7350
Cable transfers	1 £ in Doll.	4,866	4,7645	4,7655	4,7655	4,7645
Paris (Sicht)	1 £ in Fr	5,18	5,45	5,45 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	5,45 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	5,45 <sup>5</sup> / <sub>8</sub>
<b>Amsterdam</b>						
Scheck Berlin	100 M in Gld.	59	30,25	29,50	28,15	27,17 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
„ London	1 £ in Gld.	12,07	11,33	11,15	11,50 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	11,56
„ Paris	100 Fr in Gld.	48,08	43,55	42,90	44,30	44,52 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
<b>Paris</b>						
Wechsel auf London	1 £ in Fr	25,22	25,97 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	25,97 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	25,97 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	25,97 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
„ „ New York	100 Doll. in Fr	516 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	545,00	545,00	545,00	545,00
„ „ Rom	100 Lire in Fr	100	85,00	85,00	85,00	85,00
„ „ Amsterdam	100 Gld. in Fr	208	231,00	231,50	220,50	224,50
„ „ Schweiz	100 Franken in Fr	100	111,25	109,50	110,00	110,00
<b>London</b>						
Wechsel auf Paris	1 £ in Fr	25,22	26,05	25,97	25,96	25,98
„ Amsterdam	1 £ in Gld.	12,11	11,27 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	11,16	11,37 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	11,50 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
<b>Wien</b>						
Marknoten	100 M in Kr	117 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	186,00	186,90	194,50	200,00
Schweiz	100 Fr in Kr	93,3	273,75	322,00	385,00	343,75
Amsterdam	100 Gld. in Kr	198,00	568,25	653,70	661,25	680,50
<b>Zürich</b>						
Wechsel auf Berlin	100 M in Fr	123,00	62,00	60,25	57,75	54,00
„ „ Wien	100 Kr in Fr	—	32,00	30,50	28,85	25,75
„ „ London	1 £ in Fr	25,18	23,42	22,80	23,49	23,23
„ „ Paris	100 Fr in Fr	100,00	90,15	88	90,45	89,35
„ „ Amsterdam	100 Gld. in Fr	208,00	207,00	204,50	203,50	200,75
„ „ Mailand	100 Lire in Fr	100,00	77,00	74,25	76,50	75,85

Fremde Wechselkurse an der Berliner Börse (s. auch Schaulinie S. 172).

	Parität	telegraphische Auszahlung							
		30. Nov.		31. Dez.		31. Jan.		Mitte Februar	
		Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland (100 holl. Gulden)	169 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	310	310 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	346	346 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>	340	340 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	340	340 <sup>2</sup> / <sub>3</sub>
Dänemark (100 Kronen)	112 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	188 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>	189	220 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	221	218	218 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	218	218 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Schweden (100 Kronen)	112 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	210 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	210 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	243 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	243 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	240 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	241 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	240 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	241 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
Norwegen (100 Kronen)	112 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	195 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	196 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>	232 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>	233 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	229 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	230 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	229 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	230 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
Schweiz (100 Franken)	81,09	148 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	149	173 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	173 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	171 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	172	171 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	172
Oesterreich-Ungarn (100 Kronen)	85,06	54,20	54,30	53,95	54,05	51,70	51,80	49,95	50,05
Madrid u. Barcelona (100 Pesetas)	76,93	136	137	136	137	152	153	156	157
Helsingfors	—	—	—	81 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	81 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	81 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	81 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	91 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	91 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>

### III. MITTEILUNGEN AUS LITERATUR UND PRAXIS; BUCHBESPRECHUNGEN. WELTWIRTSCHAFTLICHE UMSCHAU.

Die Wirtschafts- und Finanzfragen stehen nach Schluß des Weltkrieges überall so im Vordergrund, daß ihnen gegenüber die außenpolitischen Gestaltungen, so umwälzend sie sind, zeitweilig zurücktreten.

In London und New-York wird lebhaft besprochen, welche von beiden Städten in Zukunft der überragende Finanzplatz der Welt sein wird. Von beiden Seiten ist eine gewaltige Besserung der Stellung New-Yorks unbestritten, im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten statt 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Milliarden Dollars Verbindlichkeiten am Beginn des Weltkrieges nun 5<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Milliarden Forderungen haben. Es spricht eher für als gegen die Zukunft New-Yorks als Finanzplatz, daß amerikanische Stimmen mit offener Bfissenheit nachzuweisen suchen, London sei auch heute noch führend, und New-York müsse froh sein, das Geschäft mit Süd-Amerika und Ost-Asien zu behalten; die Handelsbankiers in London seien ungleich zahlreicher und hätten ihre Stellung auch in den schwierigen letzten Monaten mit großer Opferwilligkeit und Umsicht zu halten gewußt, der New-Yorker Diskontmarkt dagegen befinde sich noch in den Kinderschuhen. Der »Economist« kann für London die Befürchtung nicht unterdrücken, es könne seine Bedeutung als Finanzplatz durch die Forderungen der englischen Arbeiterwelt leiden, die sich allmählich sehr bemerkbar machen.

In England zeigt sich überhaupt, daß die Folgen und Beschränkungen

der Kriegswirtschaft sich auch im siegreichen Lande nicht ohne weiteres wieder aufheben lassen. So muß beispielsweise die führende Holzzeitung feststellen, daß nur ein langsamer Abbau der Beschränkungen den Holzhandel auf eine gesunde Grundlage stellen kann. Für viele Firmen, die Holzteile für Heereslieferungen gemacht haben, ist es schwer, sich auf Friedenserzeugnisse einzustellen, während zunächst noch der Bedarf der Gruben, der Werften und der Flugzeugindustrie keine Abnahme zeigt. Unerwünscht erscheint dem englischen Holzhandel der Druck auf die Preise durch große Mengen von Holz, die in Frankreich, Spanien und Portugal verschiffungsbereit liegen sollen. Für später sieht man die »Befreiung Finlands und der baltischen Provinzen von Deutschland« als günstig für den englischen Holzhandel an.

In Italien tobt ein heftiger Kampf um die beabsichtigten Staatsmonopole auf Kaffee, Tee, Zucker, Petroleum, Benzin, Paraffin, Treiböle, Spiritus, Explosivstoffe, Quecksilber, Chinin und elektrische Lampen, vor allem aber um die Monopolisierung der Steinkohle. Von den italienischen Handels- und Industriekreisen wird allgemein, wie in den meisten Ländern in ähnlicher Weise, erklärt, der Staat könne die bessere Lösung in höheren Steuern finden; durch Monopole lege er die Gewerbe lahm und verteuere sich die eigenen staatlichen Bezüge so, daß ihm der größte Teil

des scheinbaren Gewinnes doch wieder verloren gehe. Man schlägt von manchen Seiten vor, die Kohlenfrage dadurch zu lösen, daß Deutschland verpflichtet werde, die Italien zustehende Kriegssentschädigung durch Materiallieferungen unter anderem in Kohle, statt in Geld zu leisten. Die Regierung machte nach einem Bericht des »Wirtschaftlichen Nachrichtendienstes« dazu folgende Ausführungen: »Die Regierung hat auf das eingehendste geprüft, ob einer Verbrauchssteuer auf Steinkohle der Vorzug zu geben sei, oder einer Monopolisierung. Sie ist bei dieser Prüfung zu dem Ergebnis gelangt, daß ihr ein Monopol weiteren Spielraum lasse und daß bei einer Monopolisierung der Staat mit größeren Vorteilen rechnen könne. Diese Vorteile würden sich aus einer etwaigen direkten Einkaufsorganisation ergeben, wie eine solche für die Eisenbahnen bereits besteht, aus einer staatlichen Organisation, die die Frachten und die Transporte regelt, wie ferner aus der Ausschaltung der Gewinne des Zwischenhändlers. Ganz abgesehen davon, ist ein Artikel wie Steinkohle in den Händen des Staates eine nicht zu unterschätzende Waffe, um in den internationalen wirtschaftlichen Beziehungen Vergünstigungen für andere Waren herauszuschlagen.«

Im Krieg ist die Abhängigkeit von der Kohlen- und Kraftversorgung in einer Schärfe hervorgetreten, die alenthalben verdoppelt nach dem Ausbau von Kraftquellen streben läßt. In der Schweiz soll man erfolgreich Versuche des Antriebs von Kraftwagen und Bootsmotoren mit Acetylen gemacht haben. In vielen Ländern hat die Kohlenförderung stark zugenommen oder sie ist überhaupt erstmalig in Angriff genommen worden. In Tunesien hat man mit dem Abbau von Braunkohlen in der Nähe von Kap Bon begonnen; in Südafrika ist die Förderung 1917 auf 1 Mill. t gestiegen; in den Vereinigten Malayenstaaten sprang bei Schangor die Ausbeute von 10 000 t in 1915 auf 150 000 t in 1917 und erreichte damit den fünften Teil des Bedarfs; in Niederländisch-Indien sind die Braunkohlenlager von Palembang in die Hände der Regierung gelangt, die sie offenbar in größerem Um-

fang ausbeuten will. Die Lager sollen neben geringwertigerer Kohle auch gute Schiffskohle und verkockbare Kohle enthalten. Auf den Philippinen hat Kohlenabbau auf Mindanao begonnen. In China haben die hohen Preise zur Erschließung mehrerer bisher nicht abbauwürdiger Vorkommen geführt, und in der Mandschurei ist die Kohlenausbeute auf 2,4 Mill. t gestiegen.

Nächst der Kohle ist es die Baumwolle, deren Gewinnung innerhalb des eigenen Gebietes immer größere Aufmerksamkeit zugewandt wird. Frankreich blickt dabei hoffnungsvoll auf sein westafrikanisches Kolonialreich. Hat dieses auch bisher noch nicht mehr als 750 000 kg Jahresernte gebracht, gegenüber einem französischen Bedarf von 280 Mill. kg, so glaubt man doch an eine große Zukunft der Baumwolle im Tschadseegebiet. In Britisch-Südafrika soll ebenfalls der Anbau von Baumwolle aussichtsreich sein; als neue Baumwollgebiete beginnt man auch auf einige Südseeinseln zu blicken. Was die alten großen Baumwollgebiete betrifft, so bringt man neuerdings China erhöhte Aufmerksamkeit entgegen. Man schätzt die dortige Baumwollernte auf rd. 900 Mill. kg, von denen etwa die Hälfte im Lande selbst verbraucht werden soll.

Immer mehr schälen sich die großen wirtschaftlichen Verschiebungen heraus, die der Krieg bis in die fernsten Länder hineingetragen hat. Vor allem Japan entwickelt eine große Rührigkeit. Im Stillen Ozean und in ganz Sibirien hat es sich festgesetzt, und es dürfte den Amerikanern schwer werden, die beabsichtigte Kontrolle über die Sibirische Bahn ohne weitgehendes Hineinreden der Japaner zu erreichen. Schon hat Japan einen Wirtschaftsausschuß gebildet, der ganz Russisch-Asien bereisen soll. In Niederländisch-Indien haben immer mehr große japanische Häuser Zweigunternehmen gegründet und sich auch landwirtschaftlichen Unternehmungen zugewendet. Japanische Zuckerfabriken und Oelmühlen sind dort entstanden, japanische Reedereien haben Dampferlinien nach Niederländisch-Indien errichtet. Andere neue japanische Dampferlinien fahren über Süd-Afrika nach Brasilien. In

Singapore hat das japanische Handelsministerium ein ständiges Handelsmuseum errichtet. Vor allem aber dringt Japan in China vor. Am Yangtse 50 km oberhalb Wuku hat eine chinesisch-japanische Gesellschaft mit 6 Mill. Yen Kapital ein großes Eisenerzlager in Angriff genommen. Japan fördert den Bau einer neuen Bahn aus der Mandchurei nach Korea; es dürfte auch dem beabsichtigten großzügigen Ausbau des Hafens von Shanghai, der Hafenbecken von der siebenfachen Ausdehnung der Londoner Docks erhalten soll, nicht fernstehen. Einen geschickten Schachzug hat es in der Mandchurei getan; dort hat es für die Noten seiner Banken solche Sondervorteile bezüglich der Einlösung von Seiten Chinas erreicht, daß der japanische Handel das völlige Uebergewicht über den anderen ausländischen Handel erhalten hat.

Im eigenen Land entwickelt sich vor allem die Textilindustrie. Japanische Baumwollwaren sind auch in Südamerika in scharfem Vordringen. Um der Gefahr der Lieferung minderwertiger Waren vorzubeugen, beabsichtigt Japan eine amtliche Ueberwachung der Ausfuhr von Baumwollwaren einzurichten. Die Farbstoffindustrie dehnt sich weiter aus, wenngleich technisch die Erfolge noch mäßig sind. Die Wollschafzucht soll auf der Nordinsel Hokkaido so gefördert werden, daß Japan in 20 Jahren von der Wollzufuhr unabhängig zu werden hofft. Stark im Vordringen ist auch die japanische Pappeindustrie. Es fließt aber auch manches Tröpflein Wasser in den japanischen Wein. Die unsichere wirtschaftliche Lage im abgeschnittenen Sibirien hat die Regierung gezwungen, 80 Mill. Yen Darlehn an japanische Gläubiger russischer Schuldner vorzuschließen. Bemerkenswerter und weittragender ist, daß auch bis Japan die Entwertung des Geldes und neuzeitige soziale Forderungen gedrungen sind. Die höchst zulässige Arbeitszeit ist vom 1. September 1918 ab für alle Frauen und Mädchen und für Knaben unter 15 Jahren auf 12 statt bisher 14 Stunden ermäßigt worden. Die hohen Preise für Reis haben zu schweren Unruhen geführt, an denen sich in der gewerbereichen Provinz Osaka

Hunderttausende beteiligt haben und bei denen Hunderte von Polizisten gefallen sind. Unbequem ist den Japanern auch der finanziell kräftigere amerikanische Wettbewerb. In Korea hat sich amerikanisches Kapital zu  $\frac{4}{5}$ , einheimisches nur zu  $\frac{1}{5}$  an einer Gold- und Silbermine beteiligt, und an China beabsichtigt Amerika ein Darlehn von 25 bis 30 Mill. \$ zum Bau von 120 000 t Schiffsraum zu geben.

Auch in einigen britischen Kolonien hat sich des Wirtschaftslebens eine bemerkenswerte Regsamkeit bemächtigt. In Südafrika haben die Umsätze der verarbeitenden Industrien zum ersten Mal die des Bergbaues erreicht. Bemerkenswert ist auch die glänzende Lage der Textilindustrie in Britisch-Indien. Die Gewinne der Jute- und Baumwollspinnereien haben sich von 10 vH vor dem Krieg auf 60 vH gehoben; die Erzeugungsmenge hat um 50, die Zahl der Spindeln um 25 vH zugenommen. Für Britisch-Hinterindien ist die wichtigste Frage der Aussicht des Kautschukmarktes noch ungeklärt. Die von vielen nach Aufhören des Krieges erwartete Ueberproduktion wird von anderen bestritten, die an einen ungeheuren Aufschwung des privaten Kraftfahrwesens glauben.

In Europa sind wichtige Vorgänge der Beschluß, die Hälfte der Erzeugung der englischen Textilmaschinenindustrie zum Wiederaufbau der zerstörten belgischen und nordfranzösischen Betriebe zu verwenden, ferner das Bestreben der Ukraine, an die Stelle der Ausfuhr von Getreide die von Mühlenerzeugnissen zu setzen, endlich die beabsichtigte Einrichtung von Freihäfen in Petersburg, Abo und Cherson. Ueberall Pläne und Aussichten, nur für uns könnte alles grau in grau erscheinen. In der Türkei haben wir nach einem Bericht des »Neuen Orient« vorläufig so gut wie alle Zuneigung verloren; sogar die kleinbäuerlichen deutschen Kolonien in Syrien und Palästina sind bedroht, wobei übrigens die Zionisten immer nachdrücklicher Palästina für die Juden in den durch »politische und wirtschaftliche Notwendigkeiten gegebenen Grenzen« verlangen. Nur eine türkische Zeitung hat dem Entüstungssturm aller Blätter gegen

Deutschland in den Zeiten des Zusammenbruches würdig standgehalten und schrieb die auch bei uns gegen Mutlosigkeit beherzigenswerten Worte: »Deutschland wird besiegt. Aber im Kampf gegen wen? Im Kampf gegen den Bund des ganzen Erdballs. Keine Großmacht konnte Deutschland niederzwingen, kein Bündnis es besiegen. Erst nach fünfzig Monaten gelang es dem Bund der ganzen Welt, es bis zu einem gewissen Grade zurückzudrängen, das bedeutet, daß Deutschland die stärkste aller Nationen auf der Welt ist. — Die Deutschen bilden eines der größten Völker; in der künftigen Welt kann Deutschland wieder eine große Rolle spielen.« Auf eine ähnlich hoffnungsvolle Auffassung unserer Zukunft deutet eine Maßnahme in einem anderen Land. Japan hat gerade jetzt eine bedeutend erweiterte Pflege der deutschen Sprache in seinen Mittelschulen eingeführt. Gewiß, unsere Gegner sind überall im Vordringen, so ist z. B. ein großer Teil Russisch-Zentralasiens und Persiens von den Engländern besetzt, aber den Hunger und die sonstige wirtschaftliche Not haben sie nicht zu beseitigen vermocht, und daher geht allenthalben die Saat des Bolschewismus auf. Tatsache scheint, daß er, wenn auch nicht in den krassen Petersburger Formen, überall im Osten Fortschritte macht. Dafür sprechen die Vorgänge in der Ukraine, die Verständigung der Räteregierung mit manchen Kreisen der Kosaken, ebenso die Erklärung der einflußreichsten Schichten der Kirgisen im linken Mündungsgebiet der Wolga zum Bolschewismus. Hier steckt überhaupt das große Fragezeichen in der Rechnung unserer Gegner: Ist der Bolschewismus aufzuhalten oder nicht? wird er nicht selbst nach Indien dringen? Noch vor kurzem hieß es, in allem Durcheinander der östlichen Verhältnisse sei eines sicher, daß bei der Entente der absolute Wille zur Ausrottung aller Bolschewisten herrsche; in den letzten Tagen dagegen die Nachricht von der Annäherung Englands an die bolschewistischen Machthaber Rußlands durch die Zeitungen. Hofft England, die Gedankenwelt des Bolschewismus auf friedlichem Wege umformen zu können, ehe sie Indien erreicht?

In Deutschland beginnt man immer mehr theoretisch und praktisch Stellung zu den neuen Aufgaben und Verhältnissen der Wiederanknüpfung des Weltverkehrs zu nehmen. Hamburg, Bremen und Emden arbeiten an einer Vertiefung der Fahrinne, Königsberg fordert den Ausbau der auf deutschem Gebiet liegenden Teile der Wasserstraßen Königsberg-Kowno-Wilna, Königsberg-Kiew und Königsberg-Warschau. Für die Klärung weltwirtschaftlicher Fragen hat sich von Beginn dieses Jahres an die Zeitschrift »Weltwirtschaft« auf eine breitere Grundlage gestellt. Sie wird fortan gemeinschaftlich von der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft Berlin und dem Deutschen Ausland-Institut Stuttgart herausgegeben. Sie wirbt um stärkere Beteiligung der Praktiker aus Handel und Industrie an der Klärung weltwirtschaftlicher Fragen. Sie hofft ferner auch auf einen besseren Zusammenhalt der Auslandsdeutschen unter sich, als er vor dem Krieg vielfach bestanden hat. Zur Haltung der Auslandsdeutschen im engeren Sinn tritt die der Deutschstämmigen, wie sie insbesondere in Amerika und Rußland zahlenmäßig eine große Rolle spielen. Die Zeitschrift behandelt in ihrer ersten Nummer im neuen Gewande eine ganze Reihe grundsätzlicher Fragen. Zunächst wird das erst 1913 erlassene neue Gesetz über die Staatsangehörigkeit der Auslandsdeutschen besprochen und einige Erweiterungen und Abänderungen als wünschenswert bezeichnet. Bekanntlich erlischt nach diesem Gesetz die deutsche Staatsangehörigkeit nicht mehr wie früher nach zehnjährigem Aufenthalt im Ausland ohne Eintragung in die Listen eines Konsulats; andererseits verliert jetzt jeder die Reichsuntertanenschaft, der eine andere Staatsangehörigkeit erwirbt oder sich seiner Dienstpflicht entzieht. Von Bedeutung gegenüber den Auslandsdeutschen sind die neuen Steuerpläne. Sie sollen einer Abwanderung der Vermögen ins Ausland vorbeugen, dafür aber andererseits den deutschen Unternehmungsgeist, der ins Ausland drängt, nicht lähmen.

Andere Aufsätze erhoffen von dem jahrelangen Aufenthalt von Millionen Deutscher im Ausland die breite Verankerung der Auslandsinteressen

im Volk, die uns bisher geteilt habe. Man solle schon in der Schule die Auslandkunde in neuer Form pflegen, nicht mehr durch stumpfsinniges Auswendiglernen von geographischen Namen, sondern durch Einführung in die Zusammenhänge, z. B. durch Lehren wertvoller, aber zugleich interessanter Reisebeschreibungen. Ein Aufsatz untersucht, ob die freie oder die gebundene Wirtschaft die besseren Aussichten zur Wiederaufrichtung unseres Außenhandels biete. Neben die Tatsache, daß eine gewisse Weiterführung der gebundenen Wirtschaft schon entschieden ist und daß die meisten Wirtschaftstheoretiker sie für unvermindert halten, stellt er die Tatsache der Ablehnung durch weite Kreise von Handel und Industrie. Vielleicht vermögen es der in der Bildung begriffene »Deutsche Wirtschaftskongreß«, der aus 600 Vertretern von Handels- und Gewerbekammern, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden bestehen soll, und der vom Auswärtigen Amt eingereichte Beirat der handelspolitischen Abteilung, einheitliche Gedanken in unsere Außenhandelspolitik zu bringen, die der Verfasser des Aufsatzes bisher beim Reichswirtschaftsamt vermißt, das ihm mehr zu bremsen als zu führen scheine. Ein weiterer Aufsatz fordert, daß die Nahrungsmit-

telbeschaffung nicht gegenüber der Rohstoffbeschaffung zurückgestellt werde. Der Zusammenbruch als Folge jahrelanger Unterernährung sei nach dieser Richtung ein warnendes Beispiel. Einen trüben Beigeschmack haben Ausführungen über die weitgehende Verwendungsmöglichkeit von Flugzeugen in den Kolonien, von denen wir nicht wissen, ob wir sie zurückerhalten.

Die ungeheuren praktischen Schwierigkeiten der Wiederaufnahme der Außenhandelsbeziehungen zeigt die Lage gegenüber Rußland. Dort ist die städtische Bevölkerung verarmt während sich der Wohlstand der Bauern ungemein gehoben hat. Es gilt daher, ganz neue kaufkräftige Schichten aufzusuchen. Wie soll das abgemacht werden, da aller Außenhandel nationalisiert ist? Alle Handelschäfte mit ausländischen Staaten und ausländischen Firmen dürfen nur durch besondere Regierungsstellen abgeschlossen werden, jedes Geschäft mit dem Ausland unter Umgehung dieser Stellen ist verboten. Außenhandelskommissionen sollen für die einzelnen Warengruppen die Pläne des Warenaustausches mit dem Ausland aufstellen. Wie man sich in Rußland die Durchführung dieses Systems im einzelnen denkt, ist noch eine offene Frage.

Dr. Otto Goebel

## INDUSTRIE UND BERGBAU.

### Die Kohlenpreise in England während des Krieges.

Die englische Zeitschrift »The Iron and Coal Trades Review« enthält Aufzeichnungen über die Entwicklung der Kohlen- und Kokspreise der letzten Jahre in England. Sie sind von A. Arglander, Berlin, in der Zeitschrift »Stahl und Eisen« unter Beifügung von Schaubildern wiedergegeben. Wir entnehmen ihnen das Folgende:

In den letzten Monaten vor Ausbruch des Krieges waren die Kohlen- und Kokspreise in England durchschnittlich 7 vH gefallen. Nach vorübergehender unwesentlicher Steigerung zu Beginn des Weltkrieges blieben sie noch bis zum Oktober 1914

niedrig, um sich alsdann, namentlich zu Anfang des Jahres 1915, in schnell aufsteigender Linie zu bewegen. Der Aufschlag, der teilweise über 100 vH betrug, fand seinen Grund in Arbeitsmangel, Verminderung der Förderung bei vergrößerter Nachfrage, erhöhten Gestehungskosten, Lohnsteigerungen, Verkehrsschwierigkeiten und in der Verminderung der Ausfuhr, die vornehmlich durch den Ausfall an verfügbarem Handelsschiffsraum bedingt wurde und die Kohlenfirmen anspornte, den ihnen im Auslande entgangenen Gewinn im Inlande wieder einzuholen.

Ueber den Rückgang der Kohlenförderung und die Verminderung der Ausfuhr gibt die folgende Zusammenstellung Aufschluß.

	Kohlen- förderung Mill. t	Kohlen- ausfuhr Mill. t
1913	287,4	73,4
1914	265,6	59,0
1915	253,1	43,5
1916	255,8	38,4

Die Steigerung der Kohlenpreise im Frühjahr 1915 ist vor allem auf die in dieser Zeit erfolgten Lohnsteigerungen zurückzuführen, die bei der Knappheit an geeigneten Kräften und einer das Angebot weit übersteigenden Nachfrage erklärlich sind. Schon im Dezember 1914 betrug die Anzahl der in das Heer eingestellten im Kohlenbergbau beschäftigten Arbeiter etwa 20 vH, während neue geeignete Arbeiter nicht vorhanden waren und die aus anderen Industrien übernommenen Arbeitskräfte die Leistung des alten bewährten Arbeiterstammes auch nicht annähernd erreichen konnten. Dazu kam ein großer Mangel an Grubenholz, das vor dem Kriege aus Frankreich und Rußland eingeführt worden war. Auch durch die Unregelmäßigkeit des Güterverkehrs wurde die Preisbildung der Kohlen beeinflusst, da die Eisenbahnen durch Truppenbeförderungen in Anspruch genommen waren und wegen Einschränkung der Küstenschifffahrt die sonst auf dem Wasserwege verfrachteten Güter auf dem Landwege befördert werden mußten. Die Bevorzugung des Eisenbahnweges für die Kohlenbeförderung belastete das Schienennetz in so hohem Maße, daß die englische Regierung zu einer Regelung des gesamten inländischen Kohlenverkehrs greifen und durch ein im September 1917 in Kraft getretenes Gesetz verhindern mußte, daß die Kohlen zwischen Grube und Verbrauchsort unnötig lange Eisenbahnwege zurücklegen. Es wurde zu diesem Zweck das ganze Land in 20 Kohlenbezirke eingeteilt, denen bestimmte Versorgungsgebiete zugewiesen wurden.

Um die andauernden Preissteigerungen aufzuhalten, wurde zu Anfang 1915 ein Ausschuß eingesetzt, welcher die der Kohlenindustrie zugrunde liegenden Bedingungen und die Ursachen der ungewöhnlich hohen Preise

untersuchen sollte. Auf Grund des Berichtes dieses Ausschusses nahm die englische Regierung eine amtliche Ueberwachung der Förderung in Aussicht, falls nicht die Preise auf einen vernünftigen Stand heruntergesetzt würden. Die Androhung der staatlichen Aufsicht sowie Anordnungen des Munitionsministeriums und anderer Behörden hatten den Erfolg, daß die Preise wesentlich zu sinken begannen.

Ein beträchtliches Sinken der Preise wurde weiter im Juni 1915 durch das Grenzpreis-Gesetz (Coal Price Act) bewirkt, das durch einen parlamentarischen Kohlenausschuß vorbereitet war. In diesem Gesetz waren zwar noch keine Höchstpreise für die einzelnen Kohlenarten festgesetzt, wohl aber war darin die Bestimmung enthalten, daß der Aufschlag auf die Preise ab Grube höchstens 4 sh für 1 t gegenüber dem entsprechenden Preise des Jahres 1913/14 betragen dürfe, und daß die Notwendigkeit dieses Preisaufschlages der Handelskammer nachgewiesen werden mußte. Für die Benutzung von Fuhrwerken durften die Gruben nicht mehr als 50 vH auf den Preis gleichartiger Eisenbahnverfrachtungen anrechnen. Das Gesetz ist indessen nicht mit allzu großer Strenge gehandhabt worden.

Der Preisherabsetzung stand eine wesentliche Steigerung der Gestehungskosten durch erhöhte Lohnforderungen der Arbeiter gegenüber, die an verschiedenen Orten Ausstände organisierten und in manchen Zeiten sogar Durchschnittslöhne von 15 sh für den Tag durchzusetzen vermochten.

Im Frühjahr 1916 wurden, um der Preissteigerung auf dem Koksmarkt zu begegnen, für einige Koksarten Höchstpreise bestimmt, während die übrigen Brennstoffe, die dieser Verfügung nicht unterworfen waren, noch weiter im Preise stiegen. Dies trat besonders angesichts der in Aussicht gestellten Beschränkung der Außenhandelspreise und Frachtsätze ein, bis im Juli 1916 die Regierung eine Aufsicht über den Kohlenhandel mit Frankreich und Italien auszuüben begann und mit Ausnahme der Cannelkohle Höchstpreise für Kohlen festsetzte. Die eigene Vergütung der Ausfuhrhändler wurde auf 50 vH des

Preises der Kohlen an Bord, höchstens auf 1 sh für 1 t beschränkt. Dabei erreichte aber der Höchstpreis für einige Kohlensorten fast die doppelte Höhe der im Juli 1914 verzeichneten Preise, während die Frachtsätze um durchschnittlich 600 bis 700 vH stiegen. Zur Regelung der Kohlenhandelsbeziehungen zwischen den verbündeten Mächten wurden in jedem Bezirk zwei Ausschüsse eingesetzt, von denen der eine die Zuweisung der Zufuhren an die Händler bewirkt, während der andere die eingegangenen Aufträge an die Gruben zu verteilen, Dampfer zu mieten, -Ausfuhrbewilligungen zu beschaffen und alle Abmachungen mit

den Kohlenbergwerken, Eisenbahnen, Werften und Zollbehörden zu treffen hat. Gegenüber den neutralen Staaten wurden dagegen die Kohlenpreise nicht beschränkt.

Die Preise, die zu Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges noch einmal eine beträchtliche Steigerung erfuhren, haben sich später wieder in absteigender Linie bewegt, als die Regierung, veranlaßt durch einen Grubenarbeiterausstand, das Handelsamt ermächtigte, jederzeit Besitz von den Kohlenbergwerken zu ergreifen unter Bedingungen, die erst nachträglich festgesetzt werden sollten, die Bergwerke also unter Zwangsverwaltung zu stellen.

## HANDEL UND VERKEHR.

**Der Orient-Export.** Praktische Ratschläge für Industriefirmen zu seiner Einrichtung und Ausgestaltung. Von Wilhelm K. Kubié, München. Berlin und Leipzig 1918, Verlag J. Schweitzer (Arthur Sellier). 134 S. Preis 4,40 M einschl. Teuerungszuschlag

Bedarf und Kaufkraft des in Aussicht genommenen Absatzgebietes oder die Möglichkeit, einen Bedarf an der betreffenden Ware durch Angebot und Reklame herbeizuführen, sind die Grundlagen jeder Ausfuhrfähigkeit. Die Absatzfähigkeit einer Ware hängt wesentlich von den allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen und Entwicklungen des Absatzgebietes ab, und es ist daher die gründliche Kenntnis von Volkswirtschaft, Handels- und Industriestatistik des betreffenden Landes die erste Voraussetzung jeder erfolgreichen Ausfuhrfähigkeit. Der Verfasser unterstreicht diese Anschauung von der Notwendigkeit eines breit angelegten Wissens über die einschlägigen Verhältnisse des Absatzgebietes, er beklagt aber, daß die Bücher, die zur Unterrichtung darüber zur Verfügung stehen, zu wenig auf die unmittelbaren Bedürfnisse des Erwerbslebens zugeschnitten sind. Kubié gibt daher für den nahen Orient seinen Landsleuten eine Ergänzung in seinen »Praktischen Ratschlägen«, wobei er als Wiener unter Landsleuten Reichsdeutsche und Oester-

reicher zusammen verstanden wissen will.

Man wird zunächst ganz allgemein dem Urteil des Verfassers über die Schwierigkeit der praktischen Auswertung der meisten Bücher volkswirtschaftlich-statistischen Inhalts für einzelne Länder beistimmen können. Zum Teil ist das unvermeidlich, da jede mit Zahlen und Tatsachen gespickte Beschreibung für den Ungeübten immer schwer lesbar bleiben wird, teilweise hängt es aber mit der pedantischen, sich gern in Unwesentliches verlierenden Art und der trockenen Darstellung zusammen, die manchen unserer volkswirtschaftlichen Schriftsteller eigen sind. Wo praktische Ratschläge an sich vorhanden sind, gehen sie unter der Fülle des anderen Stoffes unter. Man wird bei allen Wünschen, die volkswirtschaftlich-statistischen Länderbeschreibungen weniger trocken gestaltet zu sehen, grundsätzlich Kubiés Weg für richtig halten müssen, als Ergänzung zur allgemeinen wirtschaftlichen Landeskunde besondere Bücher mit praktischen Ratschlägen für den Geschäftsmann zu verfassen, wie es übrigens in der englischen Literatur in ähnlicher, wenngleich weniger systematischer Weise häufiger geschieht. Zugleich kann Kubiés Buch den wichtigen Zweck erfüllen, abschreckend auf schwache, zur Ausfuhrfähigkeit ungeeignete Firmen zu



wirken, denn es überrascht selbst den Fachmann durch die Beschreibung der vielen Voraussetzungen, Einrichtungen und Schwierigkeiten, die für die Orientausfuhr berücksichtigt werden müssen, will man nicht sicheren Verlusten entgegengehen.

In übersichtlicher Weise werden die Erfordernisse des inneren Aufbaues sowie der Eigenschaften und Kenntnisse der notwendigen Kräfte für eine nach dem Orient ausführende Firma dargelegt, die Nachteile des unmittelbaren Absatzes oder des Vertriebes durch Reisende auseinandergesetzt, das Arbeiten durch Kommissionäre oder bei technischen Firmen durch eigene Zweighäuser, in gewissen Fällen auch durch inländische berufsmäßige Exporteure empfohlen und an der Hand eines Mustervertrages mit einem Kommissionär näher erläutert. Der zweite, erheblich kürzere Teil des Buches geht auf die Technik der Angebote und Lieferungen ein: Behandlung von Mustern und Warenproben, Art der Angebote und Kataloge, Ausführungsvorschriften und Liefertermine, Verpackung, Versendung, Versicherung und Zahlungsverkehr werden besprochen und wertvolle Erfahrungen vermittelt. Ein weiterer Teil bespricht Wege und Wirkung der Propaganda, die im Orient eigenartige, von anderen Ländern abweichende Voraussetzungen hat. Ein Schlußteil springt aus dem Hauptinhalt heraus und stellt gewissermaßen eine Brücke zur volkswirtschaftlichen Darstellung her, indem einige der wichtigsten Handelsgesetze der neuzeitigen Türkei wiedergegeben sind.

In der Darstellung der Technik der Ausfuhr habe ich ein Eingehen auf die Frage der Leistungs- und Haltbarkeitsgarantien vermißt, die insbesondere bei der Lieferung von Maschinen eine wichtige Rolle spielen. In einem Punkt bin ich mit dem Verfasser nicht einverstanden. Er schreibt Seite 37: »Sollte sich jedoch trotzdem eine Firma zur Entsendung von Reisenden nach der Levante bestimmen lassen, so muß ihr dringend empfohlen werden, hierzu nur Reisende im Monatsgehalt zu verwenden, sogenannte Provisionsreisende oder Kollektivreisende (d. i. ein Reisender für mehrere Firmen) aber vollstän-

dig auszuschalten.« Es ist nicht die Warnung vor Aussendung von Reisenden, die ich bekämpfen möchte, wohl aber die, wie mir scheint, grundsätzlich gedachte Ablehnung des Gedankens, daß sich mehrere Firmen mit ähnlichen Erzeugnissen gemeinsam vertreten lassen sollen. Ich kenne alle Bedenken, die man dagegen anführt, da ich schon vor 10 Jahren als Handelssachverständiger des Deutschen Reiches mich bemüht habe, dem Gedanken gemeinsamer Vertretung auf gering entwickelten Absatzgebieten Raum zu schaffen, und doch ist es nötig, jetzt doppelt nachdrücklich auf diesen Gedanken zurückzukommen. Wir können uns den Luxus großer Spesen und des Gegeninandeinarbeitens von Landsleuten auf demselben Markt nicht mehr leisten. Es wird Sache der Erziehung des Erwerbslebens sein, auch hierin das Gemeinsame über das Trennende zu stellen. Die Erfahrungen der gebundenen Wirtschaft des Krieges haben die Möglichkeiten gemeinsamen Arbeitens außerordentlich vermehrt. Vieles, was früher als Geschäftsgeheimnis gehütet wurde, hat heute diese Bedeutung nicht mehr. Im Verteilen und im Ausgleich von Aufträgen und Gewinnen hat man brauchbare Erfahrungen gesammelt, man hat gelernt, sich gemeinsamen Notwendigkeiten einzuordnen. Die meisten haben erkannt, daß dabei des einzelnen Weizen genau so oder auch besser blühen kann, als im Kampf aller gegen alle. Und werden den alten Zustand zurückführen möchte, wird sich daran gewöhnen müssen, daß das nicht in seiner Macht liegt.

Auch dem Ingenieur kann das Buch Kubiés empfohlen werden. Unter sehr erschwerten Bedingungen erscheint der deutsche Maschinenbau wieder auf dem Weltmarkt. Unsere Vorzugsstellung, mit der Kubié noch im April 1918, als er sein Buch schrieb, in Beziehung auf die Türkei rechnen zu können glaubte, gehört zunächst der Vergangenheit an. Den geschäftsleitenden Ingenieuren, von denen der Krieg viele, die mit Ausfuhrgeschäften noch nichts zu tun gehabt haben, in ihre leitenden Stellungen gebracht hat, muß ein Einblick in die Schwierigkeiten und Er-

fahrungen der Ausfuhr und das Verständnis für die vielseitigen Kenntnisse des Ausfuhrkaufmannes, mit dem der Ingenieur in gegenseitiger Ergänzung zusammenarbeiten muß,

**Rußland ohne Polen:**

	Versand nach deutschen Gebieten	Empfang aus deutschen Gebieten
Provinz Ostpreußen	501 130 t	36 543 t
Westpreußen und die Weichsel in Posen	78 247 „	1 729 „
Oder in Pommern	312 „	—
Dortmund-Ems-Kanal	50 „	—
Rhein-Preußen	3 143 „	8 790 „
<b>zusammen</b>	<b>582 882 t</b>	<b>47 062 t</b>

**Polen:**

Westpreußen und die Weichsel in Posen	232 648 t	113 004 t
Posen ohne die Weichsel	117 436 „	7 282 „
Oder in Pommern	770 „	—
Märkische Wasserstraßen	140 384 „	—
Mittlere Elbe bis Hamburg	—	823 „
Saale und Unstrut	—	603 „
<b>zusammen</b>	<b>491 238 t</b>	<b>121 712 t</b>

willkommen sein. Man lese nach dieser Richtung hin die für alle Auslandsmärkte mehr oder weniger gültigen Ausführungen auf Seite 67 bis 31 des Kubiéschen Buches über Vorzüge und Nachteile der Vertretung durch Kommissionäre oder durch

Es hat betragen	1911	1912	1913
die Zufuhr	522 542	514 508	594 009
der Absatz nach Rußland	430 000	420 000	420 000
„ „ Ostpreußen	104 560	99 807	115 323

eigene Zweigniederlassungen, ein Gebiet, auf dem mangels genügender Vorstudien selbst von den größten Firmen vielfach außerordentlich gesündigt worden ist.

Dr. Otto Goebel.

**Rußlands Wasserstraßen und Häfen und ihre Verkehrsbeziehungen zu Deutschland.**

Das ehemalige Russische Reich besitzt in seinem europäischen Teil eine große Menge ausgedehnter, zu Schifffahrtswegen ausgebauter Flüsse und Ströme, welche durch wohlüberlegte Kanalsysteme zu einem großartigen Wasserstraßennetz vereinigt sind. Der Verkehr auf diesem gesamten Wasserstraßennetz endet im Westen an der Ostsee und ermöglicht hier ausgedehnte Beziehungen zu den Häfen und Wasserstraßen Deutschlands. Für Rußland kommen hierbei in Frage die Häfen von St. Petersburg, Reval, Pernau, Riga, Windau und Libau, für Deutschland Königsberg (Ostpr.), Dan-

zig, Stettin und Lübeck. Nach den bezüglichen Zusammenstellungen der Statistik des Deutschen Reiches für das Jahr 1913 hat sich dieser Verkehr, wie folgt, gestaltet:

	Versand nach deutschen Gebieten	Empfang aus deutschen Gebieten
zusammen	582 882 t	47 062 t
zusammen	491 238 t	121 712 t

Die im Nachstehenden aufgeführten Zahlen und sonstigen Angaben sind den Jahresberichten der Kaufmannschaften der einzelnen Hafenstädte entnommen.

In Königsberg spielt der Heringshandel eine sehr bedeutende Rolle.

	1911	1912	1913
Faß	522 542	514 508	594 009
der Absatz nach Rußland	430 000	420 000	420 000
„ „ Ostpreußen	104 560	99 807	115 323

Als deutscher Einfuhrplatz von Herings wird Königsberg nur von Stettin übertroffen, dagegen übertrifft es Hamburg, Danzig, Riga und St. Petersburg und steht Libau ungefähr gleich.

Die Getreide-Ein- und Ausfuhr nach und von Rußland ist im Jahre 1913 infolge schlechter Ernte und sonstiger Verhältnisse ungünstig beeinflusst gewesen gegen sonst, desgleichen die Einfuhr von russischen Hülsenfrüchten. In runden und beschlagenen Hölzern russischer Herkunft hat die Gesamteinfuhr im Memelstromgebiet im Jahre 1913 2212323 cbm gegenüber 2074532 cbm im Vorjahre betragen. Nach Königsberg wurden hiervon eingeführt im Jahre 1913 1056590 cbm und von Königsberg ausgeführt, und zwar zum größten Teil seewärts, 263957 cbm. Nach einer Bemerkung im Jahresbericht war das Jahr für den Holzhandel gegen sonstige Jahre als ungünstig zu bezeichnen. Der Petroleumverkehr war im Berichts-

ahre wegen andauernd hoher Preise im Kaukasus gleichfalls gering.

In Königsberg-Pillau sind im Berichtsjahre von Rußland auf dem Seewege eingegangen insgesamt 66 Schiffe mit 97643 cbm, darunter 62 Dampfer mit 95392 cbm, ausgegangen nach Rußland sind in der gleichen Zeit 176 Schiffe mit 304194 cbm, darunter 153 Dampfer mit 297582 cbm. Seewärts eingegangen sind in Königsberg-Pillau an Waren im Berichtsjahre überhaupt 959803 t, darunter von Rußland 38978 t, ausgegangen überhaupt 787246 t, darunter nach Rußland 363 t.

Auch in Danzig hat der Verkehr im Berichtsjahre nicht die sonstige Höhe erreicht. Der Getreidehandel hat unter der schlechten Ernte des

Weichsel, also in der Hauptsache aus Rußland, hat betragen:

1913	365 057 cbm	Wert	15 494 800 M
1912	374 920	»	15 095 000 »
1911	174 030	»	7 058 000 »

Von diesen Mengen ist seewärts nach Rußland nichts versandt.

Weiter sind seewärts von Rußland in Danzig eingegangen:

an Petroleum	1913	15 517 t
	1912	22 742 »
	1911	19 369 »
an Kochsalz	1913	4 835 »
	1912	—
	1911	17 761 »

Ueber den Eingang von See und den Abgang nach See von Schiffen unter russischer Flagge gibt die nachstehende Zusammenstellung Aufschluß.

Herkunft	Dampfer		Segelschiffe		Seeleichter		zusammen	
	Zahl	Registertonnen	Zahl	Registertonnen	Zahl	Registertonnen	Zahl	Registertonnen
Eingekommen von Rußland	40	19 247	4	442	12	7 460	65	27 149
überhaupt	2296	869 227	548	256 038	66	30 672	2910	924 837
Ausgegangen nach Rußland	49	18 993	4	442	11	8 788	64	27 623
überhaupt	2287	884 649	521	24 592	47	27 613	2833	936 854

Jahres, der Holzhandel von Rußland unter anhaltendem Hochwasser der Weichsel gelitten.

An Heringen wurden im Berichtsjahre und den beiden vorangegangenen Jahren in Danzig eingeführt:

		1913	1912	1911
aus Großbritannien	Faß	190 213	213 295	190 018
„ Holland	„	38 781	6 337	30 461
„ Skandinavien	„	2 506	224	413
„ Deutschland	„	10 464	8 168	20 771
zusammen	Faß	241 964	228 024	256 663
im Gesamtwerte von	M	9 436 596	8 208 764	8 271 879

Drei Fünftel von dieser gesamten Einfuhr sind nach Rußland weitergegangen.

Auf dem Seewege sind im Berichtsjahre von Danzig nach Rußland und Finnland versandt worden 648 t Weizenmehl und 11 326 t Roggenmehl.

Eine sehr bedeutende Rolle im Handel von Danzig spielt der russische Zucker, wovon im Berichtsjahre nach Rußland und Finnland auf dem Seewege abgegangen sind 37923 t. Die Zufuhr Danzigs an Holz auf der

Auch der Bericht der Vorsteher der Kaufmannschaft von Stettin hebt die Einwirkung der politischen Lage auf die wirtschaftliche Entwicklung und Gestaltung des Jahres 1913 und seine Folgen hervor. Der Gesamteingang

	1913	1912	1911
an Waren betrug im Berichtsjahre und dem Vorjahre:			
1913 von Rußland	278 603 t		
1912 »	217 838 t		
1913 von Finnland	10 653 t		
1912 »	17 446 t		

Der Gesamtausgang betrug

1913 nach Rußland	134 275 t
1912 »	136 354 t
1913 nach Finnland	115 461 t
1912 »	99 828 t

Wir wollen diesen Zahlenangaben noch hinzufügen, daß in der Seehafenstadt Stettin die Neue Dampfer-Com-

pagnie besteht, welche mit ihren 22 Dampfern einen regelmäßigen, durch den Krieg leider sehr stark beeinträchtigten Verkehr mit Danzig, Königsberg, Lübeck, Reval, St. Petersburg, Stockholm und London unterhält.

Den seewärtigen Verkehr von Lübeck beleuchten folgende Zahlen:

		1913	
Einfuhr . . . . .	1 446 500 t	im Werte von	169 600 000 M
Ausfuhr . . . . .	540 930 t	» » »	284 100 000 »
zusammen		1 987 430 t	im Werte von 453 700 000 M

		1912	
Einfuhr . . . . .	1 229 000 t	im Werte von	152 800 000 M
Ausfuhr . . . . .	521 800 t	» » »	200 000 000 »
zusammen		1 750 800 t	im Werte von 352 800 000 M

An Seeschiffen gingen	ein		aus	
	Zahl	Tragfähigkeit	Zahl	Tragfähigkeit
1912 . . . . .	3906	885 460 t	3924	894 696 t
1913 . . . . .	4546	1 003 527 t	4538	1 004 297 t

Der Handel mit Rußland hat 1913 der Menge nach um 59 485 t und dem Werte nach um 22,5 Mill. M günstiger als im Jahre 1912 abgeschlossen. Die Einfuhr von Rußland stellte sich um 185 000 t im Werte von 35,3 Mill. M höher als im Vorjahre. Die Ausfuhr nach Rußland, 1 345 977 t im Werte von 70,2 Mill. M, ging um 23 316 t im Werte von 20,8 Mill. M über die vom Jahre 1912 hinaus.

Der Gütertausch mit Finnland erreichte 231 828 t mit einem Werte von 68,9 Mill. M.

In gegenseitigem Seeverkehr steht

Lübeck mit den russischen Seehäfen St. Petersburg, Reval, Riga und Libau und mit Finnland. An diesem Verkehr sind u. a. die Hanseatische Dampfschiffahrtsgesellschaft und die Riga-Lübecker Dampfschiffahrtsgesellschaft beteiligt.

Als Besonderheit wollen wir zu den vorstehenden, den Verkehr beleuch-

tenden Zahlen noch hinzufügen, daß die Dresdener Maschinenfabrik und Schiffswerft in Uebigau bei Dresden im Jahre 1896 für das Kaspische Meer drei Transportdampfer von rd. 50 m Länge, 50 m Breite und 3,55 m Tiefe. Diese Schiffe wurden auf der Elbe bis Hamburg, von Hamburg durch den Kaiser Wilhelm-Kanal nach Kiel, weiter über die Ostsee nach St. Petersburg und von hier aus auf der Newa, durch den Verbindungskanal zur Wolga und auf dieser nach dem Kaspischen Meer geführt.

Düsing, Reg.- u. Geh. Baurat.

## WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT UND -POLITIK.

### Ein Reichs-Energiegesetz.

Das Reichswirtschaftsamt bereitet zurzeit eine Reihe von Gesetzentwürfen über die reichsgesetzliche Regelung der gesamten Energieversorgung vor. Der frühere Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, Dr. August Müller, legte hierfür kürzlich die Haupttrichtlinien dar. Maßgebend bei einer etwaigen Sozialisierung darf nur die Entscheidung sein, ob der Wirkungsgrad unseres Wirtschaftslebens durch andere und neue Formen günstiger wird, ob also die Allgemeinheit davon einen größeren Nutzen hat als bisher. Der heute laut werdende Ruf »Die Bergwerke den Bergarbeitern!« hat weder mit

Sozialismus, noch mit Sozialisierung etwas zu tun; das Reichswirtschaftsamt lehnt daher auch die willkürlichen Sozialisierungsmaßnahmen, die im Kohlenrevier zur Anwendung gekommen sind, ab. Dagegen sprechen für gewisse Schritte auf dem Wege der Sozialisierung technische, soziale und finanzpolitische Gründe. Das Ziel ist die möglichst rationelle Ausnutzung der vorhandenen Energiequellen. Bei der Kohlen- und Wasserkraftverwertung hat eine Gemeinwirtschaft in höherem Umfange als bisher einzusetzen, damit die in den verschiedenen Gebieten des Deutschen Reiches vorkommenden Energiequellen einheitlich ausge-

nutzt werden und insbesondere der jetzt vielfach unwirtschaftliche und verschwenderische Verbrauch der Kohle in Zukunft durch weitgehende Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse eingeschränkt werden wird. Bei der Neuordnung sollen die hauptsächlich auf privatem Wege bisher entstandenen Organisationen, Syndikate und Konventionen benutzt und in öffentliche Einrichtungen umgewandelt werden. Der begabten Persönlichkeit wird nach wie vor Gelegenheit gegeben werden, ihre Fähigkeiten entsprechend zu betätigen, sie wird auch den vielfach als Anreiz nicht zu entbehrenden höheren Ertrag ihrer Arbeit genießen.

Zunächst ist der Erlass eines Rahmengesetzes über die Energiewirtschaft geplant, das die Grundlagen schaffen soll und auf dem Grundsatz der Selbstverwaltung und der staatlichen Ueberwachung aufgebaut ist. Als Ausführungsgesetze sind dann ein Reichskohlengesetz und ein Reichs Elektrizitätsgesetz vorgesehen.

Das Rahmengesetz bestimmt, daß das Reich befugt ist, die Ausnutzung von Brennstoffen, Wasserkräften und anderen Energiequellen und der aus ihnen gewonnenen Energie nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu regeln. Es kann hierfür Stellen einrichten; die beteiligten privaten Kreise sollen zur Mitarbeit herangezogen werden. So zusammengeschlossene Gruppen werden Träger der Selbstverwaltung auf dem Gebiete der Energiewirtschaft; an der Leitung sind das Reich und die Bundesstaaten beteiligt.

Auf dem Gebiete des Elektrizitätswesens geht das Vorhaben der Regierung dahin, die heute noch stark zersplitterte Industrie — man zählt an 400 Firmen und Gesellschaften, von denen ein sehr großer Teil recht klein ist — so zusammenzufassen, daß die schwachen ausgeschaltet, die gesunden gefördert werden. Das ganze Reich soll in Versorgungsgebiete eingeteilt werden, die nach technisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkten festgelegt werden. Innerhalb dieser Gebiete sollen zur Vermeidung eines ungesunden Wettbewerbes die Unternehmer zusammengeschlossen werden. Damit hofft man die höchste wirt-

schaftliche Ausnutzung der Energie über weite Gebiete hin zu sichern. Innerhalb der Verbände soll die freie Initiative und die Persönlichkeit voll zur Geltung kommen. Eine Ausschaltung des privaten Unternehmers hält das Reichswirtschaftsamt auf dem Gebiete des Elektrizitätswesens wie im Bergbau für nicht möglich.

**Ueber die deutsche Landarbeiterfrage vor und nach dem Kriege** veröffentlicht Eberhard Rieger, Breslau, in »Schmollers Jahrbuch«<sup>1)</sup> einen umfangreichen Aufsatz, in dem zu der Frage, wie der Landwirtschaft nach dem Kriege die nötigen Arbeitskräfte zugeführt und dauernd erhalten werden können, Stellung genommen wird. Auch die Versorgung der Landwirtschaft mit Maschinen und ihre weitergehende Industrialisierung werden erörtert.

Ausgehend von dem Wesen der Wanderarbeit in der Landwirtschaft, die schon Jahrhunderte alt ist und sich überall da einstellt, wo in einem industriell aufstrebenden Lande der Landwirtschaft Arbeitskräfte in stetig steigendem Maße entzogen werden, führt der Verfasser an, daß in Deutschland an landwirtschaftlichen Arbeitern — abgesehen von den mitarbeitenden Familienmitgliedern — im Jahre 1895 3547057, im Jahre 1907 3171866 vorhanden waren. Ihre Zahl hat somit in diesem Zeitraum um rund 380000 Köpfe abgenommen, während sich die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter in demselben Zeitraum um mehrere Millionen vermehrt hat. Dabei ist das arbeitsfähigste Alter von 20 bis 40 Jahren in der Landwirtschaft mit 37,6 vH, in der Industrie mit 51,2 vH und im Handel mit 47 vH vertreten. Es wanderten also gerade die besten Arbeitskräfte vom Lande nach der Stadt ab.

Als Ersatz hat sich die Landwirtschaft mit ausländischen Wanderarbeitern beholfen, die zunächst aus dem Osten Deutschlands nach Mitteldeutschland kamen (Sachsengänger). Als diese z. T. nach Amerika auswanderten, z. T. von der westdeutschen Industrie aufgesaugt wurden, sind sie in steigendem Maße durch

<sup>1)</sup> 41. Jahrgang.

slawische Völker ersetzt worden. 1910 betrug die Zahl der Reichsausländer mehr als das Sechsfache der Zahl von 1871, sie ist in den Jahrzehnten 1895 bis 1900 bis 1905 annähernd je um 300 000 Köpfe gestiegen und betrug 1910 rund 1 260 000. Die Industrie hat hieran einen beträchtlichen Anteil. Der niedrige Kulturzustand dieser Zugewanderten — besteht doch der größte Teil aus Analphabeten — geht an Deutschland natürlich nicht spurlos vorüber, zumal bei der Sprachenverschiedenheit die Verständigung erschwert ist und der Arbeitgeber daher keine Einwirkung auf die Wanderarbeiter ausüben kann.

Herkunftsländer der ausländischen Arbeiter waren hauptsächlich Rußland und Oesterreich-Ungarn, daneben stammten nicht unbeträchtliche Mengen aus den Niederlanden, Belgien, Skandinavien und der Schweiz. Von 397 000 Fremdarbeitern, die die beiden zuerst genannten Länder abgaben, waren im Jahre 1912 13 316 000 oder 80 vH Polen, die zu  $\frac{5}{6}$  aus Russisch-Polen, zu  $\frac{1}{6}$  aus Galizien kamen. Als zweite Gruppe folgen 52 000 Ruthenen und 12 000 Deutsche. Die Wanderarbeiterfrage stellt sich also im wesentlichen als eine Polenfrage dar. Der Grund der Auswanderung aus Polen ist hauptsächlich die Uebervölkerung der ländlichen Gebiete, in denen es an verfügbarem Land zur besseren Ausstattung der Bauern fehlt. Während durch ungesunde Agitation und die Tätigkeit von Agenten der überseeischen Verkehrsgesellschaften alljährlich Tausende von polnischen Arbeitern nach unbekanntem Ländern getrieben wurden, verließen die meisten das Land nur auf einige Zeit, meistens nur auf etwa 10 Monate, um, nachdem sie bei mehrfacher Wiederholung der Wanderung genügende Ersparnisse gemacht hatten, dauernd in die Heimat zurückzukehren und sich dort anzusiedeln oder ihren Besitz zu vergrößern. Die Ersparnisse, die die polnischen Arbeiter in Deutschland gemacht haben, beliefen sich im Jahre 1914 auf rd. 19  $\frac{1}{2}$  Mill. M. Für die galizischen Arbeiter liegt der Grund der Auswanderung in der Bewirtschaftungsmethode und der Arbeitseinteilung der galizischen Gutsbesitzer, bei denen die Arbeiter nur

von Mitte April bis Mitte Oktober beschäftigt werden, während sie in Deutschland von Anfang März bis in den Dezember hinein, also etwa  $\frac{1}{4}$  Jahr länger Arbeit finden.

In der Zukunft wird mit einer Versorgung unserer Landwirtschaft mit ausländischen Arbeitern in dem vorstehend angegebenen Umfange nicht zu rechnen sein. Dazu ist die Zahl der einheimischen Land- und Gemeindearbeiter auf Jahre hinaus erheblich vermindert und die Leistungsfähigkeit der Kriegsbeschädigten auf dem Lande wenigstens in den ersten Jahren nach dem Kriege niedrig anzuschlagen. Es besteht somit für uns die große Gefahr, daß die Landwirtschaft mangels Arbeitskräften ihre Erzeugung vermindern muß. Dabei kommen aber nicht nur die Großbetriebe sondern auch die kleinen bäuerlichen Betriebe in Betracht. Von einer Deckung des Bedarfes aus einer Rückwanderung von Deutsch-Amerikanern wird kaum die Rede sein dürfen, auch Deutsch-Russen werden einen Ersatz für die fehlenden Arbeiter nicht bieten können, weil sie durch die russische Ausrottungspolitik fast gänzlich aus Europa vertrieben und in Sibirien neu angesiedelt worden sind. Uebrigens sind diese Deutsch-Russen in ihrer Mehrzahl nicht einfache Landarbeiter, sondern freie Bauern, für die nur eine Ansiedelung auf mittleren Bauernstellen von etwa 15 bis 20 ha in Frage kommt.

Wird so der Arbeitermangel unmittelbar nach dem Kriege in der Landwirtschaft recht fühlbar werden, so kann man doch damit rechnen, daß in absehbarer Zeit wieder polnische Arbeiter in größerer Zahl nach Deutschland kommen werden, weil die außerordentliche Bevölkerungszunahme in Polen, namentlich auf dem Lande, die Arbeiter zur Wanderung zwingen wird. Wir müssen eine weitgehende Arbeitersparnis in der Landwirtschaft durchführen. Hierfür kommt in erster Linie die Verwendung von Maschinen in Betracht, durch die in hohem Maße Menschen und Zugtiere ersetzt, die Arbeitsleistung der Kriegsbeschädigten aber bis zur Volleistung des gesunden Arbeiters gesteigert werden kann.

Für die maschinelle Bewirtschaftung des Landes wird die Ausdehnung der elektrischen Kraftübertragung von besonderer Bedeutung. Allerdings darf nicht damit gerechnet werden, daß Ueberlandzentralen, die nur auf landwirtschaftliche Abnehmer eingestellt sind, bei der wechselnden und nur während einer verhältnismäßig kurzen Zeit im Jahre stattfindenden Ausnutzung wirtschaftlich sein werden. Auch ist zu befürchten, daß ärmere Gemeinden, die die hohen Anlagekosten für die Leitung und Kraftzeugung nicht decken können, von der Belieferung mit elektrischem Strom ausgeschaltet werden, wodurch sich die Ungunst ihrer Lage noch verschärfen würde. Es ergibt sich daraus die Notwendigkeit der Errichtung von Elektrizitätsgenossenschaften, wie solche im Anschluß an einzelne im Bau befindliche Ueberlandzentralen bereits in großer Anzahl namentlich in Pommern entstanden sind.

Eine weitere Ersparnis an Arbeitskräften kann durch die Einführung eines staatlichen Motorlastwagenbetriebes erreicht werden, wobei Tausende der nach dem Kriege frei gewordenen Lastwagen der Heeresverwaltung Verwendung finden könnten. Nach dem Vorbilde der bayerischen Landtransportgesellschaften könnte auch in anderen Teilen Deutschlands ein Zubringersystem zur Eisenbahn geschaffen werden, das in regelmäßiger Folge die einzelnen Wirtschaften mit dem Markte in Austauschverkehr bringt und dem es daher an Transportaufgaben während des ganzen Jahres nicht mangeln würde. Ueberraschende Ausnutzungsmöglichkeiten für Grund und Boden, andere Verwertungsmöglichkeiten und ganz neue Marktlagen würden durch solche Zeit und Arbeit ersparenden Transportbetriebe geschaffen werden.

Die gesteigerte Verwendung von Maschinen in Verbindung mit einer Elektrisierung des platten Landes wird einen Industrialisierungsprozeß im ländlichen Arbeitsverfahren einleiten und damit auch die ländliche Arbeiterfrage weitgehend beeinflussen. Es wird der Bedarf an Qualitätsarbeitern für die Instandhaltung landwirtschaftlicher Maschinen in großbetrieblichen, von Maschi-

nenmeistern geleiteten Maschinenparks steigen, und die menschlichen Arbeitskräfte werden an der Stelle, an der sie eingesetzt werden, eine wachsende Bedeutung für die Erzeugung gewinnen. Diese wird gesteigert, der Wettbewerb zwischen Groß- und Kleinbetrieb wird gemildert und die sozialen Verhältnisse der Arbeiterschaft werden gehoben. Infolgedessen wird auch die Abwanderung vom Lande zurückgehen, es werden sogar gelernte Arbeiter aus der Industrie der Landwirtschaft zugeführt werden.

Neben der Rationalisierung der ländlichen Arbeitsverfahren durch geeignete Maschinenverwendung im Verein mit einer Elektrisierung des Landes kommen als wirksame Mittel zum Ausgleich der Arbeiterknappheit die Innenkolonisation, die ländliche Wohlfahrtspflege und die Schaffung landwirtschaftlicher Arbeitsämter in Frage.

Durch die Innenkolonisation sollen die alten Arbeitskräfte auf dem Lande aufgefrischt und die Arbeiter durch den Bau von Eigenheimen unabhängiger gemacht werden. Sie betätigt sich in der Schaffung von bäuerlichen Ansiedelungen und von Arbeitersiedelungen. Die ersteren, bei denen die Angesiedelten mit ihren Familien wirtschaften, ohne auf fremde Arbeitskräfte angewiesen zu sein, sind selbständige Wirtschaften, während die Angesiedelten der Arbeitersiedelung sich anderweit Arbeit suchen müssen. Von den ersteren sind im Zeitraum von 1886 bis 1913 durch die Ansiedelungsgesellschaften im ganzen etwa 40000 Kleinsiedelungen nach preußischem Rentenrecht errichtet worden. Bei den Arbeitersiedelungen kommt es in erster Linie auf den Bau geeigneter Wohnungen an, für die die Landesversicherungsanstalten billige Darlehn geben mußten. Daneben bedürfen die Schulverhältnisse und die Verteilung der Schullasten eingehende Berücksichtigung. Auch für die Frauenbildung auf dem Lande ist in weitgehendem Maße zu sorgen. Haushaltswanderkurse für erwachsene Mädchen und die Einführung des Haushaltssunterrichtes in die ländlichen Volksschulen werden Erfordernis. Daneben sind ländliche Fortbildungsschulen für die Jungburschen

anzustreben. Dem heranwachsenden Geschlecht muß die Aussicht auf sozialen Aufstieg, auf Erwerb von eigenem Grund und Boden eröffnet werden.

Besonders wichtig für das Seßhaftmachen der Arbeiter auf dem Lande ist die Schaffung von Nebenberufen im landwirtschaftlich-technischen Gewerbe. Als solche kommen Müllerei, Brennerei, Ziegelei und Molkerei in Betracht, ferner Zuckerfabriken und Kartoffeltrocknereien und im Anschluß an Mühlenbetriebe Sägewerke. Solche landwirtschaftlich-technische Unternehmungen können auch als kleine Betriebe maschinelle Erleichterungen ausnutzen, die sich sonst nur in Großbetrieben finden. Die landwirtschaftlich-technischen Gewerbe machen die ländliche Bevölkerung in der Befriedigung ihrer Bedürfnisse unabhängiger, je mehr sich solche, wie z. B. Bäcker, Fleischer, Tischler, Stellmacher, Schlosser, Schmiede, auf dem Lande ansiedeln.

Die Erwerbsgelegenheit der Landbevölkerung muß aber in erster Linie so beschaffen sein, daß sie auch im Winter gesichert ist, denn die Landflucht der Arbeiter ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Leute in der kalten Jahreszeit auf dem Lande mangels geeigneter Beschäftigung verarmten und sich nach dauernder Tätigkeit umsehen mußten. Es handelt sich somit vornehmlich um Wiedereinführung des ländlichen Hausfließes, der als Füllarbeit im Winter zu dienen hat und den örtlichen Verhältnissen insofern anzupassen ist, als ein wirklicher Bedarf an den zu verfertigen Gegenständen bestehen muß und sich die Grundstoffe möglichst in der Umgegend gewinnen lassen müssen. Eine Ausartung dieser winterlichen Heimarbeit in eine Hausindustrie ist dabei auf

das nachdrücklichste zu vermeiden, auch darf die Füllarbeit nicht in Vollarbeit umschlagen. Abgesehen von der Handweberei, die mit vielem Kunstsinn auch heute noch in manchen Dörfern gepflegt und durch die An siedelungsgesellschaften nach Möglichkeit wieder eingeführt wird, können weibliche Landarbeiter im Korbflechten, Besenbinden, Papierkleben, Schachtelarbeiten, Strohflechten Beschäftigung finden, während für die Männer, soweit sie nicht mit Meliorationen, Instandsetzungsarbeiten an Haus und Hof, Fahren nach der Bahn, Betätigung in der Forst- und Teichwirtschaft in Anspruch genommen werden, feinere und gröbere Holzarbeiten sowie die Herstellung ländlicher Geräte in Holz und Metall in Frage kommen.

Das Bedürfnis für die Schaffung landwirtschaftlicher Arbeitsämter ist in Süd- und Norddeutschland verschieden. Während bisher in Bayern, Württemberg und Baden jährlich nur einige tausend fremdländische Wanderarbeiter heranzuziehen waren, brauchten die nördlichen und nordöstlichen Teile Deutschlands einschließlich Sachsens im Jahre 1907 rd. 200 000 ausländische und noch weit größere Massen inländischer Arbeiter. Der gewaltige Mangel an einheimischen Arbeitern und der Zwang, ihm durch Hinzuziehung ausländischer Arbeiter zu begegnen, veranlaßte die landwirtschaftlichen Körperschaften, Arbeitsnachweise einzurichten. Diese sind berufen, die Grundlage der neu zu errichtenden Arbeitsämter zu bilden, die sich nicht nur damit zu befassen haben werden, Arbeiter und Arbeitsgelegenheiten nachzuweisen, sondern auch ein ausschlaggebender Faktor auf dem Gesamtgebiet des landwirtschaftlichen Arbeitswesens werden müssen. L.